

DIE GEMEINDE

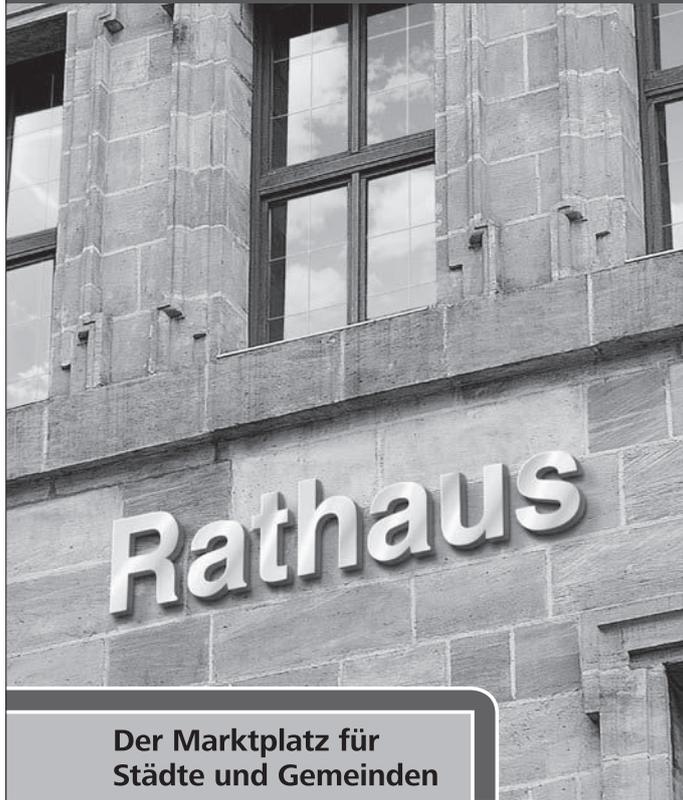
Zeitschrift für die Städte und Gemeinden

Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg

Donauraum-Strategie



Kommen, sehen, profitieren!



**Der Marktplatz für
Städte und Gemeinden**

19. – 20.10.2011

**KOM
MUN
ALE**

Kommunale 2011
N Ü R N B E R G

7. Fachmesse und Kongress für Kommunalbedarf

Wer richtig entscheiden will, muss alle Alternativen kennen(-lernen). Auf der Kommunale finden Sie, was Entscheider und Führungskräfte aus Städten und Gemeinden für ihre erfolgreiche Arbeit brauchen – seit über zehn Jahren!

www.kommunale.de

BesucherService

NürnbergMesse GmbH
Messezentrum Nürnberg
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 36
besucherservice@nuernbergmesse.de

Veranstalter Kongress



Veranstalter Fachmesse

NÜRNBERG MESSE

In Zusammenarbeit mit



Medienfachliche Partner

Behörden Spiegel

Gemeindezeitung



Inhaltsverzeichnis

■ Pressemitteilungen

Gemeindefinanzen – Konnexität muss laufen lernen	506
Erstmals Gemeindedaten deutschlandweit kostenlos verfügbar	507
Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität eingerichtet	508
Kommunen sparen Energie: Gute Beispiele gesucht	530
Kommunen können Landesförderprogramm Klimaschutz-Plus wieder vollständig nutzen	533

■ Donaauraum-Strategie

Auftaktveranstaltung zur Umsetzung der EU-Strategie für den Donaauraum	509
Florian Domansky: Strategie der Europäischen Union für den Donaauraum	510
Fabian Fechner und Florian Domansky: Donau konkret – Konferenz zu Umsetzungsmöglichkeiten der EU-Donauraum-Strategie	520
Herbert Schön: Donaauraum-Strategie ganz praxisnah – Kommunale Selbstverwaltung in Baden-Württemberg als Vorbild	522
Sabine Meigel: „Aqua danubis“ und „Blue Danube“ – Technologietransfer im Donaauraum	525
Gabriella Bassu: Donau-Dialog auf die junge Art – Das „Young Citizens Danube Network“	526
Dr. Eugen Christ: Des Kaisers neue Kleider – Die Donaauraum-Strategie der EU-Kommission	528

■ Gemeindeporträt

Rainer Wagner: Höpfingen – 775 Jahre Geschichte zwischen Odenwald und Bauland	531
--	-----

■ Bücher und Zeitschriften

Impressum	536
------------------	-----



Foto: insblende.de

Zum Titelbild

Intensive Zusammenarbeit und Kooperation – das ist die Intention der Donaauraum-Strategie der EU. Die Kommunen der Anrainerstaaten sollen sich zum Beispiel auf den Gebieten des Verkehrs, der Energie, des Umweltschutzes, der Wasserwirtschaft, der sozialen Entwicklung und der politischen Verwaltungssystemen austauschen, voneinander lernen und profitieren.

Foto: PIXELIO/Rainer Sturm

Pressemitteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg

Gemeindefinanzen

Konnexität muss laufen lernen

Die aktuellen Zahlen zur finanziellen Situation von Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg bestätigen den bereits vor einem Jahr vom Gemeindetag prognostizierten Trend. Der Wirtschaftsaufschwung sorgt dafür, dass auch die Gewerbesteuer-einnahmen, die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen, wieder steigen. Neue Aufgaben akzeptieren die Kommunen nur unter einer Bedingung: Die grün-rote Landesregierung muss das Grundprinzip der Konnexität in ihren politischen Entscheidungen auch tatsächlich umsetzen. Einen Überblick über die aktuelle Finanzsituation der Städte und Gemeinden präsentierte der Gemeindetag Baden-Württemberg heute in Stuttgart (Gemeindefinanzbericht: BWGZ 15-16/2011).

Finanzierungssaldo bewegt sich in Richtung schwarze Null

Dank der wachsenden Steuereinnahmen zeigt sich der kommunale Finanzierungssaldo, die Differenz zwischen den kommunalen Einnahmen und Ausgaben, freundlicher als noch im Vorjahr erwartet. Langsam klettert er von minus 781 Mio. Euro im Jahr 2010 in Richtung Ausgeglichenheit auf minus 137 Mio. Euro. Da aber die Ausgaben der Kommunen 2011 weiter ansteigen, wird der Finanzierungssaldo in diesem Jahr die Null-Marke voraussichtlich nicht überspringen. Allein die Sozialausgaben werden sich in Baden-Württemberg um 180 Mio. Euro erhöhen, und auch die Personalausgaben, unter anderem im Bereich Bildung und Betreuung, schlagen 2011 mit rund 150 Mio. Euro mehr zu Buche.

Dass der Finanzierungssaldo in diesem Jahr besser ausfällt als 2010 noch vom Gemeindetag prognostiziert, hat verschiedene Gründe: von den gestiegenen Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen des Landes in der zweiten Jahreshälfte 2010 über Einsparungen der Kommunen bei den Kosten für Sachaufwand wie beispielsweise die Instandhaltung und Bewirtschaftung von Gebäuden bis hin zu geringeren Investitionen sowie Mehreinnahmen aus dem Verkauf von kommunalem Vermögen. Auch in diesem Jahr werden die Investitionen der Kommunen um zirka 300 Mio. Euro zurückgehen, da das Konjunkturpaket II ausläuft und die Rathäuser vorerst keine Möglichkeiten für weitere eigene Investitionen sehen.

Bei anhaltender Konjunktur könnte der Finanzierungssaldo 2012 zum ersten Mal seit 2008 wieder in den positiven Bereich bis zu plus

900 Millionen Euro anwachsen. Gemeindetagspräsident Kehle warnt allerdings vor zu schneller Euphorie und verweist auf die Risiken für die Konjunktur: „Niemand kann im Moment voraussagen, wie sich beispielsweise die Folgen der Finanzkrisen in Griechenland und Italien auswirken werden oder wie viel die Energiewende kosten wird.“

Gewerbesteuererinnahmen steigen – Konjunkturabhängigkeit verringern

Zu verdanken ist der aktuelle Zuwachs bei den Steuereinnahmen fast vollständig der Erholung der Gewerbesteuer. Diese steigt von 2010 auf 2011 um 900 Mio. Euro (plus 24 Prozent). Und obwohl es keine bessere Alternative dazu gibt, sehen die Finanzexperten des Gemeindetags durchaus Möglichkeiten, ihre Haupteinnahmequelle noch zu optimieren. Die „ideale“ Gewerbesteuer müsse so modifiziert werden, dass auch Freiberufler und Selbständige einbezogen werden. Durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage würde sich die Konjunkturabhängigkeit verringern. Für die Selbständigen und Freiberufler würden sich keine Nachteile ergeben, weil sie ihre Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechnen könnten.

Gemeindefinanzkommission: Klarer Erfolg für Kommunen

Die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene sind für den Gemeindetag eine Bestätigung seiner Position: Zum einen haben sich die kommunalen Argumente für den Erhalt der Gewerbesteuer gegen die vom Bund favorisierten alternativen Steuermodelle durchgesetzt. Zum anderen übernimmt der Bund mit der Finanzierung der Grundsicherung im Alter einen Teil der weiter steigenden Sozialausgaben.

Die Themen gehen Bund und Kommunen in ihren Gesprächsrunden aber noch lange nicht aus. „Das ist zwar ein Etappensieg, auf den wir stolz sein können, die ganze „Tour der Finanzen“ haben wir aber noch nicht für uns entschieden“, erklärt Roger Kehle. Die kommunale Finanzlage könne sich bundesweit nur verbessern, wenn die Ausgaben weiter reduziert werden, denn seit der Wiedervereinigung haben sich die Sozialausgaben auf einen Stand von aktuell rund 43 Milliarden Euro fast verdoppelt. Gerade die Kommunen finanzieren Ausgaben, die keineswegs allein ihrem Zuständigkeitsbereich angehören, wie bei-

spielsweise die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Mit über 13 Mrd. Euro macht diese etwa ein Drittel der Sozialausgaben und das Dreifache der Grundsicherungskosten aus. „Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht alleine von den Kommunen geschultert werden kann. Wir werden dieses Thema deshalb weiter auf die Gesprächsagenda mit unseren Bundespolitikern setzen“, so Kehle.

Neue Spielräume bei der Kreisumlage

Im Jahr 2012 wird – zurückgehend auf die Steuern aus dem Jahr 2010 – die Steuerkraftsumme der Landkreise wieder ansteigen. Bei gleichbleibenden Kreisumlagehebesätzen, steigt die Kreisumlage dann automatisch. Darüber hinaus erhalten die Landkreise 2012 vom Bund Mittel aus der ersten Tranche der Grundsicherung im Alter. Der Gemeindetag sieht deshalb wieder Potenzial, die Kreisumlagehebesätze zu senken. „Wenn die Finanzierung der Kreisaufgaben gesichert ist, gibt es keinen Grund, Städte und Gemeinden mit einer unangemessen hohen Kreisumlage zu belasten“, sagt Verbandschef Kehle.

Bund winkt mit nächstem Steuergeschenk, das die Kommunen belasten wird

Wenig Verständnis hat Gemeindetagspräsident Kehle für die in der Bundespolitik in den letzten Wochen diskutierten Steuerentlastungen. Das mit der Mai-Steuerschätzung prognostizierte Steuerwachstum habe manchen Politikern offenbar den Kopf vernebelt. In Zeiten der anhaltenden Euro-Krise, der milliardenschweren Rettungspakete sowie aufgrund der Hinweise, dass die Konjunktur in Deutschland im nächsten Jahr wegen der aktuell schwächelnden US-Wirtschaft an Fahrt verlieren wird, sind breit angelegte Steuersenkungen fehl am Platz.

„Selbst die Mehrheit der Bürger ist der Meinung, dass der Staat zusätzliche Einnahmen nutzen sollte, um Schulden abzubauen“, sagt Roger Kehle und verweist auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des „Stern“, in der sich nur 19 Prozent der Befragten für eine Steuerentlastung und 40 Prozent dagegen ausgesprochen haben. „Die Bürgerinnen und Bürger haben längst erkannt: Bund, Länder und Kommunen müssen auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen können“, bemerkt Kehle.

Neue Landesregierung sollte sich vom Wort auf den Weg zur Tat machen

Auch in Richtung der neuen Landesregierung sendet der Gemeindetag eine klare Botschaft. „Schon um die vielfältigen Aufgaben zu erfüllen, die ihnen bisher obliegen, sind die Städte und Gemeinden finanziell am Limit.

Es geht daher nicht, dass die Landesregierung weiter neue Aufgabenpäckchen schnürt, ohne deren Finanzierung mit uns zu klären“, so der Gemeindetagspräsident. Städte und Gemeinden würden sich Neuerungen zwar nicht prinzipiell verschließen, allerdings erwarteten sie von der Landesregierung die strikte Einhaltung der Konnexität. Insbesondere beim Ausbau der Betreuung der Kinder unter 3 Jahren sowie bei der verbindlichen Umsetzung des Orientierungsplans müssten vonseiten des Landes klare Finanzierungsaussagen kommen.

Andernfalls bliebe den Kommunen nur der Weg vor den Staatsgerichtshof. „Wenn die Landesregierung glaubt, mit den angekündigten 350 Mio. Euro aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer wäre der Ausbau von Bildung und Betreuung finanziell in trockenen Tüchern, hat sie sich ziemlich verrechnet. Damit kommen wir nicht allzu weit“, warnt Kehle.

Der Gemeindetag erwartet auch ein klares Bekenntnis des Landes zur weiteren Absenkung der Vorwegentnahme aus der Kommunalen Finanzausgleichsmasse (FAG). „Bisher haben wir in Gesprächen mit der neuen Landesregierung zwar immer wieder gehört, wie wichtig die finanzielle Entlastung der Kommunen sei und dass ein neuer Pakt mit den Kommunen geschlossen werden soll. Diesen Worten müssen nun aber auch Taten und damit klare Aussagen dazu folgen, wieviel Geld uns das Land zur Verfügung stellt“, so Kehle.

Forderung: Adäquate Strukturförderung für Baden-Württemberg aus Brüssel

Noch viel zu erledigen, so der Gemeindetag, gebe es für die neue Landesregierung bei der EU in Brüssel. Derzeit wird dort die Förderpolitik ab 2014 geplant. Baden-Württemberg müsse in der nächsten Förderperiode eine adäquatere, d.h. höhere Strukturförderung erhalten als bisher. Herausforderungen wie der demografische Wandel, der Klimawandel, fehlende Breitbandversorgung oder der Ärztemangel machen auch vor Baden-Württemberg nicht Halt. „Wir müssen jede Chance nutzen, um gleichwertige Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden auf dem Land zu bewahren“, so Roger Kehle. Aus diesem Grund lehnt es der Gemeindetag auch strikt ab, die EU-Strukturförderung von vorneherein auf Metropolregionen zu beschränken.

15. Juli 2011

Pressemitteilung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg

Erstmals Gemeindedaten deutschlandweit kostenlos verfügbar

Regionaldatenbank Deutschland um Gemeindeebene erweitert

In Deutschland gab es 2009 vierzehn Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnern. Köln als viertgrößte Stadt hinter Berlin, Hamburg und München, hat die Millionengrenze mit 998.000 Einwohnern nur knapp verfehlt. Stuttgart lag mit 602.000 Einwohnern auf Rang sechs und ist die einzige baden-württembergische Stadt mit mehr als einer halben Million Einwohner.

Bundesweit hat die Gemeinde Neu-Seeland im Landkreis Oberspreewald-Lausitz in Brandenburg im Jahr 2009 den größten Anteil an Bevölkerung verloren. Vom 31.12.2008 bis 31.12.2009 verließen 22,7 Prozent der Einwohner die Gemeinde. In Baden-Württemberg verlor die Gemeinde Reichenbach am Heuberg im Landkreis Tuttlingen im gleichen Zeitraum 6,3 Prozent ihrer Bevölkerung und war damit die Gemeinde mit den relativ stärksten Bevölkerungsverlusten. Zwar wurden dort im Jahr 2009 vier Kinder geboren und nur zwei Einwohner verstarben, was eine positive natürliche Bevölkerungsbilanz bedeutet, jedoch verließen 70 Einwohner die Gemeinde und nur 35 zogen zu. Dadurch sank die Einwohnerzahl auf 495. Aus der Altersstruktur der Abwandernden ergibt sich, dass hauptsächlich Familien und junge Erwachsener der Gemeinde den Rücken kehrten.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg teilt mit, dass die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ab sofort Statistik-Daten für alle Städte und Gemeinden in Deutschland zum **kostenlosen Download** zur Verfügung stellen. Damit wird der Öffentlichkeit eine wichtige Datengrundlage zur Beobachtung der demografischen Strukturen in den Gemeinden und übergeordneten Gebietseinheiten verfügbar gemacht.

Da die Daten in allen Bundesländern mit der gleichen Methode erhoben werden, ist eine Vergleichbarkeit der Zahlen gewährleistet. Seit 1. Juli 2011 können Daten zum Bevölkerungsstand, zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung und zu Wanderungen unter www.regionalstatistik.de für die Jahre 2008 und 2009 abgerufen werden. Das Angebot wird fortlaufend aktualisiert und erweitert. Im Laufe dieses Jahres werden Gemeindeergebnisse für zahlreiche weitere Statistik-Themenbereiche veröffentlicht.

Weitere Informationen

Die **Regionaldatenbank Deutschland** enthält auch ein breites Datenangebot für alle Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland.

Verfügbar sind dort unter anderem Informationen aus den Themenbereichen Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Bildung und Unterricht, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit und Wohnungswesen, Verkehr und Tourismus, Sozialwesen, Öffentliche Finanzen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Umwelt sowie Wahlen.

Die **Struktur- und Regionaldatenbank (SRDB)** des Statistischen Landesamtes bietet ein noch breiteres und aktuelleres Datenspektrum für das Land Baden-Württemberg, das nach einer Vielzahl unterschiedlicher regionaler Gliederungen ausgewertet werden kann.

Interaktive Karten im Internetangebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg ermöglichen die Visualisierung vielfältiger Indikatoren ab Gemeindeebene.

Thematische Karten sind eine Veröffentlichungsform im pdf-Format oder als Ausdruck. Hier sind besonders interessante Indikatoren bereits kartographisch aufbereitet. Die Karten können beim Statistischen Landesamt für 2,50 Euro bezogen werden. Weitere Karten werden kostenpflichtig erstellt.

1. Juli 2011

Pressemitteilung des Justizministeriums Baden-Württemberg

Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität eingerichtet

Bei der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart gibt es seit 1. Juli eine Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität (luK-Kriminalität). Ziel ist es, die Kompetenz der Staatsanwaltschaften für die Arbeit in diesem Bereich weiter zu stärken. Baden-Württembergs Justizminister Rainer Stickelberger und Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger stellten die Zentralstelle am 7. Juli in Stuttgart vor.

„Gerade im Hinblick auf den rasanten technischen Fortschritt, die Zunahme der Informations- und Kommunikationskriminalität und das äußerst professionelle Vorgehen der Täter ist es nach meiner Überzeugung erforderlich, auch die Staatsanwaltschaften in diesem Bereich strukturell neu aufzustellen“, sagte der Minister. Allein im vergangenen Jahr wurden in Baden-Württemberg 9755 Straftaten im Bereich der Computerkriminalität registriert, wozu beispielsweise das Ausspähen von Daten und Computerbetrug gehören. „Fast monatlich kommen neue virtuelle Kriminalitätsformen hinzu: Mittlerweile wird bereits von digitalen Schutzgelderpressungen und digitalen Lösegeldforderungen berichtet“, erklärte Stickelberger.

Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger wies darauf hin, dass die Zentralstelle das neu aufgebaute Netz von Ansprechpartnern bei den Staatsanwaltschaften und das spezielle Fortbildungskonzept zur Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität ideal ergänze. „Auch eine von der Konferenz der Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte eingesetzte bundesweite Arbeitsgruppe zur Informations- und Kommunikationskriminalität befürwortet in ihrem erst jüngst vorgelegten Abschlussbericht eine derartige zentrale Organisationseinheit“, sagte Pflieger.

Aufgabe der Zentralstelle ist es, aktuelle Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien zu sichten, auszuwerten und die Staatsanwaltschaften regelmäßig darüber zu informieren. Auch die konzeptionelle Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen gehören zu den Tätigkeiten der Zentralstelle. Neue Ermittlungsinstrumente aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien prüft sie dahingehend, ob sie in rechtlicher Hinsicht für die Strafverfolgung nutzbar gemacht werden können.

Darüber hinaus ist es ein wesentliches Ziel, die Zusammenarbeit mit denjenigen Dienststellen weiter zu stärken und zu intensivieren, die sich ebenfalls mit der Bekämpfung dieses Kriminalitätsbereichs beschäftigen – vor allem mit dem Bundeskriminalamt sowie dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg. Personell steht für die Zentralstelle eine volle Arbeitsstelle zur Verfügung, die neben anderen im Rahmen der Amokprävention im vorigen Jahr durch den Landtag geschaffen wurde und nun aus dem Bestand der Generalstaatsanwaltschaften Stuttgart und Karlsruhe besetzt wird.

„Wesentlich für den Erfolg der Zentralstelle ist, dass die Staatsanwaltschaften vor Ort die Angebote aktiv nachfragen“, sagte der Minister. Er sei zuversichtlich, dass dies geschehe und die Zentralstelle zu einer spürbaren Effektivierung der Staatsanwaltschaften beitragen könne. Generalstaatsanwalt Pflieger unterstrich das: „Wenn sich die Staatsanwaltschaften verstärkt auf die eigentliche Kernaufgabe, nämlich die Strafverfolgung, konzentrieren können, wird das letztlich zu einer höheren Schlagkraft bei der Bekämpfung der Informations- und Kommunikationskriminalität führen.“

Hintergrund

Die Zahl der Straftaten, die mithilfe moderner Kommunikationsmittel begangen werden, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Dem Jahresbericht des Landeskriminalamts Baden-Württemberg zur luK-Kriminalität zufolge wurden im vergangenen Jahr 32.249 Fälle in diesem Bereich registriert. Ein Jahr zuvor waren es 29.868.

22.494 der Fälle aus dem Jahr 2010 sind der Internetkriminalität und damit der Informations- und Kommunikationskriminalität im weiteren Sinn zuzurechnen. Dazu gehören beispielsweise der Besitz und das Verschaffen kinderpornografischer Schriften. In 9755 Fällen ging es um Informations- und Kommunikationskriminalität im engeren Sinn, die so genannte Computerkriminalität, wozu unter anderem das Ausspähen von Daten und Computerbetrug gerechnet werden.

Um der Entwicklung Rechnung zu tragen, wurden bei den beiden Generalstaatsanwaltschaften und den 17 Staatsanwaltschaften sowie deren Zweigstellen in Baden-Württemberg bereits Ansprechpartner für den Bereich der Informations- und Kommunikationskriminalität benannt. Zudem wurde ein entsprechendes Fortbildungskonzept entwickelt, das unter anderem die Vermittlung technischen Basiswissens durch ein E-Learning-Programm beinhaltet.

7. Juli 2011

„Städte und Gemeinden – Motoren des Wandels“ Mitgliederversammlung und Kommunalpolitische Kundgebung

Donnerstag, 27. Oktober 2011, Filderstadt



Pressemitteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg

Auftaktveranstaltung zur Umsetzung der EU-Strategie für den Donauraum

Ministerpräsident Kretschmann empfängt Staatsgäste aus Rumänien, Bulgarien und Kroatien

„Die EU-Strategie für den Donauraum ist Erfolg versprechend für Baden-Württemberg. Sie bietet uns Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten, die es zu ergreifen gilt“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann anlässlich der Auftaktveranstaltung „Die EU-Donauraum-Strategie – Chancen und Perspektiven“ am 11. Juli 2011 in Stuttgart.

Die EU-Strategie für den Donauraum ermöglicht Baden-Württemberg die einmalige Gelegenheit, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in gleicher Weise voranzutreiben, unterstrich Kretschmann. Sie fördere den Ausbau der Verkehrswege und so die Verbesserung der Infrastruktur. Einen Mehrwert liefere die Kooperation mit den Donauranrainerstaaten zudem in Forschung und Wissenschaft. Aber auch die Verbesserung von Bildungsangeboten sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft sollen vorangetrieben werden. „Ich bin sehr optimistisch, dass wir viele Projekte anstoßen und umsetzen werden, von denen die Menschen im Donauraum unmittelbar profitieren“, so der Ministerpräsident.

Zur Auftaktveranstaltung im Haus der Wirtschaft empfing Ministerpräsident Kretschmann den EU-Kommissar für Energie Günther H. Oettinger und den rumänischen Vize-Außenminister Dr. Doru Costea. Zu den Gästen zählten zudem die bulgarische Vizeministerin für Regionalentwicklung Dr. Liliyana Pavlova und der kroatische Staatssekretär im Ministerium für Internationale Angelegenheiten und Europäische Integrationen Andrej Plenkovi.

„Die Donau steht heute wie kein anderer Fluss als Symbol für das weitere Zusammenwachsen Europas“, betonte Ministerpräsident Kretschmann. „Die Donau gehört in jedem Anrainerstaat auf unterschiedliche Weise zur nationalen Identität, aber vor allem auch zu unserer gemeinsamen europäischen Identität. Mit der EU-Donauraum-Strategie sind daher große Hoffnungen verbunden, Hoffnungen für ganz Europa.“

Hintergrund

Im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) arbeiten acht EU-Mitgliedstaaten zusammen: Bulgarien, Deutschland, Österreich, die Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien, die Slowakische Republik, Slowenien. Außerhalb der EU bezieht sie Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, die Republik Moldau und die Ukraine ein. In den insgesamt 14 Anrainerstaaten leben 110 Milli-



Oettinger, Dr. Costea, Kretschmann, Dr. Pavlova, Plenkovic, Friedrich und Gönner (v.l.n.r.)

onen Menschen. Die Staaten decken über ein Fünftel der Fläche der EU ab.

Baden-Württemberg hat als erste Region innerhalb Europas das wirtschaftliche, politische und kulturelle Potenzial dieser Makroregion erkannt. Die erste Donaukonferenz ihrer Art fand in der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel im Jahr 2006 statt.

Im Rahmen der zweiten Donaukonferenz in der Landesvertretung in Brüssel 2008 äußerte die damalige Kommissarin für Regionalpolitik Professor Danuta Hübner, dass die Kommission bereit sei, eine Strategie für den Donauraum auszuarbeiten, sofern der Europäische Rat dies wünsche. Beim Donaugipfel im Mai 2009 unterzeichneten Baden-Württemberg, Bayern, Österreich, Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien in Ulm eine gemeinsame Schlussklärung, die den politischen Willen bekräftigte, den Donauraum in Zukunft stärken zu wollen.

Im Juni 2009 hat der Europäische Rat die Europäische Kommission beauftragt, eine Strategie für den Donauraum bis Ende 2010 zu erarbeiten. Baden-Württemberg hat im Jahr 2009 eine Initiativstellungnahme in den Ausschuss der Regionen eingebracht und damit erneut die Führungsrolle Baden-Württembergs innerhalb der Donauraum-Strategie unterstrichen.

Gemeinsam mit Kroatien übt Baden-Württemberg die Koordinatorenangabe im Bereich Wirtschaft für den gesamten Donauraum aus.

Die EU-Donauraum-Strategie gliedert sich in die Mitteilung, die die wesentlichen Grundaspekte der Strategie erläutert, und den dazugehörigen Aktionsplan, der die Prioritäten anhand von Aktionen und Projektbeispielen konkretisiert. Die Mitteilung zeigt die wesentlichen Herausforderungen und Chancen für den Donauraum auf und unterteilt sich in vier Bereiche mit elf Aktionsfeldern (Priority Areas), die im Einzelnen folgende Punkte thematisieren:

- **Anbindung an den Donauraum:** Verbesserung der Mobilität, Förderung der Nutzung nachhaltiger Energien, Förderung von Kultur und Tourismus;
- **Umweltschutz im Donauraum:** Qualität der Gewässer, Management von Umwelt Risiken, Erhaltung biologischer Vielfalt;
- **Aufbau von Wohlstand im Donauraum:** Entwicklung der Wissensgesellschaft durch Forschung, Bildung und Informationstechnologien, Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, einschließlich Clusterbildung, Investitionen in Qualifikationen;
- **Stärkung des Donauraums:** Verbesserung der institutionellen Kapazitäten, Zusammenarbeit zur Förderung der Sicherheit und zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität.

Der Ministerrat hat Ende Juni folgenden Maßnahmenkatalog im Kabinett beschlossen, um sofort mit Verabschiedung der EUSDR handlungsfähig zu sein:

- Europaminister Peter Friedrich wird zum Sonderbeauftragten für die Umsetzung der EUSDR im Land berufen. Als Sonderbeauftragter wird der Europaminister mit der angemessenen politischen Wahrnehmung der Strategie betraut.
- Dem Sonderbeauftragten wird ein Servicebüro zur Seite gestellt, das als erste Anlaufstelle im Land in Sachen EUSDR dient. Das Servicebüro wird als Anlaufstelle für potenzielle Projektpartner fungieren, Kontakte vermitteln, Netzwerke aufbauen und Donau-Projekte insbesondere in den Bereichen Umwelt und Verkehr, Kultur, Soziales, Zivilgesellschaft, kommunale Angelegenheiten, E-Governance, Tourismus, Justiz und Sicherheit begleiten. Außerdem koordiniert das Servicebüro die Implementierung der EUSDR im Land und ist für die Vernetzung mit den übrigen zehn Koordinatoren verantwortlich.
- Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird sich damit befassen, permanent neue Impulse in die strategische Ausrichtung einzuspeisen (Leuchtturmprojekte), Prozesse kritisch zu begleiten und zu evaluieren.

Quelle:
Pressemitteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg vom 11. Juli 2011

Florian Domansky*

Baden-Württemberg ist Musterbeispiel für kommunales Mitregieren im Europäischen Mehrebenen-System

Strategie der Europäischen Union für den Donauraum

Mit Blick auf die feierliche Annahme der so genannten Donauraum-Strategie der Europäischen Union am 24. Juni 2011 in Brüssel im Rahmen der ungarischen Ratspräsidentschaft durch die europäischen Staats- und Regierungschefs befindet sich ein Prozess von gesamteuropäischem Ausmaß auf seinem vorläufigen Höhepunkt. Aus baden-württembergischer Kommunal­sicht bemerkenswert daran ist nicht nur allein der Umstand, dass die Vorarbeiten hierzu bereits vor über einem Jahrzehnt ihre Ursprünge vor Ort im Land genommen haben, sondern dass durch die anhaltende Begleitung dieses Prozesses durch lokale Akteure über die einzelnen politischen Ebenen bis nach Brüssel geradezu ein Musterbeispiel an kommunalem Mitregieren im Europäischen Mehrebenen-System geschaffen wurde.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die nunmehr auch in Baden-Württemberg anstehende Strategie-Umsetzungsphase ab Mitte 2011, bei der alle Gemeinden, Städte und Landkreise hierzulande als Donauraum-Kommunen angesprochen sind, möchte der nachfolgende Beitrag zum besseren Verständnis für interessierte kommunale Mandatsträger und Verwaltungsmitarbeiter in Baden-Württemberg überblicksartig die jeweiligen Entwicklungsschritte dieses Prozesses nachzeichnen und einzelne Strategie-Schwerpunkte vorstellen.

Zur Rolle der kommunalen Selbstverwaltung im politischen 4-Ebenen-System der EU

Wenn man sich den Verlauf des Einigungsprozesses in Europa über die letzten 60 Jahre eingangs näher vor Augen führt, dann lässt sich rasch erkennen, dass das Handeln auf EU-Ebene in den ersten Jahrzehnten insbesondere den Mitgliedstaaten als Herren der europäischen Verträge vorbehalten war. Nicht von ungefähr verhärtete sich aufgrund der damit einhergehenden langjährigen Kommunalblindheit des EU-Vertragswerks aus lokalem – insbesondere süddeutschem – Blickwinkel mit einem entsprechend ausgeprägtem Selbstverwaltungsverständnis der Eindruck ob der anhaltenden Einschränkung kommunaler Handlungsspielräume vor Ort.

Ein qualitativer Fortschritt im Verhältnis zwischen der lokalen und der europäischen Ebene konnte – zumindest de iure – erstmalig durch die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie im Zug des Inkrafttretens des Lissaboner Vertrags im Dezember 2009 erzielt werden. Auch wenn die Bandbreite der dortigen kommunalfreundlichen Elemente einer ganzheitlichen Überführung in die europäische Verfassungswirklichkeit derzeit noch harren, war dieser primärrechtlichen Aufwertung doch ein weitreichender Paradigmenwechsel in der Bedeutungswahrnehmung der lokalen Ebene vorausgegangen.

So hatten die europäischen Akteure, allen voran die Europäische Kommission, bereits ab Mitte der 1980er-Jahre im Zuge der Binnenmarktrealisierung begonnen, dem vorhandenen EU-Integrati-

onspotenzial der Gemeinden, Städte und Landkreise verstärkt Bedeutung beizumessen, was schlussendlich Ende 1990er-Jahre u.a in die Gründung des Brüsseler Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Trägerschaft der drei kommunalen Landesverbände mündete.

Seitdem trifft in Abkehr von klassischen Integrationsmodellen¹ das Konzept des Europäischen Mehrebenen-Systems sowohl in der wissenschaftlichen Integra-

* Der Autor ist Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel. Bereits während eines Ausbildungsabschnittes in Ulm im Jahr 2004 konnte er den nachfolgend vorgestellten Prozess in seinen Anfängen mitverfolgen, bevor ihm dieser Jahre später wieder im Arbeitsalltag auf EU-Ebene begegnete.

tionsforschung als auch in der politischen Integrationsdebatte auf zunehmende Akzeptanz.² Ein Grund hierfür ist die Tatsache, dass dieses Modell dem mittlerweile entstandenen Verflechtungscharakter des EU-Systems in umfassender Weise Rechnung trägt. Innerhalb dieses akteurszentrierten Ansatzes wird subnationalen Einheiten entschieden mehr Einfluss auf den europäischen Willensbildungsprozess zugesprochen, indem diese durch die Vernetzung von Interessenvertretern und mit Hilfe professionalisierter Lobbyarbeit ihre Belange nunmehr zielgerichteter artikulieren.

Ihre spiegelbildliche Ergänzung erfährt diese zunehmend institutionalisierte Kommunalinteressevertretung auf EU-Ebene durch die vertiefte Auseinandersetzung mit EU-Themen an der kommunalen Basis und durch die sich verstetigende Professionalisierung im Umgang mit der fortschreitenden Europabetroffenheit innerhalb der Kommunalverwaltungen vor Ort. Dass es sich dabei um kontinuierliche Lern- und Entwicklungsprozesse von lokalen Akteuren handelt, für den die EU-Strategie-Initiative wie jenen für den EU-Donauraum geradezu exemplarisch einen entsprechenden Handlungsrahmen darstellen, soll nachfolgend näher erläutert werden.

In Ulm, um Ulm und Ulm herum: Ein EU-Strategieprozess und seine kommunalen Wurzeln

Geht man den Ursprüngen des EU-Strategieprozesses für den Donauraum auf den kommunalen Grund, so wird man im baden-württembergischen Ulm fündig. Abgesehen von der geographischen Lage als raumordnerisch eher seltenes bundesländerübergreifendes Doppelzentrum zusammen mit der „bayerischen Schwester“ Neu-Ulm am gegenüberliegenden Donauufer ist dabei insbesondere auf zwei weitere Umstände hinzuweisen.

Dies ist zum einen die enge historische Verknüpfung zwischen Ulm und den „Donauschwaben“ bzw. deren zurückgekehrten Nachfahren. So profitierte

die Stadt seit alters her von ihrer verkehrsgünstigen Lage am Schnittpunkt von wichtigen Fernhandelsrouten im Nord-Südverlauf und dem West-Ost-Wasserweg auf der ab Ulm in früheren Zeiten schiffbaren Donau. Dabei diente der Fluss nicht nur dem Transport von Waren, sondern gleichermaßen der Personenbeförderung, wodurch die Stadt über Jahrhunderte hinweg zum Sammelplatz für eine große Zahl von Auswanderungswilligen wurde, die dort zur Weiterreise nach Südosteuropa einschifften.

War die Stadt in jenen Jahrhunderten noch Ausgangspunkt für diese Emigrationsbewegungen, die im 18. Jahrhundert mit den so genannten „Schwabenzügen“ ihren Höhepunkt erreichten, so verkehrte sich die Situation ab Ende des 2. Weltkriegs und in den Nachkriegsjahren ins Gegenteil. Ulm war nun Zwischen- und häufig sogar Endstation für jene Siedler bzw. vielmehr deren Nachkommen, die im Zuge der deutschen Kriegsniederlage wieder aus den Donaugebieten zurückgekehrt waren, woraus nicht zuletzt auch die Eröffnung des „Donauschwäbischen Zentralmuseum Ulm“ im Jahre 2000 resultierte.

Die zweite Besonderheit bildet eine jahrzehntelange „Politik der Zurückhaltung“ des Ulmer Gemeinderats bezüglich der Gründung von offiziellen Städtepartnerschaften, was in deutlichem Kontrast zu den Entwicklungen in anderen baden-württembergischen Großstädten stand. Erscheinen bezüglich der Verbindungen nach Westeuropa fehlende Anknüpfungspunkte noch als eine mögliche Ursache, so greift diese Begründung bei Partnerschaften speziell in die südosteuropäischen Länder mit Blick auf die soeben beschriebenen historischen Bezüge nicht mehr. Allerdings gilt es dabei zu beachten, dass gerade bei osteuropäischen Kommunen, in denen es zu Vertreibungen gekommen war, eine Kontaktaufnahme mit deutschen Kommunen von Seiten der kommunistischen Zentralregierung besonders stark reglementiert wurde. Da zudem Formulierungen innerhalb des Partnerschaftsvertrags, die im Widerspruch zu außenpolitischen Standpunkten der damaligen Bundesre-

gierungen standen, auch für deutsche Kommunen innenpolitische Konsequenzen nach sich ziehen konnte, setzte sich demzufolge in Ulm über Jahrzehnte hinweg der kommunalpolitische Standpunkt der „Städtepartnerschaftlichen Neutralität“ durch.

Das donau.büro.ulm: Vorbild für die Institutionalisierung kommunaler Donauraum- Kooperationen

Der Umstand, dass aus diesem Ulmer „Sonderweg“ bezüglich der eigenen Städtepartnerschaftspolitik nach Fall des „Eisernen Vorhangs“ ein entsprechender „Nachholbedarf“ nach kommunalem Engagement im Donauraum resultierte, hatte maßgeblichen Einfluss auf die weiteren Entwicklungen vor Ort. So ebnete die politische Wende im Herbst 1989, die ein „unbeschränktes“ Wiederanknüpfen an bereits lose bestehende, anfänglich noch überwiegend private Verbindungen sowie die Begründung von ersten neuen Kontakten ermöglichte, den Weg für weitergehende Institutionalisierungsprozesse. So konnte beispielsweise auf die über Jahrzehnte erworbenen privaten Kontakte der 1961 gegründeten „Gesellschaft der Donaufreunde Ulm e.V.“ zurückgegriffen werden, deren Engagement ursprünglich auf den „Verein der Donaufreunde“ aus dem Jahre 1929 zurückgeht.

Eine erste offizielle Besuchs- und Informationsfahrt von Ulmer Stadtabgeordneten 2001 trug darüber hinaus entscheidend zur ratsinternen Überzeugung bei, die vorhandenen Kontakte weiter zu formalisieren. So wurde auf so genannten³ „Ulmer Abenden“ in Budapest (Ungarn) und Novi Sad (Serbien) mit bedeutsamen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur⁴ erneut das große Interesse an einer vertieften Partnerschaftsarbeit zwischen den Donau-Kommunen bekräftigt. Diesem Bestreben war zuvor bereits anlässlich des 1. Internationalen Donaufestes in Ulm im Jahre 1998 erstmalig in einer gemeinsamen Absichtserklärung von Repräsentanten aus 15 Donaustädten offiziell Ausdruck verliehen worden.

Auch im Hinblick auf die örtliche Ausstrahlungskraft der Donaupartnerschaftsthematik bildete dieses erste Ulmer Donaufest zusammen mit seinem Nachfolger im Jahre 2000 unter zwei Gesichtspunkten einen grundlegenden Meilenstein im Vorfeld zur Gründung der so genannten „donau.büro.ulm“ gGmbH im Jahr 2002. So ermöglichten die Donaufeste zum einen die breitenwirksame Vor-Ort-(Re-)Sensibilisierung der Ulmer Bevölkerung für die traditionellen Anknüpfungspunkte zwischen Ulm und dem Donauraum und deren zurückgekehrte Aktualität, indem die Ausflüsse dieser Berührungspunkte durch den Festivalcharakter zum persönlichen Erlebnis „quasi vor die eigenen Haustür“ wurden.

Zum anderen demonstrierten Festivaldimension und Programmvielfalt auf öffentlichkeitswirksame Art und Weise die kontinuierlich steigenden Kontaktintensität und Kooperationsbereitschaft zwischen Ulm und Südosteuropa, ohne die Veranstaltungen in dieser Größenordnung gar nicht möglich gewesen wären. Folglich konnte Anfang des 21. Jahrhunderts sowohl bei den Ratsmitgliedern als auch innerhalb der Bevölkerung der Stadt Ulm ein gewachsenes Bewusstsein, zunehmende Akzeptanz und ein dadurch gesteigertes Bedürfnis nach einem institutionellen Rahmenwerk wie dem „donau.büro.ulm“ für die Koordination der zunehmenden Zahl an Kontakten und Aktivitäten im Donauraum verzeichnet werden.

Dabei handelt es sich um eine Projekt- und Entwicklungsagentur in lokaler Trägerschaft für kommunale Donauraum-Kooperationen. Entscheidenden Anteil an der ursprünglichen Organisationsstruktur und Finanzierung hatte neben der Stadt Ulm auch die dortige Industrie- und Handelskammer, die bereits zu Beginn der konkreten Planungsphase im Herbst 2001 grundsätzliche Bereitschaft an einer Mitträgerschaft signalisiert hatte. Mit Blick auf die damals bevorstehenden EU-Osterweiterungswellen im Mai 2004 und Januar 2007 mit neuen Investitionsmöglichkeiten und Märkten v.a. für kleine und mittlere Unternehmen aus Baden-Württemberg,

erkannte man in einer Büro-Beteiligung die Möglichkeit, die sich dort bündelnden Kontakte und Aktivitäten gerade im kulturellen Bereich sowie die daraus resultierende „Türöffner-Funktion“ für die Wirtschaftsförderungsarbeit ihres bereits im Jahre 2001 geschaffenen „Kompetenz-Zentrum Südost-Europa“ (KSOE) fruchtbar zu machen.⁵ Für beide Gesellschafter ergaben sich aus dieser Symbiose zwischen kommunaler Partnerschaftsarbeit und kommunaler Wirtschaftsförderung im Ausland zweifelsohne Synergieeffekte.⁶

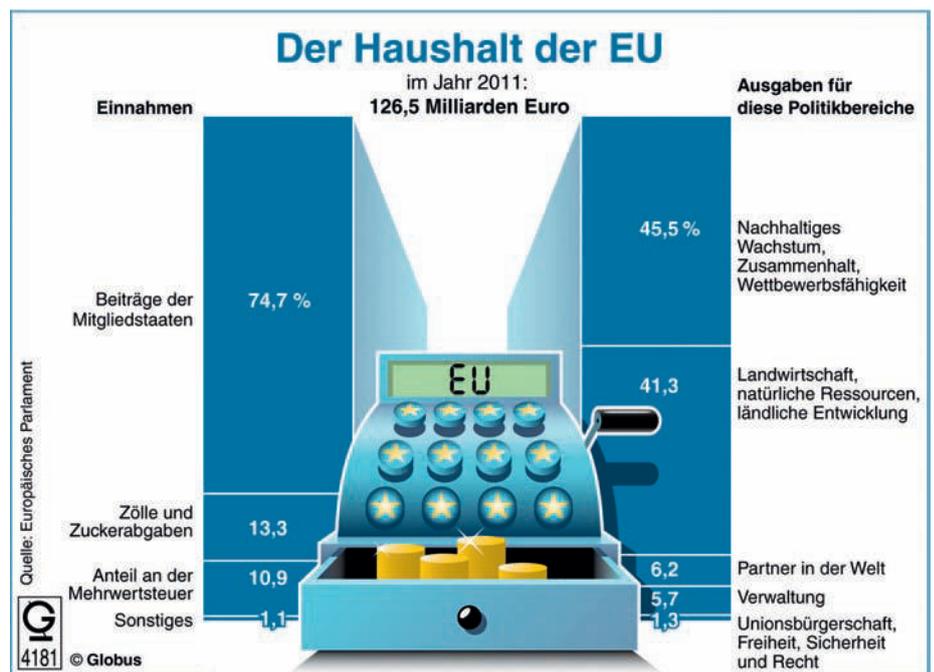
Der „Ulm-Prozess“ zieht im Donauraum seine Kreise und erreicht die europäische Ebene

Nach der vollzogener Gründung des „donau.büro.ulm“ gelangt es in der darauffolgenden Auf- und Ausbauphase zum einem mit diesem „Ulmer Modell“ weitere Donau-Kommunen vom Mehrwert bezüglich der Errichtung ähnlicher Strukturen zu überzeugen und den Zusammenschluss zu einem „donau.büro“-Netzwerks innerhalb des Donauraums voranzutreiben. So konnten während der so genannten „1. Europäischen DonauStädteKonferenz“ 2003 in Ulm mit Vertretern aus Baja (Ungarn), Novi Sad (Serbien), Vidin (Bulgarien) und

Tulcea (Rumänien) die Gründungsurkunde des Netzwerks unterzeichnet werden.

Hinsichtlich der Mitgliederstruktur zeichnet es sich durch flache Hierarchie und größtmögliche Offenheit aus. So existieren außer der Lage im Donauraum keine „harten“ Beitrittsvoraussetzungen für potenzielle Kommunen wie beispielsweise ein bestimmte Mindestgröße und oder Einwohnerzahl. Im Vordergrund stehen vielmehr „weiche“ Faktoren wie ein nachhaltiges Kooperationsinteresse und Kontaktbereitschaft, wie es bereits die oben genannte Absichtserklärung bewusst offen formuliert. Aufgrund der dichten Vernetzung von Experten innerhalb eines solchen Systems potenzieren sich die Möglichkeiten des Informations- und Erfahrungsaustauschs um ein Vielfaches.

Dies bildet wiederum die optimale Grundlage für transnationale Lernprozesse, von denen alle Beteiligten profitieren können. Damit trug man zugleich dem allgemeinen Trend innerhalb der zeitgemäßen Kommunalpartnerschaftsbewegung Rechnung, nunmehr verstärkt in kommunalen Netzwerken projektorientiert zu kooperieren.⁷ Die anhaltende Institutionalisierung dieser Netzwerkarbeit mündete schließlich im



Juni 2009 in Budapest in die Gründung des so genannten Rats der Donaustädte und -regionen, dem seither der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner als Präsident vorsteht.

Zum anderen griff das Land Baden-Württemberg bei seinen so genannten gemischten Regierungskommissionen mit verschiedenen Donauanrainerstaa-ten zunehmend auf die Donauraum-Kompetenz aus Ulm zurück und beauftragte in der Folge das „donau.büro. ulm“ mit der baden-württembergischen Vertretung in der „ARGE Donauländer“. Gleichzeitig nahm das Land im Zuge dessen die Ulmer Aktivitäten 2004 in ihr „Osteuropa“-Konzept auf. So war es nicht zuletzt diese, sich im Zeitverlauf weiter verfestigende Kooperation mit dem Land sowie das Bewusstsein der Ulmer Akteure vor Ort um die notwendige „Schützenhilfe“ der regionalen Ebene, mit der man sich bei den Institutionen auf europäischer Ebene mit der Forderung nach einer stärkeren Beachtung der Potenziale des Donauraums im Sinne eines gesamteuropäischen Mehrwerts Gehör verschaffen konnte.

Dies erfolgte dabei in Zweijahresabständen über das neuartige Veranstaltungsformat der Ulmer Donau-Konferenzen in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union in Brüssel. Zu den jeweils mehreren hundert Teilnehmenden an den je zwei Konferenz-Tagen zählten neben Spitzenpolitikern aus den EU-Institutionen und den östlichen Donauländern sowie zeitweise dem vollständigen Landeskabinett Baden-Württembergs auch zahlreiche kommunale Mandatsträger aus Baden-Württemberg und weiteren Donauanrainern.

Ziel der Veranstaltungen war es, dem Kooperationsengagement zwischen Kommunen entlang der Donau im Brüsseler Raum eine entsprechende Plattform zu geben, um damit die Bedeutung des Donauraums für den Europäischen Einigungsprozess zu unterstreichen und gleichzeitig dessen stärkere Berücksichtigung in der Arbeit der EU-Institutionen einzufordern. Umrahmt jeweils von einem Donaumarkt, der durch ku-

linarische und musikalische Darbietungen aus den Donauanrainerstaa-ten für das interkulturelle Verständnis warb, fanden die fachlichen Erkenntnisse aus Workshops, die die Potenziale und Herausforderungen hinsichtlich des Donauraums aus unterschiedlichen thematischen Blickwinkeln betrachteten, Eingang in gemeinsamen Abschluss-erklärungen.

Nach einer Erstauflage im Jahre 2006 kamen die Teilnehmenden in ihrer Abschlusserklärung vom Oktober 2008 überein, dass der Donauraum als Bindeglied zwischen West- und Südosteuropa, alten und neuen Demokratien, aber auch zwischen Marktwirtschaften sowie Lebens- und Kulturräumen diene und sich unter diesen Gesichtspunkten durch eine hohe Vielfalt sowie Dynamik auszeichne. Gleichzeitig kamen sie zum Schluss, dass die Bedeutung der Donau-region für den Europäischen Integrationsprozess im Vergleich zu anderen Teilräumen im Bewusstsein der EU-Institution unzulänglich verankert sei. Um diesem Abhilfe zu schaffen, sollte beispielsweise ein Donau-Koordinator innerhalb der EU-Kommission benannt werden.

Innerhalb des EU-Parlaments wurde die Gründung eines fraktionsübergreifenden Donau-Ausschusses („Intergroup Danube“) angeregt und die Vorstellung von Fallstudien und beispielhaften Projekten aus dem Donauraum im Ausschuss der Region (AdR) befürwortet. Abschließend begrüßten die Teilnehmenden die Bereitschaft der EU-Kommission, sich der Ausarbeitung einer integrierten EU-Donauraum-Strategie anzunehmen. Dies wurde noch während der Konferenz durch die damalige polnische Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, in ihrer Rede in der baden-württembergischen Landesvertretung nachdrücklich versichert, wodurch der dortige Europasaal sozusagen zum Geburtsort der EU-Donauraum-Strategie wurde.

Trend zu Makroregionalen Teilräumen: EU-Institutionen bekennen sich zur EU-Strategie für den Donauraum

Entsprechende Unterstützung bezüglich ihrer Forderungen an die EU-Institutionen erhielten die baden-württembergischen Kommunal- und Landesvertreter zum einen aus einem sich im Zeitverlauf stetig anwachsenden Brüsseler Netzwerk an kommunalen und regionalen Akteuren aus dem übrigen Donauraum. Den Bemühungen weiterhin zuträglich war darüber hinaus ein parallel einhergehender Institutionalisierungstrend von weiteren europäischen Teilräumen. So zeichnete sich dieser beispielhaft an den immer stärkeren Kooperationstendenzen im Ostseeraum (im Rahmen der sog. „Nördliche Dimension“) oder noch deutlicher an der Schaffung der so genannten „Mittelmeerunion“ im Juni 2008 ab. Nachdem sodann 2009 die EU-Strategie für den Ostseeraum angenommen worden war, ist in der Folge gegenwärtig auch eine Erweiterung der europäischen Makroregionen-Landschaft um eine Nordsee-Dimension in Planung.

Makroregionen werden dabei von der EU-Kommission als funktionale Bereiche definiert, die sich über das Hoheitsgebiet mehrerer EU-Staaten hinweg erstrecken, über gemeinsame Ziele oder Entwicklungsherausforderungen verfügen und bestimmte gemeinsame Merkmale und geografische Bedingungen aufweisen. Die Zusammenarbeit auf Grundlage von Strategien innerhalb dieser Makroregionen ist ein neues Instrument, das der Zielvorgabe des im Vertrag von Lissabon formulierten Territorialen Zusammenhalts und einer noch passgenaueren EU-Kohäsionspolitik nach 2013 Rechnung tragen soll.

Die Strategieansätze der EU für die Makroregionen stützen sich dabei auf das Zusammenwirken der verschiedenen Verwaltungsebenen, die bei deren Umsetzung von zentraler Bedeutung sind. So versteht es die Kommission als ihre Aufgabe, einen Strategie-Rahmen zur Verfügung zu stellen, während es vom Willen der Regionen abhängt, darauf

aufzubauen und diesen mit Leben zu füllen. So sollten sich betroffene Regionen um eine entsprechend abgrenzende Raumdefinition naturgemäß in einem Bottom-Up-Prozess selbst bemühen, da die Kommission auch in absehbarer Zeit jedenfalls selbst keine Großregionen von sich aus vordefinieren werde.

Ausschuss der Regionen erweist sich als verlässlicher Unterstützer der Donauraum-Bemühungen

Den institutionellen Aufschlag hinsichtlich der EU-Strategie für den Donauraum übernahm in direkter Folge auf die 2008-Donaukonferenz in der baden-württembergischen Landesvertretung der AdR. So wurde bereits auf dessen letzter Sitzung im Jahr 2008 eine fraktions- und staatenübergreifende Gruppe auf Initiative des damaligen baden-württembergischen Landtagspräsidenten Peter Straub aus der Taufe gehoben und auf der außerordentlichen AdR-Präsidiumssitzung Mitte Januar 2009 in Pilsen (Tschechische Republik) zudem die formelle Gründungsanerkennung sowie die Eintragung in das offizielle AdR-Verzeichnis für interregionalen Gruppen vollzogen.⁹ Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben zahlreichen kommunalen AdR-Vertretern aus den Donaustaaten auch der AdR-Vertreter des Deutschen Landkreistags und Präsident des baden-württembergischen Landkreistags, Landrat Helmut M. Jahn aus dem Hohenlohekreis.

Dieses Gremium begleitete fortan aktiv u.a. die beiden AdR-Initiativberichte zur Donauraum-Strategie, die unter Federführung des ehemaligen baden-württembergischen Europaministers Prof. Dr. Wolfgang Reinhart im Oktober 2009 und März 2011 vom AdR-Plenum mit insgesamt nur einer Gegenstimme angenommen wurden. Bereits der erste Bericht¹⁰ unterstrich dabei die vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten für die Donau-Kommunen und die notwendige Intensivierung von deren Partnerschaftskontakten in der Zukunft. Demnach bildeten die Kommunen den elementaren Kern der Europäischen Einigung aus, da sich die Lebensrealität der

meisten Europäer in kleinteiligen Einheiten wiederfände, die insbesondere auch der Donauraum beinhalte. So heißt es zudem explizit, dass den lokalen Gebietskörperschaften – die aufgrund ihrer Nähe zum Bürger dessen Bedürfnisse und Anliegen sehr gut kennen – eine zentrale Rolle bei der Planung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Strategie zustehe.

Auch der Folgebericht¹¹ beinhaltet klare kommunale Bezüge. So kommt der Feststellung, dass die Strategie die Dezentralisierung sowie die verbesserte Verankerung des örtlichen Selbstverwaltungsgedanken im gesamten Donauraum unterstütze, gesamtkommunale Grundsatzbedeutung zu. In diesem Zusammenhang hebt der AdR den wichtigen Beitrag der lokalen Gebietskörperschaften beim Abbau von Vorurteilen hin zu einem verstärkten interkulturellen Dialog und bei der Vermittlung eines Demokratieverständnisses mit einem starken kommunalen Selbstverwaltungsverständnis hervor.

So würdigte der Bericht unter Verweis auf das konkrete Beispiel des „Young Citizen Danube Network“¹² zudem die zentrale Rolle der Jugend im Donauraum und betont, dass es von entscheidender Bedeutung sei, jungen Europäern in einem kontinuierlichen Prozess der gemeinsamen Kommunikation gemeinschaftliche Werte zu vermitteln, um sie für den Nutzen aber auch die Notwendigkeit demokratischer Entscheidungsverfahren zu sensibilisieren.

Anhaltendes Bekenntnis des Europäischen Parlaments zur Bedeutung des Donauraums für Gesamteuropa

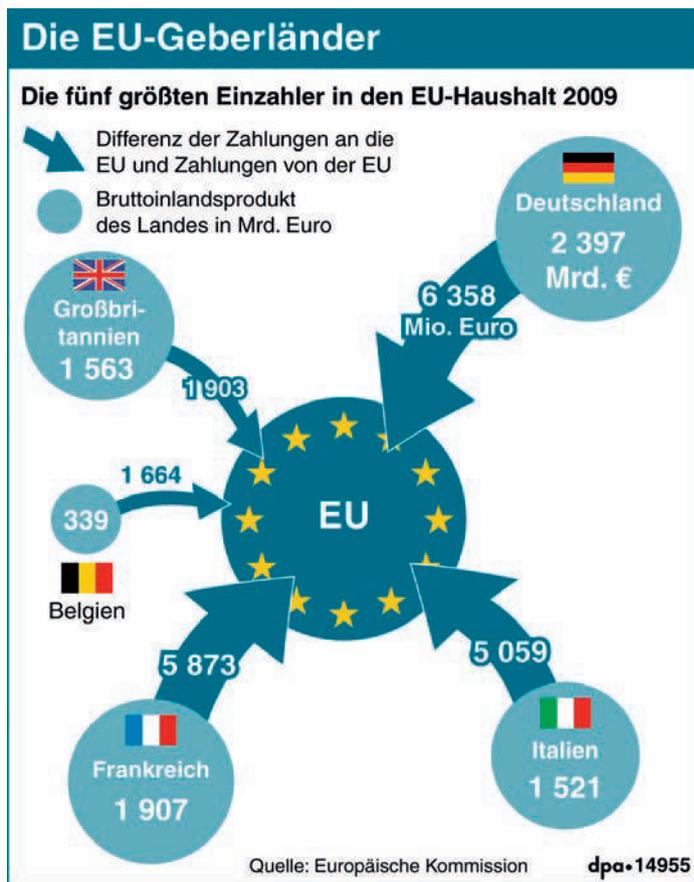
Die Bedeutung der jungen Generation für den Donauraum unterstrich auch das Europäische Parlament in seinen Aktivitäten rund um die EU-Strategie. So fand exemplarisch im Juni 2010 unter dem stellvertretenden Vorsitz des baden-württembergischen Europaabgeordneten und ehemaligen Oberbürgermeister von Horb am Neckar, Michael Theurer, bereits das fünfte MdEP-Do-

nau-Forum in den Brüsseler Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments statt. Unter dem Motto „Jugend & EU-Donauraum-Strategie“ erfolgte ein reger Austausch unter Europaabgeordneten, Vertretern der EU-Kommission und der Donauanrainer sowie einem in der Mehrheit jungem Publikum über mögliche jugendpolitische Schwerpunkte innerhalb der EU-Strategie.

Vorgestellt wurden dabei auch konkrete Projektmöglichkeiten, über die ein Jugendaustausch im Donauraum erfolgen kann. Über unmittelbar kommunal-europäische Ausrichtung mit Baden-Württemberg-Bezug verfügte dabei ein Projekt, dessen Startschuss im Rahmen des Ulmer Donaufests 2010 fallen sollte. In Anlehnung an die Europäische Fahrradtour im Vorfeld der Europawahlen 2009, die Zwischenstopps in insgesamt 25 Rathäusern auf der Strecke von Brüssel bis an die polnische EU-Außengrenze beinhaltet hatte, ist nunmehr für die Jahre 2010, 2011 und 2012 angedacht, dieses Konzept der Bürgerbegegnungen etappenweise auf die Rathäuser der Donau-Städte und -Gemeinden vom Schwarzwald bis ans Schwarze Meer zu übertragen.¹³

Insgesamt gewannen die Diskussionen zur EU-Strategie für den Donauraum innerhalb des Europäischen Parlaments über diese vielfältigen nicht-formalisierten Zusammenschlüsse trotz der vergeblichen Bemühungen zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Herbst 2009 um die Einrichtung einer offiziellen Donauraum-„Intergroup“ im Zeitverlauf zunehmend an Fahrt und mündeten daher in bisher zwei entsprechende Resolutionen der Parlamentarier.

So wurde in der erste Erklärung vom Januar 2010¹⁴ die EU-Kommission konkret aufgefordert, den Donauraum-Strategieprozess mit Leben zu füllen. Hierfür sollten „Aktionspläne“ von Seiten der Kommission ausgearbeitet werden, die u.a. der Durchführung von Projekten zur Förderung der Binnenschifffahrt auf der Donau, zur Schaffung eines multimodalen Verkehrssystems und zur Anwendung umweltfreundlicher Energiequellen dienen soll. Die Abgeordneten



Erste Kommissionsüberlegungen zirkulieren im Brüsseler Raum

Mit Blick auf ihre vertraglich definierte Rolle als Motor der Europäischen Integration nahm die Europäische Kommission diesen Auftrag umgehend an. Im Rahmen einer Sitzung der o.g. interregionalen Donauraum-Gruppe des AdR Ende 2009 skizzierte ein Kommissionsvertreter daher bereits drei sich herauskristallisierende Kernprioritäten.

Zum einen handelte es sich dabei um Aspekte der Anbindung und Verbindung innerhalb des Donauraums. So fielen darunter Fragen der Verkehrs-, aber auch der Kommunikationsinfrastruktur. Ein weiterer Schwerpunkt sollte dem Bereich Umwelt, v.a. unter dem Gesichtspunkt „Wasserqualität“¹⁷ und „Hochwasserschutz“, gewidmet werden. Die wohl umfangreichste dritte Kernpriorität umschrieb er mit dem Oberbegriff „Sozioökonomische, bürgerschaftliche und institutionelle Entwicklung“. Gerade in diesem Punkt sei deutlich geworden, dass es sich bei der Strategie selbst um einen komplementären und integrativen Ansatz handeln müsse, dem ein funktionales Regionenverständnis zugrunde liege.

Der Kommissionsvertreter verdeutlichte dies beispielhaft an der Notwendigkeit, die vorhandenen Potenziale an jungen Fachkräften in einigen Teilen mit dem Unternehmertegeist in anderen Teilen des Donauraums verstärkt zusammenzuführen, so dass hieraus ein gesamteuropäischer Mehrwert entstehen könne. Weiterhin müsse sich die Strategie gerade mit Blick auf die besondere Situation des Donauraums auch verstärkt der Minderheitenthematik annehmen.

Darüber hinaus erläuterte er die so genannten „Drei Neins“ im Rahmen der bis dato erfolgten Kommissionsüberlegungen: So sollten keine neuen Finanzierungsinstrumente für den Donauraum aufgelegt werden. Vielmehr müsse die Kooperation im Rahmen der bisher bereits bestehenden EU-Fördermöglichkeiten erfolgen. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die Notwen-

betonten im Hinblick auf die „Governance-Struktur“ jedoch deutlich, dass ein Eingriff in die Kompetenzen der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften ausgeschlossen und das Subsidiaritätsprinzip damit gewahrt werden müsse.

In ihrer zweiten Entschließung vom Februar 2011¹⁵ riefen die Europaabgeordneten darüber hinaus die Mitgliedstaaten auf, nach der geplanten Billigung des Europäischen Rates am 24. Juni 2011 unter ungarischem Ratsvorsitz zudem so schnell wie möglich mit der Strategie-Umsetzung auf kommunaler Ebene zu beginnen.

Meilenstein für den Strategie-Prozess: Offizieller Auftrag der EU-Staats- und Regierungschefs im Juni 2009

Diese breite Unterstützung durch das Europäische Parlament wäre jedoch vergebliche Mühe geblieben, wäre es den

regionalen und lokalen Akteuren aus Baden-Württemberg zusammen mit ihren Partnern aus den Donauanrainern nicht bereits zuvor u.a. über die oben erwähnten Donaukonferenzen gelungen, entsprechend auf den Europäischen Rat als höchste politische Instanz im EU-System einzuwirken. Dies war im Vorfeld zum Juni-Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs 2009 geschehen.

So standen dort neben der personalpolitischen Grundsatzentscheidung über den künftigen Kommissionspräsidenten und wichtigen Hürden im Hinblick auf den raschen Abschluss des Ratifikationsverfahrens zum – wie oben bereits angedeutet – kommunalfreundlichen Lissabon-Vertrag auch die Vorüberlegungen der Kommission hinsichtlich der Vorbildfunktion des Ostseeraums für den Donauraum auf der Agenda. Dementsprechend wurde die Kommission in den entsprechenden Ratsschlussfolgerungen¹⁶ aufgefordert, bis Ende 2010 ebenfalls für den Donauraum eine EU-Strategie vorzulegen.

digkeit, insbesondere die Verwaltungskapazitäten zur EU-Mittelbeantragung in Kommunen der neuen Mitgliedstaaten weiter zu stärken. Diesbezüglich käme den dortigen Kommunalverbänden eine herausragende Rolle zu.

Eine Absage erteilte er auch der Herausbildung eines eigenständigen Rechtsraums mit einem über den bisherigen Normenbestand der allgemeinen EU-Binnenmarktgesetzgebung hinausgehenden Integrationscharakter. Vorstellbar sei lediglich ein Bündel an Arbeitsregelungen und Verfahrensweisen zur besseren Koordination der Kooperation. Weiterhin schloss er auch die Gründung neuer Institutionen aus. Gerade der Donauraum sei durch eine Vielzahl von Akteuren geprägt, die es stattdessen besser zu vernetzen und zu koordinieren gelte. Das Ganze sei daher auch als ein kontinuierlicher Lernprozess zu verstehen.

Die große Herausforderung für die Kommission sah er somit darin, diese aufgezeigte Themenbandbreite adäquat abzudecken, wobei diesbezüglich nach kommissionsinternen Regeln lediglich elf Seiten für die Strategie zur Verfügung stünden. Obwohl der Donauraum ganz eigenständigen Gesetzmäßigkeiten unterworfen sei und daher die dazugehörige Strategie keine bloße Kopie der Ostseeraum-Strategie sein dürfe, werde man sich selbstverständlich an dieser orientieren und daher – wie schon bei der EU-Strategie für das Baltikum – aller Voraussicht nach ebenfalls einen konkreten Maßnahmenplan vorlegen. Dem vorausgehen müsste allerdings ein Projektkonsolidierungsprozess nach Maßgabe der Machbarkeit und des Europäischen Mehrwerts. So hätten von ursprünglich 500 Projektvorschlägen im Ostseeraum lediglich 80 Eingang in den dortigen Maßnahmenplan gefunden.

Umfassendes Konsultationsverfahren der EU-Kommission zur Strategie-Ausgestaltung

Die Veröffentlichung einer ersten offiziellen Ideensammlung samt Fragenkatalog von Seiten der Kommission erfolgte daraufhin Anfang 2010.¹⁸ Begleitet wur-

de dieses Konsultationsverfahren in der Folge bis Ende März 2010 durch Stakeholder-Konferenzen im gesamten Donauraum, die die Kommission mit betroffenen Akteuren vor Ort organisierte.

Den Startpunkt bildet dabei als Austragungsort Anfang Februar 2010 einmal mehr das baden-württembergisch-bayerische Doppelzentrum Ulm/Neu-Ulm, womit der Donauraum-Strategie-Prozess von Brüssel aus an seinen kommunalen Wurzeln Station machte. Dabei galt der Diskussionsfokus der Ulmer Konferenz insbesondere der lokalen Ebene und die Eingangsaussprache der gastgebenden Stadtoberhäupter ob der notwendigen Einbindung der Kommunen in die Strategieerstellung – als „conditio sine qua non“ für deren erfolgreiche Umsetzung – zogen sich wie das blaue Band der Donau durch den gesamten weiteren Konferenzverlauf. Durch den nunmehr angelaufenen Strategieprozess sei ein neues Kapitel europäischer Integrationsgeschichte geöffnet worden, dass wesentlich durch die Kooperation von Kommunen des Donauraums geprägt werde. Somit entspreche die Entwicklung in bis dato nicht gekannter Weise der langjährigen Forderung nach einem Europa der Bürger, das von unten wachse. Der bisherige Prozess überführe damit auch die Besserstellung der kommunalen Ebene durch den Lissabon-Vertrag in die Verfassungswirklichkeit. Gerade in den Kommunalverwaltungen finde sich umfangreiches Expertenwissen u.a. aus den Bereichen des Umwelt- und Bildungsmanagements wieder, das im gegenseitigen Erfahrungsaustausch der ganzen Donauregion von Nutzen sein könne. Eine wichtige Ergänzung aus gesamtkommunaler Sicht lieferte darüber hinaus Dr. Dirk Ahner, zuständiger Generaldirektor für Regionalpolitik innerhalb der EU-Kommission, indem er als Abschlussredner darauf hinwies, dass die EU-Strategie eine „road map“ für die Entwicklung des gesamten Donauraums darstelle und nicht nur für die Kommunen entlang des Flusslaufs selbst.

Dem Auftakt in Ulm folgten sodann donauabwärts weitere thematische Veranstaltungen, die ihren Höhepunkt in einer Abschlusskonferenz im rumäni-

schen Konstanza im Juni 2010 fanden. Bereits erste konkrete Ergebnisse bezüglich der Auswertung der Konsultationsbeiträge¹⁹ durch die EU-Kommission präsentierten und diskutierten deren Vertreter in der Folge auf der 3. und bis dato letzten Donaukonferenz in der Brüsseler Landesvertretung Baden-Württembergs im Oktober 2010. Diese Ergebnisse fanden – wie sich zeigen sollte – daraufhin in weitgehendem Maße auch Eingang in die finale Strategie-Version, die Anfang Dezember 2010 von Seiten der EU-Kommission offiziell in Brüssel vorgelegt wurde.

Vorlage der EU-Donauraum-Strategie durch die EU-Kommission im Dezember 2010 und deren Kerninhalte

Die Strategie umfasst eine Mitteilung²⁰ und wird ergänzt durch den sog. Aktionsplan²¹, der 200 konkrete Leitprojekte in insgesamt elf Prioritätsfeldern benennt. Ziel des Aktionsplans ist es, einen indikativen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die Entwicklung der Makroregion vorangetrieben werden kann. Die Prioritätsfelder erstrecken sich auf vier thematische Bereiche der Kooperation.

1. Verbesserung der nachhaltigen Verkehrs- und Energieanbindung

Diese erste Säule beinhaltet die verbesserte Anbindung im Donauraum in den Bereichen Verkehr, nachhaltige Energie und sozioökonomische Integration. Insbesondere die Binnenschifffahrt auf der Donau als einer der TEN-V-Korridore, werde zum jetzigen Zeitpunkt weit unter seinen Möglichkeiten genutzt. Dieses Potenzial müsse jedoch erkannt und gefördert werden, da es wichtige Umwelt- und Effizienzvorteile mit sich bringe.

2. Umweltschutz (insbes. bzgl. der natürlichen Wasservorkommen) und Risikomanagement

Der zweite Bereich fokussiert den Schutz der Umwelt in der Donauregion durch die Verbesserung der Wasserqualität, der Biodiversität und des Risikomanagements, vor allem im Bereich des Hochwasserschutzes.

3. Unterstützung der sozio-ökonomischen Entwicklung

Aufmerksamkeit wird in der dritten Säule der Schaffung von Wohlstand in den Anrainerstaaten durch die Förderung von Forschung, Kooperation und Innovation, Ausbau des Tourismus sowie der nachhaltigen Regional- und Kommunalentwicklung geschenkt. Hervorgehoben wird hier insbesondere das Ziel, die enormen Disparitäten im Bereich der Bildung auszuräumen.

4. Verbesserung von Regierungs- und Verwaltungssystemen in den Donauanrainerstaaten

Die vierte Säule beschäftigt sich mit der institutionellen und administrativen Stärkung der Donauregion. Im Vordergrund steht insbesondere die Sicherheit für Bürger und die Gewaltprävention sowie die Stärkung der Kooperationen zwischen den Kommunen und Regionen zur Verbesserung von dezentralisierten Strukturen.

Koordinierungs- und Finanzierungsmechanismen für die anstehende Umsetzungsphase der Strategie

Aus Kommissionssicht ist die Einbindung der einzelnen Regierungsebenen von entscheidender Rolle für eine erfolgreiche Umsetzung. Lokale und regionale Behörden sollen die Verantwortung für die Umsetzung der Donauraum-Strategie zusammen mit den nationalen Regierungen auf EU-Ebene übernehmen. Es sei deshalb unabdingbar, politisches Engagement, Kompetenzen und Ressourcen im Sinne eines modernen „Multi-Level-Governance“-Ansatzes über alle politischen Ebenen hinweg zu bündeln, um diese effektiv nutzen zu können.

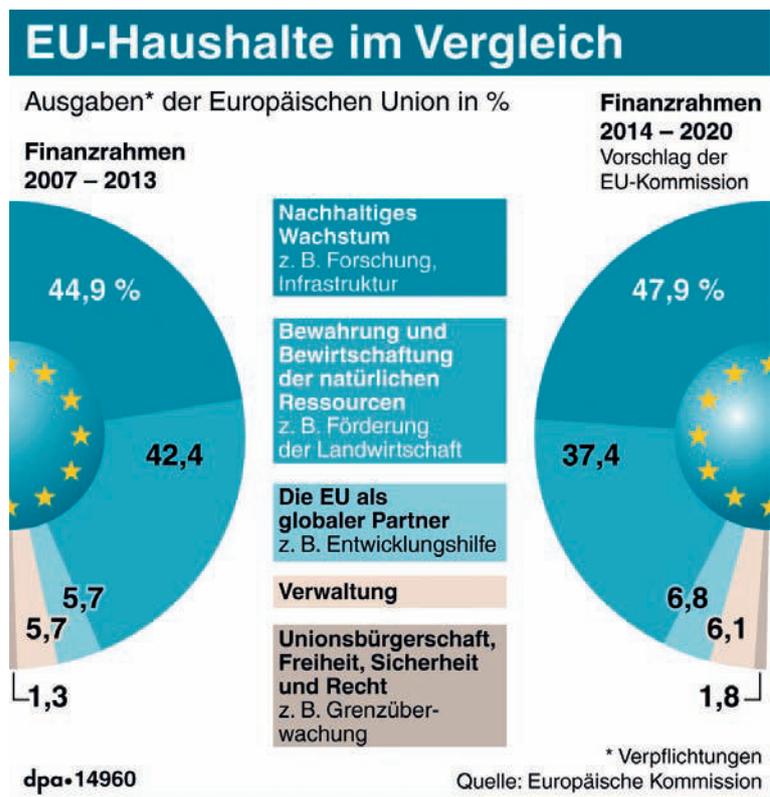
Dabei soll die Umsetzung der Strategie in drei Schritten erfolgen. Auf europäischer Ebene wird die Koordinierung der Strategie in der Verantwortung der Kommission sowie durch die Unterstützung so genannter Hochrangiger Gruppen mit Vertretern aus allen Mitgliedstaaten erfolgen. Nichtmitgliedstaaten hingegen sollen ggf. zu den Sitzungen der Gruppe eingeladen werden. Die

Kommission wird diese Hochrangige Gruppe bei der Fortschreibung des Aktionsplans zur Beratung hinzuziehen und Berichte sowie Vorschläge von Seiten der Gruppen mit in ihre Überlegungen einbeziehen.

Die Koordinierung jedes Prioritätsgebietes soll durch die Mitgliedstaaten, ggf. auch in Zusammenarbeit mit EU-Nichtmitgliedstaaten (außer bei Themen, die die EU auf der Ebene der Staaten behandelt wie etwa Sicherheit sowie schwere und organisierte Kriminalität), in Absprache mit der Kommission und einschlägigen EU-Agenturen sowie regionalen Einrichtungen erfolgen. Hierzu wurden für die elf Prioritätsgebiete innerhalb der vier genannten Themenbereiche Anfang Februar 2011 in Budapest Prioritätsgebiets-Koordinatoren („Priority Area Coordinators“, kurz PACs) nominiert, die den jeweiligen Strategieteilbereich über den gesamten Donauraum hinweg koordinieren und dafür Sorge tragen, dass die Implementierung von Projekten voranschreitet. Diese Arbeit soll auf transnationaler, intersektoraler und interinstitutioneller Ebene durchgeführt werden.

Damit kommt diesen Koordinatoren eine Schlüsselrolle zu. Sie spielen insbesondere für die Interessensbündelungen aus den Mitgliedstaaten eine enorme Rolle, da sie den entscheidenden Kommunikationskanal zur Kommission bilden sollen. Baden-Württemberg hat diesbezüglich zusammen mit Kroatien die Koordinationsverantwortung im Teilbereich „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Donauraum“ übertragen bekommen. Darüber hinaus sollen mit der Einrichtung von „Nationalen Kontaktstellen“ in jedem Anrainerstaat die innerstaatliche Abstimmung, gerade in Bezug auf fachpraktische Aspekte, gewährleistet werden und Informationen zu relevanten Ansprechpartnern identifiziert werden.²²

Die Implementierung der Strategie soll durch die Mitgliedstaaten selbst erfolgen. Dabei wird die Verantwortung aller Akteure, v.a. auf unterstaatlicher Ebene, sprich auch in den Gemeinden, Städten und Landkreisen gefordert sein. Des Weiteren ist es für die Kommission essentiell, dass die Maßnahmen des Aktionsplans in konkrete Projekte umgesetzt werden. Die Berichterstattung und Eva-



luierung wird durch die Kommission in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren durchgeführt. Die erste Evaluierung ist dabei für das Jahr 2012 geplant.

Aber auch die Regionen und Kommunen sollen hier mit eingebunden werden. Jährlich wird die Kommission einen Bericht veröffentlichen, der den Fortschritt der Umsetzung des Aktionsplans zum Inhalt hat und darüber hinaus wird ein jährliches Forum zur Erörterung des Umsetzungsstands veranstaltet. Für die Umsetzung der Strategie stellt die EU zwar bislang keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung. Jedoch wird die Notwendigkeit betont, bereits bestehende Finanzmittel besser zu nutzen, wie beispielsweise die für den Zeitraum 2007 bis 2013 zur Verfügung stehenden Mittel von über 100 Mrd. Euro im Rahmen der EU-Strukturfonds.

Ziel müsse es sein, mit makroregionaler Zusammenarbeit zur Lösung lokaler Probleme beizutragen, um damit dem gesamten Donauraum neue Impulse zu geben. Analog zu bisherigen Programmen der Europäischen Territorialen Kooperation werde die Zusammenarbeit im Rahmen der Donauraum-Strategie dann erfolgreich sein, wenn es gelinge, einen transnationalen Mehrwert unter Berücksichtigung regionaler Interessen und Prioritäten zu erzielen.

Darüber wurden unter dem Gesichtspunkt einer kohärenten EU-Kohäsionspolitik nach 2013 erste Diskussionen angestoßen, die gegenwärtigen EU-INTERREG-Förderräume „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ künftig zusammenzuführen, um durch einen erneut einheitlichen Kooperationsraum analog des ehemals einheitlichen zentral- und südosteuropäischen Förderraums zwischen Ostsee und Ägäis (CADSES) der geopolitischen Bedeutung der Donauregion als kulturhistorisches Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa entsprechend Rechnung zu tragen, was allen potenziellen Antragsteller in baden-württembergischen Gemeinden, Städten und Landkreisen im Sinne von durchgängigen Projekten mit Partnern aus dem gesamten Donauraum zugute käme.

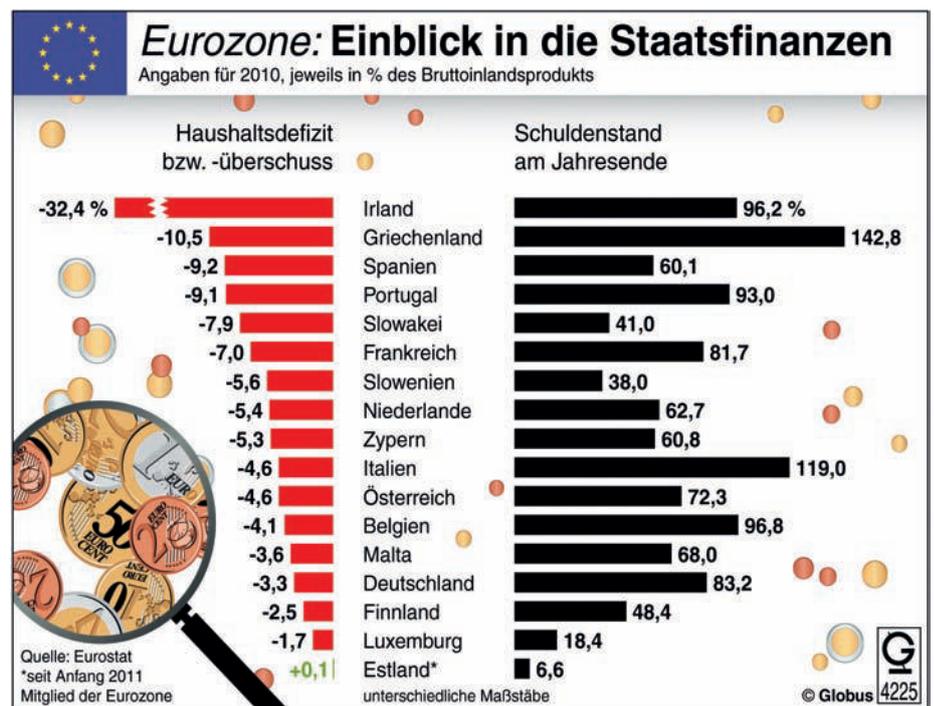
Fazit und Ausblick

Mit der Vorlage der Strategie besteht nunmehr ein wichtiges Governance-Instrument für die Zusammenarbeit zwischen Staaten in unterschiedlichen Stadien des europäischen Integrationsprozesses. Dabei hat die Darstellung des Entstehungsprozesses der Strategie aufgezeigt, in welchem Umfang die Initiative dabei von kommunaler Seite aus angestoßen wurde und darüber hinaus kontinuierlich begleitet wurde. Dabei ist festzuhalten, dass vor Ort in Ulm mit Blick auf die zunehmende kommunale Europabetroffenheit sich ein entsprechendes kommunales Europabewusstsein herausgebildet hatte und in der Folge darauf mit der Steigerung der kommunalen Europafähigkeit durch die Schaffung von entsprechenden institutionalisierten Strukturen reagiert wurde.

Damit stellen die Ulmer Aktivitäten und die daraus hervorgegangene EU-Donauraum-Strategie nicht nur ein gesamteuropäisches Anschauungsbeispiel für ein aktives kommunales Mitregieren im eingangs erwähnten Europäischen Mehrebenen-System dar. So wird dadurch ganz konkret auch anderen interessierten Kommunalpraktikern in Ba-

den-Württemberg ein „best practice“-Handlungskonzept an die Hand gegeben, das aufgrund der geo-historischen Besonderheiten vor Ort und den dadurch bedingten „Startschwierigkeiten“ geradezu als „Mutmacher“ für ein Mehr an kommunalem Engagement auf europäischer Ebene gelten kann. Gleichzeitig wird gerade eine rege Beteiligung von kleineren Kommunen in Baden-Württemberg an der Inwertsetzung der Strategie vor Ort insbesondere davon abhängen, inwieweit bei der künftigen baden-württembergischen Ausgestaltung möglicher Finanzierungsinstrumente für die neue Förderperiode nach 2013 dem oftmals asymmetrischen Kooperationscharakter bei Projekten im Donauraum Rechnung getragen wird.²³

Unbeachtlich dessen liefert der nachgezeichnete Prozess den geradezu musterhaften Praxisbeleg für die Überlegungen des deutschen Historikers Karl Schlöglers hinsichtlich der neuen geopolitischen Realitäten nach dem Fall der Berliner Mauer, der in seinem Werk „Die Mitte liegt ostwärts“ bereits 2002 konstatierte: „(...) Die Jahrzehnte der Diplomatie für Europa sind vorbei, das Jahrzehnt der Bürgermeister kommt. (...) Es müssen keine Beziehungen von Blöcken mehr gemanagt werden, sondern alltägliche



Probleme der Wirtschafts-, Kultur-, Verkehrsverbindungen. (...) Die Europäer gewöhnen sich daran, daß [sic] sie ohne System leben können. Ihre Stabilität und Sicherheit hängt nun nicht mehr an der Grenze (...), sondern an der Überwindung der Grenze, die ohne neue Dynamiken (...) nicht zu haben ist“.²⁴ Genau diese Dynamiken spiegelt sich auch in den dargestellten Entwicklungen wieder.

Abgesehen von der Erleichterung der Kooperation zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten, soll die Donauraum-Strategie auch den Blick in Richtung der Staaten mit mittel- bis langfristiger Beitrittsperspektive öffnen. Ziel ist, diesen Raum wirtschaftlich, aber auch kulturell-emotional an die EU heranzuführen. Mit Blick auf die lokale Ebene bietet die EU-Donauraum-Strategie künftig einen verlässlichen Rahmen, um die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen durch anschauliche und bürgernahe Initiativen zu intensivieren und damit den Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung und Dezentralisierung im gesamten Donauraum zu stärken.

Wie deutlich wurde, gilt es nunmehr, einen konkreten Umsetzungsbeitrag durch kommunalgetragene Projekte von unten zu leisten. Auf EU-Ebene wird das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen den Mitgliedern der kommunalen Landesverbände wie bereits während der bisherigen Prozessschritte auch in der anstehenden Umsetzungsphase bei dieser Thematik von gesamt-kommunalem Interesse gerne mit Rat und Tat zur Seite stehe. Erste diesbezügliche Anknüpfungspunkte bezüglich einer räumlich-logistischen Unterstützung zeichnen sich dabei bereits im Hinblick auf die jüngst beschlossene Errichtung einer Verbindungstelle des oben genannten Rats der Donaustädte und Donau-Regionen in Brüssel für die nähere Zukunft ab.

Az. 009.25

Fußnoten

- 1 Zu nennen sind hier v.a. der Föderalismus, der (Neo-)Funktionalismus und der (liberale) Inter-gouvernementalismus.
- 2 Vgl. hierzu auch den einschlägigen Artikel in BWGZ 7/2010, S. 259 ff. bzgl. des Weißbuchs zum Europäischen Mehrebenen-Regieren des Ausschusses der Regionen aus dem Jahr 2009.
- 3 Vgl. bzgl. der fortschreitenden Institutionalisierung in diesem Bereich auch die jüngst erfolgte Gründung der sog. Donau-Akademie (<http://www.ulm.de/sixcms/media.php/331/EDAneu.pdf>).
- 4 Damit folgte man nicht zuletzt der Erkenntnis des großen Europäers Jean Monnets, der – so wird er zitiert –, wenn er die Europäischen Gemeinschaften noch einmal hätte erschaffen müssen, mit der Kultur begonnen hätte. Vgl. hierzu auch den gesonderten Artikel in dieser Ausgabe von Dr. Eugen Christ zur Bedeutung der Kultur in der EU-Donauraum-Strategie.
- 5 Mit Blick auf die erfolgte inhaltliche Neuausrichtung des „donau.büro.ulm“ zum Jahresende 2010 schied die IHK Ulm als Mitgründungsgesellschafter aus, wohingegen bereits zum Jahresbeginn 2008 die Stadt Neu-Ulm als weiterer Gesellschafter beigetreten war, was sich fortan auch in der erweiterten Bezeichnung „donau.büro.ulm/neu-ulm“ niederschlug. Vgl. weiterführend hierzu auch: <http://www.donaubüro.de/startseite.24328.htm>.
- 6 Dabei lassen sich durchaus auch historische Bezüge finden, war doch Ulm bereits als Reichsstadt 1376 Initiatorin des sog. „Schwäbischen Städtebundes“, einem Verteidigungsbündnis von bis zu 39 ober-schwäbischen Städten im heutigen Baden-Württemberg und Bayern. Eine Vorreiterrolle in heutiger Zeit nimmt in diesem Zusammenhang die sog. „Union of the Baltic Cities“ (UBC, www.ubc.net). Dabei handelt es sich um ein 1991 gegründetes Netzwerk von gegenwärtig 100 Städten unterschiedlicher Größenordnung im Ostseeraum, das sich mittlerweile einer starken organisatorischen Ausdifferenzierung erfreut. So existieren neben einem ständigen Sekretariat in Danzig (Polen) und verschiedenen Leitungsgremien auch zwölf Experten-Kommissionen zu verschiedenen Fachgebieten. Bezüglich ihrer Projektarbeit sieht sich dieses Netzwerk ganz in der Tradition der „Hanse-Städte“, der auch ein regionales Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den einzelnen Partner entstehen lässt. So zeigen sich hinsichtlich des jeweiligen Entstehungshintergrund der UBC und des „donau.büro“-Netzwerks durchaus Parallelen, da auch letzteres mit Donauraum auf die (Wieder-)Entdeckung eines (alten) Kultur- und Handelsraums ausgerichtet ist. Umso weniger erstaunlich erscheint, dass sich, wie noch zu zeigen sein wird, ein Vorläufer zur Donauraum-Strategie auf EU-Ebene ebenfalls auf den Ostseeraum konzentriert.
- 7 1990 gegründet, versteht sich diese als interregionale Verbund von Gebietskörperschaften entlang der Donau, die unterschiedlichen politischen Ebenen zuzuordnen sind. So sind neben südosteuropäischen Nationalstaaten auch deutsche und österreichische Bundesländern sowie verschiedene Städte und Kreise aus den Donauländern vertreten.
- 8 Vgl. hierzu weiterführend online unter <http://coropinions.cor.europa.eu/pages/PresentationTemplate.aspx?view=folder&id=86e7f290-d7b8-4a3c-a549-36191441227d&sm=86e7f290-d7b8-4a3c-a549-36191441227d>.
- 9 Einzusehen online unter http://coropinions.cor.europa.eu/viewdoc.aspx?doc=\\espubb1\esp_public\cdr\relex-iv\dossiers\relex-iv-025\de\cdr149-2009_fin_ac_de.doc.

- 10 Einzusehen unter http://coropinions.cor.europa.eu/viewdoc.aspx?doc=\\espubb1\esp_public\cdr\coter-v\dossiers\coter-v-013\de\cdr86-2011_fin_ac_de.doc.
- 11 Vgl. hierzu auch den gesonderten Artikel in dieser Ausgabe von Gabriella Bassu zu diesem Thema.
- 12 Weiterführende Informationen hierzu finden sich auf Englisch unter [http://www.communicate-europe.co.uk/index.php?id=6811&tx_ttnews\[tt_news\]=2776&tx_ttnews\[backPid\]=6811&Hash=f15cfad2be](http://www.communicate-europe.co.uk/index.php?id=6811&tx_ttnews[tt_news]=2776&tx_ttnews[backPid]=6811&Hash=f15cfad2be).
- 13 Vgl. hierzu online <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P7-TA-2010-0008+0+DOC+PDF+V0//DE>.
- 14 Vgl. hierzu online <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0065+0+DOC+XML+V0//DE>.
- 15 Vgl. hierzu online unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11225-re02.de09.pdf>.
- 16 Vgl. hierzu auch den gesonderten Artikel in dieser Ausgabe von Sabine Meigel zu diesem Thema.
- 17 Vgl. hierzu und den nachfolgenden Schritten http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/danube/index_en.htm.
- 18 Einzusehen online unter http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/danube/contrib_en.htm.
- 19 Einzusehen online unter http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/danube/com2010_715_danube_de.pdf.
- 20 Einzusehen online (lediglich auf Englisch) unter http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/danube/action_plan_danube.pdf.
- 21 Ein entsprechendes Kommunikationsinstrument stellt dabei der mehrmals jährlich erscheinende Strategie-Newsletter dar, der auf Englisch unter http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/danube/newsletter_en.htm eingesehen werden kann.
- 22 So steht im Gegensatz zur bisherigen EU-Projekt-kooperation innerhalb der EU-15, die im Regelfall unter Partnern „auf Augenhöhe“ erfolgt, bei der Zusammenarbeit im Donauraum, d. h. mit Akteuren aus den EU-12, nach wie vor oftmals ein stärker einseitiger Know-How-Transfer analog der „klassischen“ EU-Entwicklungs- bzw. Beitritts-hilfe im Vordergrund. Dieser Umstand macht es für Antragsteller entsprechend schwierig, adäquate EU-Fördermittel im niederschwelligen Bereich unbürokratisch zu mobilisieren. Damit wird eine Landesfinanzierung, wie sie in diesem Bereich bspw. bereits vorbildhaft über die Geschäfts- und Servicestelle Osteuropa des Landes Baden-Württemberg erfolgt, bei der anstehenden Strategieumsetzung erneut an Bedeutung gewinnen. Folglich findet sich die Finanzierungsthematik auch im Programm der landesinternen Auftaktveranstaltung zur Strategieumsetzung am 11. Juli 2011 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart wieder, online einzusehen unter http://www.handwerk-international.de/dokumente/EU-Donauraum-Strategie_20110711_Programm.doc.
- 23 Vgl. Karl Schlögel, 2002, Die Mitte liegt ostwärts. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. München: Carl Hanser, S. 235.
- 24 Vgl. hierzu auch den gesonderten Artikel in dieser Ausgabe von Herbert Schön zu diesem Thema. ■

Fabian Fechner und Florian Domansky*

Donau konkret – Konferenz zu Umsetzungsmöglichkeiten der EU-Donauraum-Strategie

Für den 24. Juni 2011 stand die Annahme der EU-Strategie für den Donauraum durch den Europäischen Rat an. Maßgeblich zur Entwicklung der Strategie auf EU-Ebene beigetragen haben dabei drei Donaukonferenzen, die seit 2006 im zweijährigen Turnus in der Brüsseler Vertretung des Landes Baden-Württemberg durchgeführt wurden. Mit Blick auf die bevorstehende Umsetzung der Strategie wurde nunmehr eine neue Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die zum Auftakt vom Europabüro der baden-württembergischen Kommunen mitorganisiert wurde.

Unter dem Titel „Donau konkret: Ulm und Budapest – Bürger und Kommunen im Donauraum auf dem Weg in die Zukunft“ erörterten am Beispiel dieses Städte-Tandems am 25. Mai 2011 Vertreter aus dem Donauraum in Brüssel, wie nun den Worten Taten folgen können. Betroffene aus beiden Städten präsentierten dabei ihre Projekte und zeigten auf, welchen Beitrag Kommunen bei der Strategie-Umsetzung bereits leisten, aber auch welche Potenziale sowie Bedürfnisse für die Zukunft noch für die lokale Ebene bestehen.

Nach dem Grußwort der Leiterin der baden-württembergischen Landesvertretung, Dr. Nicola Schelling, gab Göyr-

gy Nádasi von der ungarischen Ratspräsidentschaft einen Überblick über die Eckpunkte der Strategie. So strebe diese v.a. die Koordination bereits existenter Projektinitiativen im Donauraum sowie die bessere Abschöpfung vorhandener EU-Mittel für diese an. Joachim Baldermann, Ressortbeobachter des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums bei der EU und Dr. David Bencsik, Leiter der Brüsseler Budapest-Vertretung, stellten in ihrer Anmoderation zudem klar, dass durch die Zusammenarbeit aller Institutionen auf einer neuen makroregionalen Politikebene v.a. der Territoriale Zusammenhalt gestärkt und die politische Sprechfähigkeit der Kommunen verbessert werden soll.

Rat der Donaustädte und -Regionen stellt sich als kommunale Kooperationsplattform vor

Im Anschluss stellte Peter Langer, Donaubeauftragter des baden-württembergisch-bayerischen Donaudoppelzentrums Ulm/Neu-Ulm, in einem ersten Workshop die Arbeit des 2009 in Budapest gegründeten Rats der Donaustädte und Donau-Regionen vor. So dient dieser kommunale Zusammenschluss z.B. der Kooperation bei der Wasserqualitätsverbesserung sowie der Ausschöpfung des kulturellen Potenzials entlang der Donau.

Viel Gesprächsstoff und anregende Impulse: Die Vertreter der Donauanrainerstädte Ulm und



Nachdem auch ungarische Vertreter Kooperationsprojekte präsentiert hatten, zeigte sich in der anschließenden Diskussion, dass sich zwar schon sehr viel in Bewegung befindet, die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene aber immer noch Widrigkeiten ausgesetzt ist. So ergäben sich Probleme aus den unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen in den einzelnen Donau-Ländern, da z.B. die kommunale Selbstverwaltung deutscher oder österreichischer Ausprägung in Rumänien so nicht bestehe. Dadurch verlaufe die Kooperation statt auf Augenhöhe bislang eher asymmetrisch, wodurch die Notwendigkeit weiterer Dezentralisierungsbemühungen in den östlichen Donauanrainern ersichtlich werde.

Musterbeispiele für lokale Projekte und Notwendigkeit der kommunalen Europafähigkeit im Donauraum

Vorgestellt wurde sodann eine Austauschplattform von Jugendlichen im Donauraum durch Johann-Jakob Wulf, Koordinator des „Young Citizen Danube Network“¹, die als Fernziel die Gründung eines Donaujugendwerks vorsieht. Ein weiteres Beispiel war zudem das EU-Projekt „Danube-Networkers (www.danet-at-work.eu/de/), ein Netzwerk im Bereich der Seniorenbildung entlang der Donau, das maßgeblich durch Spenden und die Unterstützung aus der Bürgerschaft verwirklicht wurde.

Gunter Czisch, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm, hob in diesem Kontext auch die notwendige Europafähigkeit der Donau-Kommunen hervor, die eine Grundvoraussetzung im zusammenwachsenden Europa darstelle. Er ging dabei auch auf die bemängelte Passgenauigkeit von EU-Förderung ein und mahnte an, dass hier eine Dynamik von bürgerschaftlichem Engagement vor Ort auf einen EU-Prozess treffe, der momentan nicht ausreichend schnell auf diese Herausforderung reagiere.

MdEP Michael Theurer, OB a.D. aus Horb am Neckar und Vize-Vorsitzender des Donau-Forums des Europäischen Parlaments, stellte daraufhin klar, dass sein Haus die Strategie ausdrücklich unterstütze. Es brauche sowohl die Akteure, die wüssten und auch aussprächen, was vor Ort gebraucht werde, als auch den politischen Rahmen, durch den finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden. Er betonte, dass mit Blick auf künftige EU-Haushaltsplanungen daher auch über eigene Finanzinstrumente für makroregionale Strategieansätze wie im Donauraum nachgedacht werden müsse. Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, dass dann auch ein entsprechender Mittelabfluss durch kommunales „capacity building“ gewährleistet sei.

Einen ersten Lösungsansatz hierzu lieferte in diesem Zusammenhang Dr. Joachim Beck, Direktor des kommunal mitgetragenen Euroinstituts² im baden-württembergischen Kehl, indem er auf

den möglichen Donauraum-Wissens-transfer der gewonnenen Erfahrungen seiner Einrichtung bezüglich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entlang des Rheins als EU-Gründungsfluss verwies.

Az. 009.25

Fußnoten

- 1 Vgl. hierzu auch den gesonderten Artikel in dieser Ausgabe von Gabriella Bassu zu diesem Thema.
- 2 Vgl. hierzu weiterführend <http://euroinstitut.org/Deutsch/index.php>. ■

* Fabian Fechner ist Absolvent der Universität St.Gallen (HSG), an der er „International Affairs“ studierte. Vor Aufnahme eines Master-Studiums im Herbst 2011 in London sammelt er gegenwärtig vor Ort in Brüssel u.a. durch Praktika in der Landesvertretung Baden-Württemberg und im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen fachpraktische Erfahrungen bzgl. der zunehmenden Europäisierung von regionalem und kommunalem Verwaltungshandeln. Betreut wird er dabei u. a. von Florian Domansky, dem Leiter des Europabüros.

Budapest tauschten sich im Mai 2011 über mögliche intensivere Zusammenarbeit aus.



Herbert Schön*

Serbische Gemeinderäte und Gemeindebeamte in Oftersheim

Donauraum-Strategie ganz praxisnah – Kommunale Selbstverwaltung in Baden-Württemberg als Vorbild

Die Reisegruppe, die im September 2010 in Oftersheim im Rhein-Neckar-Kreis eintraf, setzte sich aus 13 Gemeinderäten aus Kač/Vojvodina, Kommunalbeamten aus Kač und dem Verwaltungszentrum Novi Sad, einer Schulinspektorin der Regierung der Vojvodina und einem Journalisten zusammen. Am Wochenende stieß ein Kamerateam des Senders Novi Sad zur Veranstaltung. Kač gehört seit dem 2. Weltkrieg als abhängiger Ortsteil zu Novi Sad, ein Relikt aus der kommunistisch-zentralistischen Zeit. Die Erinnerungen an die ehemalige Selbstverwaltung sind allerdings noch wach. Deshalb besteht der Wunsch, „dass nicht unsere Steuern in Novi Sad für Prestige-Bauten verplempert werden, statt sie in Kač in bitter notwendigen Infrastruktur-Investitionen zu stecken“.

Die Seminar-Delegierten, zwischen 30 und 60 Jahren alt, vertraten die neue demokratische Mehrheit ihres Dorfparlaments. Der frisch installierte Bürgermeister Uroš Lončar, ist jung, unbelastet und zupackend. In der Gemeinde hatten bis zur Kommunalwahl 2009 die Radikalen die absolute Mehrheit (nationalistisch, europafeindlich). Bei Besuchen und in Telefonaten wurde der Wunsch nach Einblicken in die deutsche kommunale Selbstverwaltung geäußert. Die Heimatortsgemeinschaft Katsch, die deutschen Nachbarn im Dorf bis 1944, wagte sich an das schwierige Unterfangen.

Die Katscher Donauschwaben haben nach einer konzentrierten Ansiedlung in den vierziger und fünfziger Jahren in Oftersheim ihr neues geistiges Zentrum gefunden. Man traf sich anfänglich zur alten Kerwei, bald wurden eine eigene Dorfzeitung (Katscher Nachtkrapp), eine Ortsmonographie und ein originäres Kochbuch verlegt. Im Museum Oftersheim wurden mitgebrachte Gegenstände für eine Katscher Heimatstube zusammengetragen, auf dem Friedhof eine Heimat- und Toten-Gedenkstätte, ein „Denk-Mal“ aus alten Grabsteinen errichtet.

Nach Privatbesuchen in Kač, die bis zum Jahr 2000 sehr diskret verlaufen mussten, konnten nach dem Ende der Diktatur endlich offizielle Kontakte zur früheren Heimatgemeinde Kač, den alten Nachbarn, geknüpft werden. Busse fuhren in die eine Richtung, 2002 kamen aus der anderen Richtung 55 Jugendliche (aus Kač), um zu sehen wo und wie denn heute „ihre“ Donauschwaben in Deutschland leben. Die Heimatortsgemeinschaft Katsch nahm 2004 sechs Kindergärtnerinnen aus der Vojvodina in Familien auf, damit diese in drei Wochen ein Deutschpraktikum an badischen Kindergärten absolvieren konnten.

2004, 2005 und 2006 organisierten Mitglieder der Heimatortsgemeinschaft Katsch „Donau-Kreuz-Fahrten“ für jeweils etwa 180 Donauschwaben aller Altersgruppen, die mit der alten Heimat und den heutigen Bewohnern ihrer Elternhäuser Frieden schließen wollten. Nachdem die Kačer beider Seiten wieder Vertrauen zueinander gefasst hatten, konnte endlich auf dem zerstörten deutschen Friedhof von Kač/Katsch eine würdige Gedenkstätte errichtet werden.

Hilfe zur Selbsthilfe – Angelhaken statt Fisch

Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder „besser Angelhaken statt Fisch anbieten“ wurde das Seminar ein Jahr lang vorbereitet. Einen stattlichen finanziellen Betrag – ohne den das Seminar nicht hätte stattfinden können – steuerte die Baden-Württemberg Stiftung bei, den Rest die Heimatortsgemeinschaft. Innenminister Heribert Rech lobte seinerzeit die Initiative in einem besonderen Grußwort.

Die Verwaltungsspitzen von vier benachbarten Gemeinden – Oftersheim, Schwetzingen, Reilingen und Hockenheim – konnten dafür gewonnen werden, theoretisch und praktisch darzulegen, wie ihre Gemeinden funktionieren.

Folgende Fragen lagen den serbischen Gäste aus der Vojvodina besonders am Herzen:

* Herbert Schön ist Vorsitzender der Heimatortsgemeinschaft Kač-Nowi Sad und Mitorganisator des Seminars.

- Was sind die wichtigsten Grundzüge der deutschen kommunalen Selbstverwaltung?
- Wie wird ein Bauhof organisiert und finanziert, dessen Aufgaben von der Müllabfuhr bis zum Freizeitbad reichen?
- Wie wird das Trinkwasser für einen Zweckverband gewonnen, verteilt und finanziert?
- Was muss in der Gebietskläranlage passieren, damit das Abwasser am Ende problemlos in einen Bach eingeleitet werden kann?
- Wie sorgt eine Gemeinde am Ort für behinderte Kinder und die Pflege betagter Menschen?
- Wie werden Sportstätten eingerichtet, genutzt, unterhalten und finanziert?
- Warum gibt es Jugendarbeit, Jugendclubs und sogar ein Jugendparlament?
- Warum ist der deutsche Denkmalschutz (erklärt am Beispiel Schloss Heidelberg) entstanden?
- Warum kümmert sich eine private Stiftung um das körperliche und seelische Wohlergehen von Querschnittgelähmten?



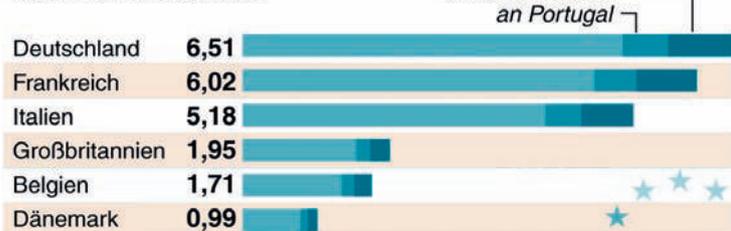
Auch für Funktion und Effektivität einer modernen Kläranlage interessiert sich die serbische Delegation.

Europa als Transferunion?

In einer Transferunion unterstützen sich Staaten durch dauerhafte, direkte Finanztransfers.

Regelmäßige Zahlungen

In der EU fließt im Rahmen des Haushaltes Geld zwischen den Mitgliedsländern. Die Geberländer zahlen 2009 zusammen **23,5 Mrd. Euro**, darunter



(Rest: Irland, Finnland, Luxemburg, Österreich und Zypern)

Zahlungen insgesamt an...



dpa-14953

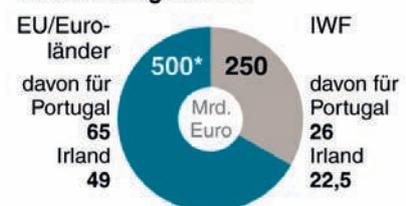
Einmalige Hilfen

Umfang der Hilfspakete für verschuldete Staaten:

Griechenland-Paket



Euro-Rettungsschirm



*440 Mrd. Euroländer (inzwischen Erhöhung auf 780 Mrd. beschlossen, EFSF), 60 Mrd. EU-Kommission (EFSM)

Quelle: Deutsche Bank Research

Den politischen Überbau von Deutschland und der Europäischen Union nach Serbien bzw. Ex-Jugoslawien stellte ein Mann her, der in der Vorbereitungszeit zunächst nicht eingeplant war – Josip Juratovic, Bundestagsabgeordneter der SPD aus Heilbronn. Er saß am 31. Juli 2010 auf dem Podium, als es in Stuttgart um die sechzigste Wiederkehr der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen ging. Und er sagte spontan zu, als er von dem geplanten Seminar in Oftersheim hörte.

Josip Juratovic ist in Kroatien, also Ex-Jugoslawien, geboren, kam als 15-jähriger nach Deutschland, absolvierte Schul- und Handwerksausbildung und arbeitete lange Jahre am Montageband bei Audi in Heilbronn. Danach war er Gewerkschafter, Gemeinde- und Kreisrat und ist seit 2005 Bundestagsabgeordneter. Er nahm sich einen ganzen Nachmittag und Abend Zeit, um zu schildern, wie in Deutschland Demokratie vom einzelnen Menschen über die Gemein-

de, den Kreis, das Bundesland bis zur Bundesrepublik gestaltet wird. Was problemlos funktioniert, aber auch was mühsam durch Überzeugungsarbeit erungen werden muss.

Da Josip Juratovic auch Berichterstatter seiner Fraktion für Ex-Jugoslawien und den Balkan ist, erhielten die Seminarteilnehmer aus Serbien Informationen aus erster Hand – aus Berlin und aus Brüssel. Er erklärte insbesondere, warum Serbien seit Jahren und noch einige Zeit lang vor der europäischen Tür stehen wird. U.a. empfahl er seinen sehr aufmerksamen Zuhörern, jeden einzelnen serbischen Politiker, der mit alten Mythen und neuem Nationalismus Stimmen fangen will, zu unterbrechen und nach konkreten Wirtschaftsentwicklungsplänen zu fragen. Denn nur ein verbesserter Wirtschafts- und Lebensstandard wird in die ehemaligen jugoslawischen Staaten dauerhaften Frieden einziehen lassen. Die nächste Generation habe die Chance, sich schrittweise europäischen Standards zu nähern. In der Zwischenzeit solle man von Deutschland und Europa lernen so wie in diesem anerkannter Weise von Donauschwaben organisiertem Seminar. Die junge Demokratie Serbiens müsse verteidigt und die Wirtschaft vorgebracht werden.

Es war schmerzlich, dass diese Fakten von einem ehemaligen Landsmann, ohne Übersetzung gemildert, am ersten Seminartag auf die neugierigen Seminarteilnehmer niederrauschten. Die theoretischen und praktischen Informationen der nächsten Tage unterstrichen ebenfalls den bereits gewonnenen Eindruck der Gäste: „Wir stecken in den fünfziger Jahren – verglichen mit Deutschland“. Umso wichtiger waren die wiederholten Hinweise der Bürgermeister Helmut Baust (Oftersheim) und Walter Klein (Reilingen) und des Seminarleiters Herbert Schön, dass alles Gehörte und Gesehene nicht im Verhältnis 1:1 auf die eigene Kommunalarbeit übertragen werden könne. Der in Baden gesehene Standard sei in fünfzig Jahren mit viel Fleiß, Disziplin und guter Planung erreicht worden – mit Fortschritten, aber auch Rückschritten. Für die

Gäste soll dieser Standard Ziel und Ansporn sein, vergleichbar einer Kompassnadel. Aber auch die folgende Botschaft wurde übermittelt: Die Annäherung an die EU wird kein Wirtschaftswunder ohne eigene Anstrengung bringen.

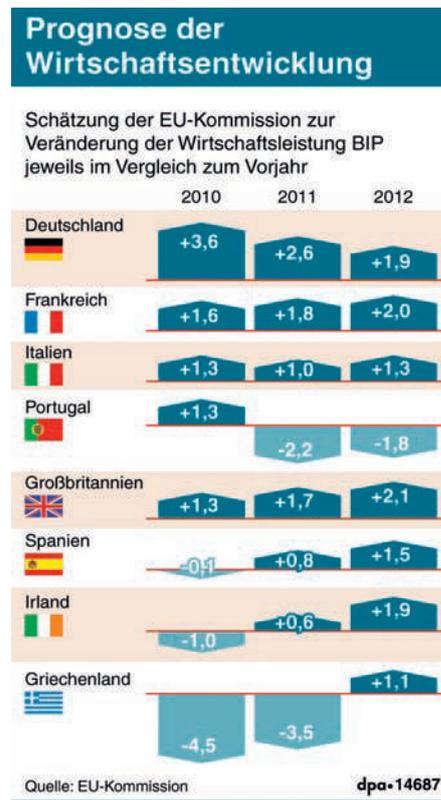
Es war eine große Bürde, die auf den Seminarteilnehmern aus Serbien lag. An Gesichtern und Haltung konnte man die inneren Konflikte ablesen – von zustimmender Verarbeitung über nüchterne Kenntnisnahme bis hin zur brüskten Verweigerung. Die properen badischen Dörfer, die gediegenen Rathäuser, die selbstbewussten fachkundigen Gemeindepräsidenten, die freimütig ihre Haushaltspläne offen legten. Sie schilderten den jährlichen Kampf um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben – und warum man ggf. dann doch einen Kredit aufnehmen müsse. Sinngemäßes Zitat seitens der Gäste dazu: „Kein Mensch bei uns in vergleichbarer Position würde sich so viel Zeit nehmen und niemals seine Karten offen legen“.

Ähnliche Bewunderung galt zwei Damen von der Universität Heidelberg, die ehrenamtlich an der Organisation und

bei der Fachübersetzung mitarbeiteten. Anna Kirchner und Milena Klersy stammen nicht aus Katsch, haben aber ihre familiären Wurzeln in der Vojvodina. Beide wollten gerne zwei neue Maschen im Netzwerk werden, indem sie mit ihrem Können die Katscher Initiative unterstützten.

Es war eben diesem Netzwerk zu verdanken, an dem die Katscher Donauschwaben seit Jahren knüpfen und das jetzt zu einem weiteren Erfolg verhalf. Dennoch – die Organisatoren (Herbert Schön, Andrea Ballreich, Helmut Bischof, Charlotte und Hans Fix, Christa und Walter Köhl) fühlten sich nach Ende des Seminars bis aufs Äußerste gefordert. Vergleichbare Angebote an serbische Kommunalpolitiker und Meinungsbildner sind trotzdem dringend nötig. Als Träger sollten Fachleute aus Parteien-Stiftungen oder anderen staatspolitischen Organisationen gewonnen werden. Die Katscher sind bereit, die im Laufe des Seminars gemachten, völlig neuen Erfahrungen, innerhalb sowie auch außerhalb der donauschwäbischen Gemeinschaft, an Interessierte weiterzugeben. ■

Az. 009.25



Sabine Meigel*

„Aqua danubis“ und „Blue Danube“ – Technologietransfer im Donauraum

Das Europa der Zukunft ist ein Europa der Städte und Regionen. Nichts verkörpert diesen Grundsatz europäischer Verfassungspolitik besser als die immer engere Zusammenarbeit und Partnerschaft der Städte und Regionen entlang der Donau. Seit vielen Jahren werden gemeinsame Projekte in Kultur, Wissenschaft, Bildung, Ökologie und Wirtschaft durchgeführt. Begegnungen junger Menschen finden statt, Partnerschaften und persönliche Freundschaften entstehen.



Im Rahmen eines Transfer-Projektes besuchten im März rund 40 Bürgermeister und Kommunalvertreter aus Vojvodina in Serbien den Workshop „Aqua Danubis“.

Aufgrund der stetig zunehmenden Aktivitäten im Donauraum lag es nahe, eine zentrale Anlaufstelle ins Leben zu rufen und so gründeten die Stadt Ulm und die Industrie- und Handelskammer Ulm 2002 das „Donaubüro Ulm“. Ob als Projektagentur, bürgernahe Plattform oder als Teil eines Netzwerkes – das Donaubüro Ulm/Neu-Ulm setzt sich dafür ein, dass sich Menschen entlang der Donau begegnen und austauschen. Neben europäischen Projekten unterstützt es im Besonderen kommunale Vorhaben in den Bereichen Bildung, Verwaltung und Ökologie. Hierbei liegt der Fokus auf dem Technologietransfer und dem interkommunalen Wissensaustausch besonders im Bereich der kommunalen Wasserver- und -entsorgung.

Im Jahr 2011 wird das Projekt „Aqua Danubis“ zur Begleitung des EU Projektes „Blue danube“ gestartet. Es professionalisiert die Teilnehmer auf einem einheitlichen europäischen Niveau in der Beantragung von Umweltinnovationen im kommunalen Bereich der Ver- und Entsorgung. Neben Fachvorträgen, dem

Austausch mit Kommunalpolitikern aus Ulm und Neu-Ulm sowie der Vorstellung eigener geplanter Projekte stehen auf dem Programm auch Termine vor Ort. So werden das moderne Klärwerk Steinhäule und die Trinkwasserversorgung der Stadtwerke Ulm besichtigt. Das vom Donaubüro und der High Tech Allianz organisierte Projekt wird von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert. Im Rahmen des Projektes besuchten im März rund 40 Bürgermeister und Kommunalvertreter aus Vojvodina in Serbien den Workshop „Aqua Danubis“. Weitere Workshops mit Bulgarien und Ungarn sind in der Planung.

Die mit Unterstützung der EU entwickelte Donaustategie bietet für kommunale Behörden neue Möglichkeiten der Innovationsbeschleunigung für die Gewässerreinigung. Auf Basis der Donaustategie verpflichteten sich die Partner zu einer engeren territorialen Zusammenarbeit, welche im Rahmen dieses Projektes konkretisiert werden soll. Das beantragte Projekt „Blue danube“ wird zeigen, wie die Einführung von innovativen Umwelt-

technologien auch in den Donauländern vorangetrieben werden kann. Zum einen können neue Verfahren bei der Abwasserbehandlung zu einer verbesserten Elimination der Rückstände von Hormonen und Arzneimitteln führen. Zum anderen muss neben der Bereitstellung von Infrastruktur auch die nachhaltige Gewährleistung dieser Infrastruktur durch die Daseinsvorsorge der Städte und Regionen vollzogen werden. Eine Übertragung der notwendigen Verwaltungsleistungen auf verschiedene Verwaltungssysteme ist daher unerlässlich. Der Austausch zur Einführung der notwendigen Verwaltungsleistungen wie zum Beispiel Abwassergebühren wird nicht mit herkömmlichen Mitteln, sondern unter Zuhilfenahme neuer Kommunikationsmethoden (Videokonferenzen, Foren etc.) erfolgen.

Das Projekt ist im Actionplan der Strategie für den Donauraum als ein Leuchtturmprojekt enthalten und kann auch auf andere Länder übertragen werden. Der Donauraum ist ein Symbol für die erfolgreiche Wiedervereinigung Europas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und wie keine andere europäische Region geeignet, die Potenziale und den Reichtum einer friedlichen Einheit in Vielfalt zu verkörpern. Das europäische Projekt „Blue danube“ will seinen Teil dazu beitragen. ■

Az. 009.25

* Sabine Meigel ist Leiterin des Donaubüros Ulm/Neu-Ulm.

Gabriella Bassu *



Donau-Dialog auf die junge Art – Das „Young Citizens Danube Network“

Das „Young Citizens Danube Network“ (YCDN) will europäische Integration auf Jugendebe-
stärken. Gegründet 2009, fand kürzlich das zweite große Ereignis statt: Die Konferenz
„The Young Generation of the Danube Area as a Key to the European Integration“ brachte
vom 17. bis 19. Juni 2011 43 junge Menschen aus verschiedenen Donauländern zu einem
lebhaften Dialog in der Donaumetropole Budapest zusammen.

Dass die Begriffe „Europa“ und „Integra-
tion“ zusammengehören, liegt irgend-
wie auf der Hand. Aber wo ist die Ver-
bindung zwischen „Jugend“ und vor
allem „Donau“? Ganz einfach: YCDN
ist ein Netzwerk von jungen Menschen
für junge Menschen, die die Gemein-
samkeiten ihrer Heimatländer entlang
der Donau als Chance begreifen, Europa
näher zusammen zu bringen. In etwa so
sah das auch der Europäische Rat im
Jahr 2009 und beauftragte die EU-Kom-
mission damit, die Donauraum-Strate-
gie (EUSDR) zu entwerfen. Kein Wun-
der, denn insgesamt leben 495 Millio-
nen Menschen in der EU, die mehr als
23 verschiedene Sprachen sprechen und
auf individuelle, politische und kultu-
relle Traditionen zurückblicken und die
sich mit der Europäischen Union einem
Gemeinschaftsprojekt verschrieben ha-
ben. Doch wie können diese Menschen
trotz aller Unterschiede noch ein Stück
näher zusammenrücken? Zusammenrü-
cken kann nur, wer auch gemeinsame
Interessen hat und sich versteht. Genau
das schafft EUSDR, indem sie 14 Län-
dern im Donauraum die Chance gibt,
gemeinsame Herausforderungen und
Chancen anzugehen.

Der Geist von YCDN ist vom europäi-
schen Motto „United in Diversity“ inspi-
riert, denn es geht den Gründern nicht
darum, nationale Besonderheiten auszu-
löschen, sondern darum, bestehende Ge-
meinsamkeiten um kulturelle Vielfalt zu
bereichern. Genau an diesem Punkt lei-
stet YCDN seinen ganz besonderen Bei-
trag, denn die Netzwerker sind jung, be-

geisterungsfähig und weltoffen. Mit der
Konferenz „The Young Generation of the
Danube Area as a Key to the European
Integration“ setzt YCDN seinen Geist in
die Praxis um und schafft damit das, was
Europa so dringend braucht, nämlich
junge Menschen an einem Tisch zu ver-
sammeln, um drei Tage lang für sie wich-
tige Themen gemeinsam zu diskutieren.
Als Grundlage der Diskussion bietet das
Netzwerk vier Workshops zu den The-
men „Umweltschutz“, „Nationale Ste-
reotypen“, „Die Finanzkrise 2008“ und
„Menschenhandel“ an, die ausgehend
von den vier Säulen der Donauraum-
Strategie entwickelt wurden.

Hinter dem Netzwerk verbirgt sich eine
Gruppe bunt gemischter Gesichter. In-
ternationalität ist bei YCDN nicht au-
ßergewöhnlich, sondern selbstverständ-
lich. Seit rund einem Jahr arbeiten junge
„Danubier“ zwischen 24 und 29 Jahren
aus Bulgarien, Bosnien-Herzegowina,
Deutschland, Kroatien, Moldau, Öster-
reich, Rumänien, Serbien, der Slowakei,
Slowenien und der Ukraine fieberhaft
daran, das Netzwerk zu vergrößern und
neue Projekte ins Leben zu rufen. Be-
gonnen hat YCDN genau dort, wo die
Donauraum-Strategie herkommt, näm-
lich in Brüssel.

Die Ideengeber für YCDN, Juliane
Gierach und Johann-Jakob Wulf, beide
Studenten der Internationalen Bezie-
hungen der Andrassy Universität Buda-
pest, reisten im Dezember 2009 zu einer
Exkursion nach Brüssel. Zu diesem Zeit-
punkt kam wohl kaum ein Brüsselbesu-

cher an diesem neuen Konzept vorbei,
denn erst im Juni zuvor war der Plan eine
Donauraum-Strategie ins Leben zu rufen
öffentlich geworden. Anstatt nur zuzu-
hören, kamen die beiden Studenten bei
einem Empfang ins Gespräch. „Wir ha-
ben uns gefragt, auf welche Weise junge
Studenten wie wir beide uns in die Stra-
tegie einbringen können“, so Wulf über
die erste Ideensammlung am Ort des Ge-
schehens. „Fest stand, dass diese Stra-
tegie eine ganz besondere Chance ist, un-
sere Ideen einer länderübergreifenden
Jugendkooperation zu verwirklichen.“

„Damit war YCDN eigentlich auch
schon aus der Taufe gehoben“, schmun-
zelt Juliane Gierach. Zurück in ihrer
Universität in Budapest fanden sie mit
Frau Prof. Ellen Bos, Leiterin des „Do-
nauinstituts für interdisziplinäre For-
schung“ an der Andrassy Universität,
eine ebenso begeisterte Mitstreiterin für
ihr Projekt, das zusehends immer ge-
nauere Konturen bekam. Im Juli 2010
bekam es dann schließlich Namen und
Gesicht. Die Konferenz „Danube Future
Leaders Conference“ in Novi Sad, Serbi-
en, zu der die serbische Regierung einge-
laden hatte, um den Dialog junger Men-
schen der Donauländer anzuregen,
passte perfekt ins Konzept der beiden.
Logisch, dass sie dort gemeinsam mit
fünf anderen Konferenzteilnehmern die
Chance wahrnehmen, die bisherigen

* Gabriella Bassu ist Koordinatorin
für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
beim Young Citizens Danube Network.

Ideen in die Tat umzusetzen und das „Young Citizens Danube Network“ gründeten.

Im Augenblick gibt es 27 feste Teammitglieder, eine eigene Homepage und über 300 „Facebook-Likes“. Von Budapest aus, wo mit der Andrassy Universität momentan auch das Herzstück des Projektes liegt, gewannen die Gründer immer mehr Gleichgesinnte. „Es war eigentlich fast ein Selbstläufer – unsere Studentengemeinschaft hier lebt ohnehin von ihrer Internationalität, deswegen konnten wir viele Leute über persönliche Kontakte zu verschiedenen Donauländern mit ins Boot holen. Wir haben also, entsprechend der Grundidee, unsere Netzwerke vor Ort und zuhause aktiviert“, erklärt Wulf. Dementsprechend ist das Projekt auch nicht streng hierarchisch gegliedert, „jeder leistet mit seinen besonderen Talenten einen eigenen Beitrag“, so Wulf über das Arbeitskonzept.

Doch wie lässt sich die Arbeit junger Menschen von Deutschland über Ungarn bis in die Ukraine organisieren? „In den letzten Monaten hatten wir regelmäßige Arbeitstreffen hier in Budapest, bei denen wir fast alle an der Konferenz Beteiligten persönlich kennen lernen konnten, das war sowohl für unseren Teamgeist als auch für ganz praktische Themen sehr gut“, erklärt Gierach. Alles, was dazwischen anfällt, besprechen die Mitglieder im E-Mailkontakt – natürlich auf Englisch. „Und das funktioniert sehr gut“, so Wulf.

Die Konferenz „The Young Generation of the Danube Area as a Key to the European Integration“ ist der bisherige Höhepunkt der Arbeit, denn dann wird das Netzwerk zum ersten Mal die Früchte seiner Arbeit ernten können. Konsequenterweise sind deswegen gerade auch alle Energien auf eine gelungene Vorbereitung und Durchführung der Konferenz gerichtet. Natürlich arbeiten alle freiwillig für YCDN, in der Regel parallel zu Studium oder Job. Um die Aktivitäten des Netzwerks zu koordinieren, wurden „Country Representatives“ für jedes der 14 Donauländer ernannt, die als Schnittstelle zwischen Netzwerk, Mitgliedsstaat und Institutionen das

Projekt bekannt machten und potenzielle Konferenzteilnehmer einladen.

Die „Workshop Representatives“ bereiten die Diskussionsgruppen inhaltlich vor und trugen Sorge für geeignete Gastredner, während bei Wulf und Gierach als „Head Representatives“ alle Fäden zusammenlaufen. Trotzdem war die Vorbereitung nicht immer leicht, „denn schließlich wollten wir möglichst viele unterschiedliche Nationalitäten zu unserer Konferenz bringen und das verbunden mit einem minimalen Kostenaufwand für die Teilnehmer“, so Ákos Tóth, „Country Representative“ für Ungarn, über die finanziellen Aspekte ihrer Arbeit.

Trotzdem hat YCDN es geschafft, aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft namhafte Partner wie etwa die Konrad Adenauer Stiftung, das Österreichische Kulturforum und den Deutschen Akademischen Austauschdienst als Projektpartner zu gewinnen. Und nicht nur das: Die Gästeliste der Junikonferenz liest sich wie ein „Who-is-who“ des politischen Parketts. Unter anderem wird der Außenminister Ungarns, János Martonyi, ein Grußwort an die Teilnehmer richten, ebenso einer seiner Vorgänger im Amt, Prof. Péter Balázs. „Für uns war es sehr wichtig, unser Projekt auf der politischen Ebene sichtbar zu machen“, kommentiert Wulf das Rahmenprogramm.

Auch die deutschen Politiker haben YCDN bereits für sich entdeckt: So heißt es in der Stellungnahme einer Parlamentariergruppe des deutschen Bundestages unter Punkt I/3: „Der Deutsche Bundestag begrüßt daher die Initiative des Young Citizens Danube Network, in Anlehnung an das Deutsch-Französische und das Deutsch-Polnische Jugendwerk ein Donau-Jugendwerk zu gründen.“ Und genau das soll auch die Zukunft sein, wenn es nach Gierach und Wulf geht: „Natürlich möchten wir unserem Netzwerk künftig gerne einen institutionellen Rahmen geben, so könnten wir unsere Ziele noch besser umsetzen als bisher“, blicken die beiden in die Zukunft.

Fest steht aber noch nichts, bisher hat sich YCDN im „public consultation pro-

cess“ mit der Idee eines Hochschulclusters im Donauraum, das die Region auf den Ebenen Zivilgesellschaft und Bildung näher zusammen bringen möchte, eingebracht. „Wie es genau weitergeht, ist noch nicht sicher. Klar ist aber, dass wir unermüdlich weiterarbeiten werden und uns jetzt besonders auf die Konferenz freuen“, fasst Gierach die weiteren Perspektiven zusammen. Alle, die jetzt erst recht neugierig auf YCDN geworden sind, können sich auf der Homepage des Netzwerkes unter <http://www.youngdanubians.eu/> näher über das Netzwerk informieren.

„YCDN“ und die Andrassy Universität

Der Pulsschlag von YCDN ist an der Andrassy Universität Budapest. Einerseits studiert ein Großteil der Teammitglieder hier, andererseits bietet sich mit dem Donauinstitut für interdisziplinäre Forschung unter der Leitung von Frau Prof. Ellen Bos ein institutionalisierter Kooperationspartner.

Die Rolle Baden-Württembergs

In der „Ulmer Erklärung“ im Jahre 2001 beschlossen fünf Partnerländer – die Bundesrepublik Deutschland, das Land Baden-Württemberg, der Freistaat Bayern, die Republik Ungarn und die Republik Österreich – mit der Gründung der Andrassy Universität Budapest ein Europäisches Gemeinschaftsprojekt der besonderen Art. Im Zusammenhang mit der damals bevorstehenden EU-Erweiterung sollten hier Europäische Führungskräfte ausgebildet werden, um einen nachhaltigen Beitrag für die Integration Mitteleuropas in die EU zu leisten. Am 15. April 2011, dem zehnjährigen Jubiläum der „Ulmer Erklärung“, erneuerten die jetzigen Vertreter der Partnerländer in einem festlichen Rahmen ihr Bekenntnis zur Universität als ein erfolgreiches und langfristig angelegtes Projekt. Für Baden-Württemberg war der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Peter Frankenberger, vor Ort. ■

Az. 009.25

Dr. Eugen Christ *

Des Kaisers neue Kleider – Die Donauraum-Strategie der EU-Kommission

Am 9. Dezember 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission in Brüssel ihre Vorstellungen zur Donauraum-Strategie. Durch eine verstärkte interregionale Zusammenarbeit der Donauanrainerstaaten sollen die Entwicklungs- und Transfermöglichkeiten im Bereich Wirtschaft, Umwelt, Energie, Mobilität, Wissenschaft und Tourismus sowie Infrastruktur, Kultur und Zivilgesellschaft in einer gemeinsamen Anstrengung konsequent genutzt und potenziert werden.



Foto: insblende.de

Will man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gezielt auf ein Thema lenken, so ist die erfolgreiche Suche nach einem fokussierenden geflügelten Wort von entscheidender Bedeutung. Die EU-Donauraum-Strategie hat den PR-Abteilungen diesbezüglich die Mühe erspart. Sie trägt das geflügelte Wort mehr oder weniger glücklich schon von Anfang in sich: Die Drei-Mal-„Nein“-Strategie. Das heißt: kein weiteres Geld, keine neuen Institutionen, keine neuen Gesetze. Die Gretchenfrage ist vorprogrammiert: Was bringt eine derartige Initiative, was könnte dank dieser Strategie zusätzlich

zu dem geschehen, was so oder so auch ohne sie geschieht?

Es ist ein schwacher Trost, wenn der Sinn der Sache allein darin liege, nicht abgerufene EU-Gelder irgendwie ins Donabecken zurück zu retten. Das wäre keinesfalls allein eine selbstlose Tat hilfsbereiter Partner, eher leicht nachvollziehbares Interesse an zusätzlichen Aufträgen; gleichzeitig Einsicht und Offenbarungseid mancher EU-Mitgliedstaaten der Region, nicht im Stande zu sein, zugeteilte Gelder in Besorgnis erregender Höhe in Anspruch zu nehmen.

Da aber das Emotionale im Donauraum eine besondere und ernst zu nehmende Dimension vorweist, ist die aufmunternde Wirkung eines dadurch kräftiger emotionalisierten Aktionsrahmen nicht von der Hand zu weisen.

Weit entfernt die Absicht, den Gedanken politischen Aktionismus, der damit verbundenen öffentlichen Selbstbefrie-

* Dr. Eugen Christ ist Geschäftsführer der Donauschwäbischen Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg.

digung, viel weniger einer Donauraum-Freimaurerei zu hegen oder Inhalte und Effizienz in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der bisherigen Donaurauminitiativen auf die Waage zu stellen. Was aber wenig für die Idee einer effektiven, grenzüberschreitenden Vernetzung und des menschlichen Zusammenfindens als Selbstverständlichkeit der von unten getragenen Vorhaben spricht, ist die Tatsache, dass Kultur und Begegnung eher vereinzelt als kosmetische Begriffe und unverbindliche Absichtserklärungen auftauchen.

Verba volant, („scripta“ ist nicht einmal das Papier, auf dem es steht, wert) facta manent! Und die Fakten sind, dass im Rahmen der verschiedenen bisherigen Donaukonferenzen diese als Programmpunkt nicht zu finden sind. Ein Beispiel: „Sozioökonomische Entwicklung“, „Transport und Energie“, „Umwelt und Natur“, „Tourismus“, „Verwaltung“.

Kultur und Begegnung – Fehlanzeige

Kultur und Begegnung – Fehlanzeige! Das ist mit Blick auf die Europäische Idee bedenklich! Denn genau so wie wir es nicht wollen, dass Europa zu einer Wirtschaftsunion wird, so darf sich die Donauraum-Strategie hinter symbolischen Gesten, Sonntagsreden, Konferenzen und Tagungen auf keinen Fall allein zu einem Raum bzw. Netzwerk ökonomischer Interessen entwickeln. Sie muss Menschen, vorerst und vor allem junge Menschen durch gemeinsam emotional Erlebtes zusammenbringen. Das ist Schlüssel und Voraussetzung einer in der Tat synergetisch funktionierenden Einheit. Diejenigen, die den Tourismus zur Begegnung hochstilisieren und in ihm den Weg zum besseren gegenseitigen Kennenlernen, zum Dialog und Abbau von Vorurteilen sehen, die vergessen, dass der Fremdenverkehr eher vom Westen nach Osten „rollt“, dass er zwischen den Menschen und Staaten der mittleren und unteren Donau, dem eigentlichen Zielgebiet, kaum relevant ist.

Die Donauraum-Strategie tritt ein schweres Erbe an. Alle, die Claudio Magris „Do-

nau. Biographie eines Flusses“ kennen, werden sich an den historisch bedingten Ruf der Donauregion, ein Raum niemals verwirklichter, plurinationaler Pläne zu sein, erinnern¹. Auch wenn trotz langjähriger, politisch bedingter Trennung das Bewusstsein eines zusammenhängenden Lebensraumes dieser Länder nach wie vor vorhanden ist, darf man nicht vergessen, dass man hier „auf Verbindungen aus anderen Bestandteilen als denen, womit der westliche Mörtel angerührt worden ist“, stößt². Gerade darum dürfte jeder Versuch, diese Bestandteile synergetisch zusammen zu führen, ohne einen dafür notwendigen gemeinsamen Nenner gefunden zu haben, zu dem sich die Menschen dort auch bekennen, nach wie vor scheitern. Egal wie wichtig die Wohlstand versprechende Wirtschaft, die Infrastruktur und der Umweltschutz sind, heißt der unabdingbare Weg, der unter den dort gegebenen Umständen dahin führen kann, ohne Wenn und Aber Kultur und Begegnung.

Immer wieder, wenn es um das gemeinsame Europa geht, wird der französische Wirtschaftspolitiker und Vater der europäischen Integrationsidee Jean Monnet mit den Worten zitiert: „Wenn ich das Ganze der europäischen Einigung noch einmal zu machen hätte, würde ich nicht bei der Wirtschaft anfangen, sondern bei der Kultur.“ Persönlich bin ich davon fest überzeugt, dass weder Monnet das getan hätte noch die, die ihn ständig feierlich zitieren, das tun würden, hätte man bzw. würde man Europa neu gestalten wollen.

Der Donauraum, auch eine Art europäischer Zusammenschluss regionalen Charakters für manche dieser Länder mit Mitgliedschaftsvorgeschmack, macht beim Versuch, ihn als Europäische Region zu gestalten, auch keine Ausnahme. Die Donauraum-Strategie ist der lebendige Beweis dafür. Die Unmittelbarkeit der Wirtschaft, das heißt ihre leichter messbaren Leistungen und ihre unmittelbar spürbaren Wohltaten, übertrumpfen die weniger spektakulär wirkende Kultur.

Die wirtschaftsfetischistische Politik merkt leider auch heute noch nicht, dass wir schon lange und nicht allein in

den Ländern in Mittel- und Südosteuropa eigentlich eine generelle Krise der gesellschaftlichen Kultur haben. Es ist vielleicht nur ein Gedanke ominöser Symbolik, aber die Aufhebung der Goldbindung der Währungen Anfang des 20. Jahrhunderts wurde scheinbar auch als allgemeine Entbindung von den sonstigen Werten verstanden und immer mehr auf das gesellschaftliche Zusammenleben übertragen.

Gleiche Ziele und Ideale als gemeinsamer Nenner

Im gleichen Gedankenzug sollte aber auch kein Kulturfetischismus betrieben und die Wirtschaft mit ihren komplementären Bereichen unterschätzt werden. Denn die Menschen dieser Region verbinden den europäischen Gedanken vor allem mit einem Wohlstandsversprechen. Und gerade an dieser Stelle lauern die Gefahren: Hoffnungen zu wecken, die sich nicht oder kaum erfüllen. Und trotzdem, jedes Zeichen, dass diese Erwartung ernst genommen wird, macht den Dialog über Toleranz, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Abbau von Vorurteilen leichter.

Es stimmt, die EU hat keine besonderen Zuständigkeiten im Bereich Kultur, dementsprechend wird ein ausdrücklich formulierter Akzent seitens der Europäischen Union im Donauraum vermisst. Gerade aber weil der Donauraum seine Probleme, seine Identität und Relevanz aus seiner multikulturellen Vielfalt und Verflechtung als Vielvölkermosaik schöpft, hätten Monnets Worte, zu denen sich scheinbar alle bekennen, dazu führen müssen, dass Kultur und Begegnung zum Ansatz und Mittelpunkt der Donauraum-Strategie werden.

Die Einbettung in die europäische Staatengemeinschaft kann nur das Passepartout sein, das die eine oder andere Nation, die eine oder andere Region hervorhebt. Zu gemeinsamen Zielen, Werten und Idealen müssen diese selbst finden. Darum bin ich davon überzeugt, dass Monnet in der Wertung der Kultur mit dem Begriff „Kultur“ nicht allein das, was wir im üblichen Sinne verstehen,

Kultur als Begegnung, als ästhetische und geistige Artikulation und Pflege, gemeint hat. Es gibt auch eine „andere“ Kultur, die sich aus der bewussten Pflege der im Laufe der zivilisatorischen Geschichte entstandenen Vor- und Einstellungen ergibt. Sie versteht sich als Akzeptanz und Prozess pluralistischer Willensbildung und bezieht sich auf das Verständnis und die bewusste Pflege des gesellschaftlichen Daseinsraumes.

Politik, Staat und Gesellschaft funktionieren nur so und in dem Maße, in dem das Interesse für die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Problemen, die freie, verantwortungsvolle, bewusste Partizipation ihrer Bürger/innen am sozialpolitischen Geschehen im Sinne gemeinschaftlichen Wohls vorhanden sind. Dieser gesellschaftlich-politische Aspekt der Kultur ist als gemeinsamer Nenner für eine internationale, multikulturelle bzw. multinationale Harmonisierung des grenzüberschreitenden Miteinanders im Entstehen eines europäischen Bewusstseins auch für den Donauraum unabdingbar. Das Geschehen der letzten Zeit um den Euro macht u.a. gerade auf diese kulturellen Unterschiede aufmerksam.

Lernprozesse unabdingbar

Derartige Probleme, besonders auch die noch vorhandenen Vorurteile, müssten den Donauraum mit ihren jüngsten EU-Mitgliedern und den nächsten EU-Kandidaten, wie auch die Politik allgemein besonders beschäftigen. Die meisten Länder im Donauraum befinden sich im postkommunistischen Zeitalter, einer Translation Richtung Marktwirtschaft und Demokratie: Eine barocke Situation, Artikulation und Kultur. Wir sind Zeugen, so Milan Kundera, einer „... Restauration einer Gesellschaft mit allem, was sie an Grausamem und Stupidem mit sich bringt, mit der Vulgarität der Betrüger und der Parvenüs. Die kommerzielle Dummheit hat die ideologische Dummheit ersetzt.“³ Trotzdem eine Zeit großer Ereignisse aber auch enttäuschter Hoffnungen, naiver Phantasien, unendlicher Rückschläge, die unausweichliche Zeit eines ungemüt-

lichen aber unabdingbaren Lernprozesses. Diesen Lernprozess zu unterstützen, so schwer und hart er auch noch sei, das müsste vor allem durch Kultur, Bildung, Dialog und Begegnung geschehen, somit auch zur expliziten Aufgabe, zum zentralen Anliegen einer ernst gemeinten europäischen Donauraum-Strategie werden.

Das Wesentliche an der Kultur ist letztendlich der Umgang miteinander. Gustav Mahler soll irgendwann gesagt haben, dass in den Noten alles steht, nur nicht das Wesentliche. So vielleicht auch im Konzept der Donauraum-Strategie. Unter den beschriebenen Umständen dieser Drei-Mal-„Nein“-Strategie muss man sich nach wie vor die Frage stellen, was das Ganze dann sein soll oder werden?

Die neue Landesregierung in Baden-Württemberg, dem Land, das die Donauinitiative engagiert ergriffen hat,

könnte die bisher eher ökonomisch definierten Maßstäbe durch qualitative Faktoren gesellschaftlicher Gestaltung, des Kulturen und Grenzen überschreitenden Dialogs eigene Akzente setzen. Dadurch würde die Donau auch nicht allein als Wasserstraße verstanden, die Anrainer im wirtschaftlichen Zusammenhang hält oder eine gewisse „Romantik“ der Historie verleiht, sondern auch zu einem in der Breite wirkenden Scharnier zwischen Menschen und Regionen werden.

Az. 009.25

Fußnoten

- 1 MAGRIS, Claudio: *Donau. Biographie eines Flusses*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2010. S. 317.
- 2 MAGRIS, Claudio. S. 284.
- 3 KUNDERA, Milan: *Der Vorhang*. München Wien: Carl Hanser Verlag 2005. S. 42. ■

Kommunen sparen Energie: Gute Beispiele gesucht

Bewerbungen für dena-Wettbewerb noch bis Mitte September möglich

Noch bis zum 15. September können sich Kommunen und öffentliche Einrichtungen am Wettbewerb „Energieeffizienz in Kommunen – Gute Beispiele 2011“ der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) beteiligen. Gesucht sind vorbildliche kommunale Projekte, mit deren Hilfe der Endenergieverbrauch gesenkt wurde. Die Gewinner erhalten Preisgelder von insgesamt 25.000 Euro. Die Preisverleihung findet im Rahmen des dena-Energieeffizienzkongresses 2011 am 22. November in Berlin statt.

Den Wettbewerb führt die dena in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) durch. Er wird gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Alle Informationen zur Teilnahme unter: www.energieeffizienz-online.info

Gute Energieeffizienzprojekte können in den verschiedensten Einrichtungen umgesetzt worden sein, etwa in Schulen, Sportstätten oder Rathäusern, im Verkehrsmanagement, bei der öffentlichen Beschaffung oder der Straßenbeleuchtung. In Frage kommen zum

Beispiel Gebäudesanierungen, energieeffiziente Neubauten, der Einsatz moderner Effizienztechnologien, die Umsetzung von Energiemanagementsystemen oder die Durchführung von Maßnahmen zum Stromsparen.

Aus den Bewerbungen wählt eine Jury drei Wettbewerbsbeiträge aus. Die besten Chancen haben Projekte, die gut übertragbar, vorbildlich und nachhaltig sind sowie zur Entlastung öffentlicher Kassen beitragen. Alle eingereichten Projekte kommen auch in die Auswahl für die Auszeichnung mit dem Label „Good Practice Energieeffizienz“ der dena.

Mit dem Good-Practice-Label kennzeichnet die dena beispielgebende Aktivitäten und Projekte, die zur Endenergieeinsparung beitragen. Das Label und der Wettbewerb sind Bestandteile der Aktivitäten der dena zur Unterstützung der nationalen Umsetzung der EU-Energiedienstleistungsrichtlinie. Weitere Informationen zum Good-Practice-Angebot der dena unter: www.energieeffizienz-online.info

Quelle:
Pressemittelung der dena vom 14. Juli 2011

Rainer Wagner*

Höpfingen – 775 Jahre Geschichte zwischen Odenwald und Bauland

Die Gemeinde Höpfingen ist Grenzort. Keine Tafeln, keine Schlagbäume weisen darauf hin. Die Grenze ist auch nicht geografischer Natur, vielmehr zieht die Geologie die Grenzlinien. Fast mitten durch den Ort, ziemlich genau entlang der Bundesstraße B 27, verläuft die Schnittstelle zwischen dem Odenwald mit seinem Buntsandstein und dem Karstgebiet des Baulands. Beide Platten trennen und vereinen die Gemeinde, die 1236 erstmals in einer Urkunde des Klosters Seligenthal Erwähnung fand.



Foto: K. Narloch

Auftakt des Höpfinger Jubiläumsjahrs: das „Fränkische Narrentreffen“ mit einer dreistündigen Live-Übertragung des Umzugs mit rund 6000 Teilnehmern

Das Gemeindegebiet liegt im nördlichen Zipfel von Nordbaden, im Regierungsbezirk Karlsruhe, teilweise im Naturpark Neckartal-Odenwald in herrlicher Mittelgebirgslage zwischen 308 und 446 Meter Höhe. Höpfingen ist Teil des Neckar-Odenwald-Kreises, der zu den „schönsten Gauen“ des „Ländles“ gehören soll, wie es die Neckar-Odenwälder Zusatzstrophe zum „Badener Lied“ wissen lässt. Die rund 3.200 Einwohner haben eine Fläche von 30,47 Quadratkilometer zur Verfügung. Seit dem freiwilligen Zusammenschluss 1971 gehört der Ortsteil Waldstetten zur Gesamtgemeinde.

Höpfingen lag früher an der Bahnstrecke Walldürn–Hardheim, die 1911 in Betrieb ging. Das ist Geschichte, denn der Personenverkehr wurde 1954, der Gesamtbetrieb 1999 eingestellt. Inzwischen ist die früher so wichtige Bahnstrecke längst zurückgebaut. Hauptverkehrsader ist heutzutage die Bundesstraße 27, die sich in fast 1800 Metern Länge durch den ganzen Ort zieht.

Die Gemeinde verfügt über eine Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule, zwei katholische Kindergärten in den beiden Ortsteilen sowie über ein renoviertes katholisches Gemeindezentrum.

Das „Familienbad“, eine zum Erlebnisbad entwickelte ehemalige Kleinschwimmhalle, sowie die Große Sporthalle und die Obst- und Festhalle sorgen für ein breites Erholungs- und Freizeitangebot ebenso wie die vorbildlichen Sportanlagen des TSV Höpfingen mit zwei gepflegten Rasenplätzen und einer Beachvolleyballanlage, der Erholungs-oase Lochsee, der Reitanlage und der idyllisch gelegenen Waldhütte.

Erst war alles nur gefälscht

In einer im 13. Jahrhundert auf das Jahr 996 gefälschten Urkunde von Kaiser Otto III. wird Höpfingen ebenso genannt wie in den um 1100 erstellten wohl ebenfalls gefälschten Amorbacher Traditionsnotizen. Die Spuren zu den Fälschern führen in das nahe Bayern ins Kloster Amorbach, das sich damals aufmachte, Einfluss zu gewinnen und dem Bischof von Würzburg zu „Willen zu sein“. Der erste legitimierte und gesicherte Auftritt Höpfingens – oder wie es damals hieß „Hepfinchheim“ – in der Geschichte findet sich im Jahr 1236 in einer Urkunde des Klosters Seligenthal. Und dieser Auftritt vor 775 Jahren wird im Jahr 2011 gefeiert.

Der größte Teil Höpfingens war im Mittelalter ein Lehen der Ritter von Hard-

* Rainer Wagner ist Redakteur bei der Rhein-Neckar-Zeitung.



Foto: R. Wagner

Szene aus der Geschichte: Die Jungfern aus Hardheim wollten erben

heim. Nach Erlöschen dieses Rittergeschlechts im Jahre 1607 wurde das Dorf geraume Zeit gemeinsam durch das Kurfürstentum Mainz und das Fürstbistum Würzburg verwaltet. Ein Rechtsstreit endete 1656 durch einen Schiedsspruch, der den alleinigen Herrschaftsanspruch dem Fürstbischof von Würzburg zusprach. Durch den Reichsdeputationshauptschluss kam Höpfigen 1803 zum Fürstentum Leiningen und nach dessen Auflösung 1806 zum Großherzogtum Baden. In der kirchlichen Zugehörigkeit wechselte Höpfigen von der Diözese Würzburg zur Erzdiözese Freiburg.

Erhalten und Bewahren als Aufgabe

In der Region sind viele Bildstöcke, Flurkreuze und Kapellen sowie Marienbildnisse an Hausfassaden und „in der Flur“ zu finden. Sie gaben dem „Madonnenländchen“ den Namen. Was lag da näher als diese „Steinernen Zeugen der Volksfrömmigkeit“ zu erhalten. Mit diesem ersten Anliegen wurde vor mehr als 40 Jahren ein Heimatverein gegründet. Zwischenzeitlich sind dessen Aktivitäten prägend für die Gemeinde geworden.

Das „Königheimer Höflein“, ein „Museum im Dorf“, steht seit rund einem Jahrzehnt am Ende einer Kette der „musealen Entwicklung“, die zunächst al-

lein durch „positive Sammel-Euphorie“ geprägt war. Es steht dort, wo Dorfleben pulsiert, wo nach wie vor gewohnt wird. Es ist das Haus des Johann Beucher, des reichsten Höpfingers seiner Zeit. Begonnen hat das Museumsleben in Höpfigen mit einer bescheidenen heimatkundlichen Sammlung in einer eher einfachen Heimatstube, dann in einem Raum im Rathaus. Schon 1983 konnte das Alte Rathaus (jetzt Bürgerstube und Vereinsdomizil) als Heimatmuseum eröffnet werden.

Als Glückgriff erwies sich der Kauf des historischen Areals im Königheimer Höflein durch die Gemeinde. Nach der engagierten detailgetreuen Sanierung und Einrichtung durch Gemeinde und Heimatverein zeigt das „Museum Bauernhaus im Dorf“, wie die Menschen „ihr Zeitalter ertragen haben“. Nach der Einweihung 2001 wurde es als „Vorbildliches Heimatmuseum“ ausgezeichnet.

Seit 2002 werden die Sammlungen des Heimatvereins durch die Dauerausstellung im Museumsspeicher im alten Rathaus vervollständigt.

Der Heimatverein in Höpfigen ist immer in vorderster Front dabei, wenn es um Geschichte geht. Bei der szenischen Darstellung der Hausgeschichte des „Königheimer Höfleins“ ebenso wie bei

der 100-Jahr-Feier der Weihe der Kirche im vergangenen Jahr und nun bei der 775-Jahr-Feier und einer Freilichtaufführung vor rund 900 Zuschauern auf dem Kirchplatz. Theater statt eines Festakts, im Gleichklang und in Zusammenarbeit mit den anderen Vereinen der Gemeinde, denn das öffentliche Leben in Höpfigen ist von den zahlreichen aktiven Vereinen ebenso geprägt wie von der sprichwörtlichen Geselligkeit und dem Zusammenhalt im Ort.

Die Kirchen

Die katholische St.-Ägidius-Kirche in Höpfigen wurde zwischen 1906 und 1908 im neugotischen Stil erbaut. Der Altar und einzelne Arbeiten in der Kirche stammen von Thomas Buscher. Seine Werke wurden bisher noch nicht umfassend kunsthistorisch untersucht und bewertet. Der Heimatverein hat sich der Aufarbeitung der Werke Buschers verschrieben und mit einer Ausstellung 2009 in der Rathaus-Galerie weite Kreise der Buscher-Gemeinde angelockt. Die St.-Justinus-Kirche in Waldstetten wurde 1710 als Barockkirche gebaut und 1874 im neobarocken Stil erweitert.

Die Pfarrkirche St. Ägidius überragt die Gemeinde und bildet nach der Neugestaltung des Kirchplatzes und des Gemeindezentrums den Mittelpunkt der Gemeinde.



Foto: R. Wagner

Ideen und Ausschöpfen aller Möglichkeiten

„Selbstbewusstsein hatten sie schon immer die Höpfinger und um Ideen waren sie nie verlegen“, hieß es in einer Szene der Freilichtaufführung „Mir räide drüber“ zur 775-Jahr-Feier. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat sich vieles gewandelt, verändert, zum Positiven entwickelt. Aufgenommen in das Landessanierungsprogramm wurden die Mittel gebündelt, Projekt um Projekt wurde realisiert. Und weil die Gemeinde mit Geld nicht gesegnet ist, brachten ehrenamtliche Helfer vor allem aus den Vereinen ihre Muskelkraft ein. So wurden die Musikscheune, das DRK-Domizil, das alte Rathaus, die Vereinshalle und auch das Museum geschultert. Die Liste ist noch nicht komplett. Der TSV nennt ein ausgedehntes Gelände mit Sportheim, Vereinsgaststätte, Biergarten, zwei Fußballfeldern, vier Tennisplätzen, zwei Beachvolleyballfeldern, Kinderspielplatz, Festplatz und Parkplätzen sein eigen – durchaus eine Ausnahmerecheinung in der Region.

Was für den TSV gilt, lässt sich auch auf die Fastnachtsgesellschaft FGH70 „Höpfemer Schnapsbrenner“ übertragen. Im Jubiläumsjahr 2011 waren sie Ausrichter des „Fränkischen Narrentreffens“ mit Live-Übertragung im SWR-Fernsehen. Rund 6000 Teilnehmer und fast 10.000 Besucher kamen zum Umzug. Musikalisch immer in der ersten Reihe: der Musikverein Höpfingen. Bei der Prunksitzung beim Narrentreffen saß jeder Tusch vor den rund 700 Besuchern, die neue CD wurde jetzt eingespielt und in der Region haben die Trachtenkapelle und Jugendkapelle Höpfingen einen herausragend guten Namen.

Höpfingen setzt auf seine Vereine. Über 30 Vereine und Organisationen sind das Kapital und ein Spiegelbild eines funktionierenden Gemeinwesens. Fast jeder zweite Bürger der Kerngemeinde ist Mitglied im TSV, DRK, DLRG (landesweite Erfolge), Pferdefreunde, Sänger, Sportfischer, Kirchenchor, Gesangverein, Musikverein, Kleintierzüchter und wie sie alle noch heißen mögen. Sie alle leisten wichtige Arbeit für die Allgemein-

heit, ohne die gerade eine Gemeinde wie Höpfingen weitaus ärmer wäre. Fördervereine gibt es für das Hallenbad und die Sporthalle. Und wenn die Kommune nicht mehr helfen kann, so greift man wie im Ortsteil Waldstetten eben zur Schaufel und vertraut auf die Muskelkraft und „gräbt sich selbst ins Internet“. Denn auch die Bürger aus Waldstetten sind aus dem gleichen Holz geschnitzt: Anpacken statt klagen.

Höpfingen feiert feste Feste

Das Feiern geht in diesem Jahr weiter. Nach dem Narrentreffen und dem Festakttheater „nach der Kerch vor der Kerch“ folgen weitere Highlights: Der Gesangverein wird 150 Jahre alt, der TSV bringt es auf 100 Jahre. Am 3. September bekommen die Höpfinger Schützenhilfe aus der benachbarten Wallfahrtsstadt Walldürn. Der Comedian Rolf Miller hat (fast) ein Heimspiel in der Festhalle. Am 16. und 17. September steigt dann das „Fest der Feste“ in der Gemeinde: das „Quetschefesch“. Seit mehr als einem halben Jahrhundert hat es Tradition. Dieses Jahr wird noch eines

daraufgesetzt: das „Seinerzeit“-Fest am Sonntag, 2. Oktober.

Nach dem Festakt ganz anderer Art auf großer Bühne spielt die Musik am folgenden Sonntag wieder „mitten im Ort“. Statt Szenen aus der Geschichte gibt es „Geschichte“ zum Anfassen an historischen Stätten, eben dort, wo Hochzeit gefeiert, eingekauft oder nur der Geselligkeit gefrönt wurde. Und alle sind dabei: Höpfingens Vereine, die Bürger und alle, die die Gemeinde als Einheit und als Kraft für die Zukunft verstehen. ■

Statt eines Festakts gab es Theater: die „Fälscher aus Amorbach“

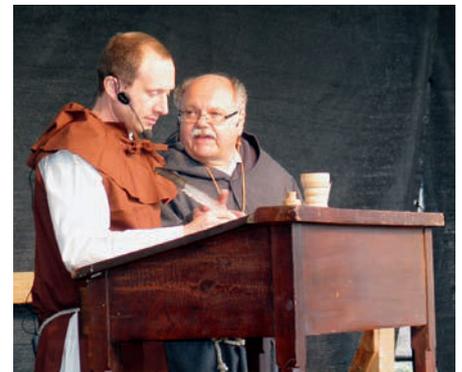


Foto: W. Böhrer

Kommunen können Landesförderprogramm Klimaschutz-Plus wieder vollständig nutzen

Neue Gelder aus dem Beratungsprogramm verfügbar. Antragsfrist für CO₂-Minderungsprogramm auf 31. Oktober verlängert.

Ab sofort können Kommunen in Baden-Württemberg wieder alle drei Programnteile des Landesförderprogramms Klimaschutz-Plus in Anspruch nehmen. Seit dem 5. Juli gibt es neue Fördergelder aus dem Kommunalen Beratungsprogramm. Finanziell unterstützt werden etwa Energiesparprojekte an Schulen und Kindergärten, die Gründung neuer regionaler Energieagenturen, die Teilnahme am European Energy Award und Energiediagnosen für kommunale Nichtwohngebäude.

Antragsschluss ist der 30. November. Die Fördervoraussetzungen und die Höhe der Förderung haben sich nicht geändert. Für das bereits im Mai gestartete Kommunale CO₂-Minderungsprogramm hat das Umweltministerium die Antragsfrist bis zum 31. Oktober verlängert. Der Programmteil Modellprojekte steht unverändert zur Verfügung. Die Landesenergieagentur KEA in Karlsruhe nimmt die Anträge entgegen.

Die aktuellen Förderbedingungen und Antragsformulare gibt es unter www.klimaschutz-plus.baden-wuerttemberg.de.

Im bis Ende Oktober verlängerten Kommunalen CO₂-Minderungsprogramm werden investive Maßnahmen an kommunalen Nichtwohngebäuden unterstützt. Die Höhe des Zuschusses orientiert sich an der CO₂-Minderung; besonders aktive Kommunen erhalten eine Bonusförderung.

Für besonders innovative und mit Mehrkosten behaftete Vorhaben steht zudem nach wie vor der Programmteil „Modellprojekte“ zur Verfügung. Unterstützt wird der Einsatz innovativer Techniken, die die Energieeinsparung, rationelle Energienutzung und Nutzung erneuerbarer Energien vorantreiben.

Quelle: Pressemitteilung der KEA vom 14. Juli 2011

■ **Schwenk (Hrsg.): Haushaltsstellen in der Kommunalverwaltung.** Loseblattwerk. 1 Ordner. Ca. 500 Seiten. 93 Euro. Kronach: Carl Link Verlag.

Die Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben bzw. der Erträge, Einnahmen, Aufwendungen sowie der zu leistenden Auszahlungen richtet sich nach der für die Kameralistik oder Doppik vorgegebenen Haushaltssystematik. Für die Doppik in Bayern wurden die Vorschriften über die kommunale Haushaltssystematik (VVKommHSyst-Doppik) am 1. Oktober 2008 bekannt gemacht und im AllMBl 12/2008, S. 584 veröffentlicht.

Aus dem Inhalt: Teil 1 - 3: kamerale Haushaltssystematik - Teil 4 - 6: doppelte kommunale Haushaltssystematik - jeweils mit rechtlichen Grundlagen und - alphabetischem Stichwortverzeichnis für das einfache Auffinden der Haushaltsstellen bzw. der Produkte und Konten Auf der CD-ROM befinden sich alle Inhalte des Loseblattwerkes in übersichtlichem modularem Aufbau inklusive der bearbeitbaren Stichwortverzeichnisse und bearbeitbarer Mustervorlagen.

Der Herausgeber: Dieter Schwenk, Direktor a. D., ehemals Finanzreferent des Bayerischen Städtetags

■ **Klaas/Engelken: Das Konnexitätsprinzip im Landesverfassungsrecht.** 1. Auflage. 2009. 152 Seiten. 39 Euro. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Viele finanzielle Erwartungen der Kommunen richten sich auf die Konnexitätsregelungen in den Landesverfassungen. Noch mehr, seit dem Bund in der Föderalismusreform 2006 verboten wurde, den Kommunen künftig noch Aufgaben zu übertragen (Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG). Wieweit können die Landesverfassungen solche Erwartungen erfüllen? Nützt es zum Beispiel den Kommunen finanziell, wenn der Bund seine bisherigen Übertragungsregelungen streicht und an ihre Stelle inhaltsgleiche Landesregelungen treten, wie dies aktuell geschieht?

Solche und alle anderen Konnexitätsfragen werden in diesem Werk behandelt. Der Autor verdeutlicht die gemeinsamen Strukturmerkmale des Konnexitätsprinzips im Landesverfassungsrecht. Die sorgfältige, vom Verfassungswortlaut ausgehende Auslegung wirkt sich in vielen Fällen zugunsten der Kommunen aus, zeigt aber auch die Begrenzungen. Mit den länderübergreifenden Fragen verbindet sich eine gründliche Kommentierung der seit 2008 neugefassten baden-württembergischen Konnexitätsregelung. Hier wurden bedeutsame Erweiterungen und Präzisierungen vorgenommen. Die Neufassung stellt sich als erste Landesverfassung auf die Grundgesetzänderung von 2006 ein. So gibt sie auch Antwort auf die umstrittene Frage, ob die Länder den Kommunen Erweiterungen des Bundes bei Aufgaben erstatten müssen, die den Kommunen bereits übertragen sind. Zusammenfassungen sowie ausführliche Register für Stichworte, Rechtsprechung und Literatur machen das Buch zu einem Nachschlagewerk.

■ **Klein u.a.: Kommunen als Unternehmer.** 38. Ergänzungslieferung. Stand Januar 2011. 4 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.

■ **Hempel, Franke: Recht der Energie- und Wasserversorgung.** 98. Ergänzungslieferung. Stand Dezember 2010. 95,86 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.

■ **Hempel, Franke: Recht der Energie- und Wasserversorgung.** 99. Ergänzungslieferung, Stand Dezember 2010. 101,46 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.

■ **Immesberger: Das neue Recht der Konzessionsabgaben.** 38. Ergänzungslieferung. Stand Dezember 2010. Neuwied: Wolters Kluwer.

■ **Bleile, Hafner: Praxishandbuch Kommunales Gebührenrecht in Baden-Württemberg.** 14. Ergänzungslieferung. Stand November 2010. Neuwied: Wolters Kluwer.

■ **Pfeiffer (Hrsg.): Krimi Kommunale. Kurzkrimis 2010.** 1. Auflage 2011. 184 Seiten, kartoniert. 9,80 Euro. Wiesbaden: Kommunal- und Schul-Verlag.

Dreizehn Kurzkrimis, die ebenso erbarmungslos wie heitere Schlaglichter in das Dickicht der Kommunalpolitik werfen. Hier bleibt keine Weste weiß und kein Auge trocken.

Die Tatorte reichen von der bayerischen Provinz bis zu den Nordseeinseln, unter den Tätern und Opfern finden sich städtische Pressesprecher ebenso wie Angestellte der Entsorgungsunternehmen oder des Tiefbauamtes.

Die Autorinnen/Autoren und ihre Geschichten:

Cornelia Anken – Die Stadt, der Müll und der Mord.

Mischa Bach – Der Lindenbaum

Horst Eckert – Wege zum Ruhm

Angela Eßer – Im Merching leben Tote länger

Christiane Franke – Langeooger Lügen

Petra Gabriel – TwiXY gelöst

Christiane Geldmacher – Denkt an das Pflaster vor der Staatskanzlei!

Christiane Höhmann – Deospray

Rudolf Jagusch – Die Kölsche Lösung

Karr & Wehner – Die Borbeck-Connection

Susanne Kronenberg – Ochsenblutrot

Klaus Sticklebroeck – Es muss wie ein Unfall aussehen

Thomas Askan Vierich – Im Loch

Zusammengestellt und herausgegeben von Alexander Pfeiffer.

■ **Bätge u.a.: Handbuch für Bürgermeister.** 2010. 470 Seiten. 39,80 Euro. Wiesbaden: Kommunal- und Schul-Verlag.

Das „Handbuch für Bürgermeister“ aus der Reihe Bürgermeisterpraxis verschafft einen bundesweiten Überblick über wichtige Fach- und Rechtsgebiete, die den Arbeitsalltag von haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeistern in allen Bundesländern in vielerlei Hinsicht prägen.

Grundlegende Beiträge erörtern anschaulich: die Darstellung der Rolle des Bürgermeisters in der kommunalen Demokratie; die Gemeinde und ihre Organe; die Kommunalverfassung als Grundlage kommunaler Selbstverwaltung. Praxisnahe Abhandlungen berücksichtigen die für die Entwicklung einer Kommune wichtigen Themen, wie: Gebühren, Beiträge, Steuern; wirtschaftliche Betätigung (Gemeindefachverwaltungen); Bauplanungsrecht. Einige Kapitel befassen sich in zuverlässiger und verständlicher Form mit: Personalhoheit; Aufsicht; Haftungsfragen. Teilweise gehen die Beiträge auch auf die unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern ein. Weitere Artikel beinhalten kompetente Antworten auf wichtige Fragen zu: Public-Private-Partnership; zulässigem Sponsoring; erfolgreichem Marketing; dem richtigen Umgang mit der Presse; den Hürden im E-Government.

■ **Morell: Konzessionsverträge und Konzessionsabgaben.** 5. Ergänzungslieferung. Stand November 2010. 24,50 Euro. Wiesbaden: Kommunal- und Schul-Verlag.

■ **Bulling u.a.: Wassergesetz für Baden-Württemberg. Kommentar.** 37. Lieferung der 3. Auflage. Stand: März 2011. 234 Seiten. 99,80 Euro. Preis Gesamtwerk: 219 Euro. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.

■ **Hempel, Franke: Recht der Energie- und Wasserversorgung.** 100. Ergänzungslieferung. Stand Januar 2011. 103,26 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.

■ **Röder: ABC der pfändbaren und unpfändbaren beweglichen Sachen, Forderungen und andere Vermögensrechte.** 27. Ergänzungslieferung. Januar 2011. 202 Seiten. 58 Euro. Siegburg: Verlag Reckinger.

■ **Zilkens: Datenschutz in der Kommunalverwaltung. 3. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. 2011. 79,80 Euro. Berlin: Erich Schmid Verlag.**

Der Datenschutz in Kommunen unterliegt besonderen Regeln. Es gibt eine Vielzahl an allgemeinen und bereichsspezifischen Gesetzen. Die Vielfalt und die Änderungsgeschwindigkeit der einschlägigen Rechtsvorschriften sind für den kommunalen Verwaltungspraktiker eine große Herausforderung.

Die Neuauflage von Dr. jur. Martin Zilkens informiert ausführlich und gut verständlich über die rechtlichen Grundlagen, die technischen Zusammenhänge und die datenschutzgerechte Organisation von Verwaltungsprozessen bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Kommunalverwaltung.

Mit diesem Handbuch erhalten Sie einen umfassenden Überblick über das öffentliche Landesdatenschutzrecht und detaillierte Informationen über das nicht-öffentliche Datenschutzrecht, das für kommunale Eigengesellschaften in privatrechtlicher Rechtsform gilt, die europäischen Datenschutzregeln, die in den letzten Jahren immer stärkere Relevanz erhalten haben und das Informationsfreiheitsrecht, das einen engen sachlichen Bezug zum Datenschutz aufweist.

Das Handbuch berücksichtigt die jüngsten drei im Jahr 2010 in Kraft getretenen Novellen des Bundesdatenschutzgesetzes. Die wichtigsten Erkenntnisse aus der aktuellen Diskussion um eine differenzierte Kodifizierung des Arbeitnehmerdatenschutzes auf Bundesebene sind ebenfalls eingearbeitet.

■ **Burkhardt / Gebert: Personalvertretungsgesetz Baden-Württemberg. 2. Auflage. 2011. 260 Seiten. 35 Euro, Rabatte bei Sammelbestellung. Wiesbaden: Kommunal- und Schulverlag.**

Mit der 2. Auflage wird der Kommentar „Personalvertretungsgesetz Baden-Württemberg“ an die neueste Rechtslage nach der Dienstrechtsreform angepasst. In praxisbewährter Weise werden die Vorschriften – soweit sie sich nicht aus dem Gesetzestext allein erschließen – prägnant und zuverlässig erläutert. Dabei wird auf wichtige Entscheidungen der Rechtsprechung hingewiesen. Der Kommentar umfasst auch die Wahlordnung zum Landespersonalvertretungsgesetz mit zahlreichen und anschaulichen Praxisbeispielen.

Der Kommentar ist ein kompakter, fachlich kompetenter Praxis-Ratgeber für alle an Personal- und Organisationsentscheidungen in der Kommunalverwaltung Beteiligten entstanden. Er eignet sich vor allem für Personalrätinnen und Personalräte, Wahlvorstände und Wahlhelfer, Führungskräfte der Fachämter und -abteilungen, Leiter kommunaler Dienststellen, Personal- und Hauptamtsleiter. Der Autor, Verwaltungsdirektor Harald Burkhardt, ist beim Gemeindetag Baden-Württemberg mit der kommunalen Praxis und der Gesetzgebung im Personalvertretungsrecht eng befasst.

■ **Hafner: Praxishandbuch Kommunales Gebührenrecht in Baden-Württemberg. 15. Ergänzungslieferung. Stand Mai 2011. Neuwied: Wolters Kluwer.**

■ **Klein, Uckel, Ibler: Kommunen als Unternehmen. 39. Ergänzungslieferung. Stand Mai 2011. 45 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.**

■ **Hempel, Franke: Recht der Energie- und Wasserversorgung. 101. Ergänzungslieferung. Stand Juni 2011. 119,60 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.**

■ **Fröhner/Oechsle/Rothfuss: Beitreibung und Zwangsvollstreckung in Baden-Württemberg. 28. Ergänzungslieferung. Stand Januar 2011. Stuttgart: Richard Boorberg Verlag.**

■ **Wagner: Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung Eigenbetriebe. 3. Auflage. 2011. 212 Seiten. 34 Euro. Stuttgart: Richard Boorberg Verlag.**

Ausführlich behandelt die Autorin die Ausweis- und Bewertungsprobleme im Jahresabschluss der Eigenbetriebe und Kommunalunternehmen. Der Aufbau des Werkes folgt in seinen beiden Hauptteilen dem amtlichen Gliederungsschema der Bilanz einerseits sowie der Gewinn- und Verlustrechnung andererseits. Praktische Beispielfälle veranschaulichen häufig auftretende Bilanzierungsprobleme. So kann Ausweis- und Bewertungsmängeln in der Praxis vorgebeugt werden. Der praxisorientierten Darstellung liegen die Bayerische Eigenbetriebsverordnung (EBV) und die Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) zugrunde. Durch das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – BilMoG) vom 25.05.2009 sind die Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) grundlegend geändert worden. Wegen ihrer dynamischen Verweise auf das HGB sind davon auch die Eigenbetriebsverordnung und die Verordnung über Kommunalunternehmen betroffen.

Die neuen Rechnungslegungsvorschriften finden grundsätzlich erstmals für die in 2011 zu erstellenden Jahresabschlüsse 2010 Anwendung. Die ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlagen werden durch die neuen Vorschriften nicht berührt. Daher können künftig verstärkte Divergenzen zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz auftreten; in der Neuauflage werden deshalb auch wesentliche Ansatz- und Bewertungsunterschiede zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz dargestellt. Das Werk berücksichtigt die seit Erscheinen der Voraufgabe eingetretenen Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Technik und Vertragsgestaltung. Schwerpunkte der Darstellung sind die Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft.

■ **App, Wettlaufer: Praxishandbuch Verwaltungsvollstreckungsrecht. 2011. 5. Auflage. 370 Seiten, gebunden. 69 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.**

Für die Neuauflage wurden zahlreiche Rechtsänderungen und Judikate in das bewährte Standardwerk eingearbeitet.

Insbesondere berücksichtigt sind:

die Änderungen durch die Neufassung des VwZG Gesetzesänderungen, die der fortschreitenden Elektronisierung der Kommunikation u.a. zwischen Behörden Rechnung tragen erweiterte Befugnisse der Vollstreckungsbehörden (Zwangshaft, Abnahme der eidesstattlichen Versicherung) sowie das neu eingeführte Pfändungsschutzkonto und die neu eingeführte Freigabe von Vermögen, welches einer selbständigen Tätigkeit dient, aus dem Insolvenzbeschluss.

■ **Fabry, Augsten: Unternehmen der öffentlichen Hand. 2011. 2. Auflage. 862 Seiten. 89 Euro. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.**

Unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung und Gesetzeslage - insbesondere der Unternehmenssteuerreform - zeigt das Werk die ganze Bandbreite der zur Verfügung stehenden Rechtsformen für öffentliche Unternehmen auf. Unterstützt durch Gestaltungshinweise, Checklisten und Übersichten werden Entscheidungsfragen! Kriterien für eine Privatisierungsentscheidung an die Hand gegeben. Darüber hinaus analysieren die Autoren die aktuellen Entwicklungen in wichtigen Themenfeldern rund um Stadtwerke, Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, kommunale Verkehrsunternehmen und Krankenhäuser.

■ **Immesberger: Das neue Recht der Konzessionsabgaben. Stand Mai 2011. 74,26 Euro. Neuwied: Wolters Kluwer.**

■ **Bulling u.a.: Wassergesetz für Baden-Württemberg. Kommentar. 36. Lieferung zur 3. Auflage. Stand: August 2010. 250 Seiten. 102,90 Euro. Preis Gesamtwerk: 219 Euro. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.**

■ **Bunzel / Hanke: Grenzen der Regelungskompetenz der Raumordnungsplanung im Verhältnis zur kommunalen Planungshoheit.** 2011. 124 Seiten. Kartoniert. 29,80 Euro. Schriftenreihe der Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften (Hrsg.), Band 1, Kommunal- und Schulverlag Wiesbaden.

Die Landes- und Regionalplanung setzt der kommunalen Planungshoheit klassischerweise Schranken: solche, die von den Kommunen akzeptiert, ja auch als nützlich anerkannt werden, aber auch solche, die von Städten und Gemeinden als überflüssig oder gar schädlich eingestuft werden. Je stärker dabei in die Kompetenzen der Kommunen eingegriffen wird, desto mehr stellt sich den Verantwortlichen vor Ort die Frage, inwieweit die ihnen gemachten Vorgaben noch mit den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung zu vereinbaren sind. Dieser Frage widmet sich das vorliegende Gutachten, wobei es auf die verfassungsrechtlichen Aspekte ebenso eingeht wie auf die generellen Defizite, die nach Ansicht der kenntnisreichen Autoren aus dem Deutschen Institut für Urbanistik vielen raumordnungsplanerischen Festlegungen zu eigen sind. Nicht zuletzt wird von den Autoren auf die Notwendigkeit schlüssiger Begründungen für ebensolche Festlegungen hingewiesen. Anhand von Beispielen, zum Beispiel auch des Landesentwicklungsplans Sachsen-Anhalt, wird die Problematik systematisch aufgefaltet und juristisch fundiert geprüft. Das Buch richtet sich damit sowohl an die Verantwortlichen, die einschlägige raumordnungsplanerische Entscheidungen vorbereiten und treffen, als auch an Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen, Kommunalpolitiker, Anwälte und alle, die mit diesen Entscheidungen umzugehen haben. Den Autoren ist eine umfassende Abhandlung gelungen, die – nicht zuletzt über die Empfehlungen am Schluss des Buches – auch in den politischen Teil der Problematik hineinreicht.

■ **LpB: Stadt, Land im Fluss. Planen – entwickeln – gestalten. Die Regionalverbände in Baden-Württemberg.** 94 Seiten. 2011. Landeszentrale für politische Bildung und Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände. Bezug: Landeszentrale für politische Bildung und die jeweiligen Regionalverbände.

Vom Klimaschutz bis zur Siedlungsentwicklung, von der Einzelhandelssteuerung bis zum Flächenmanagement: Die Aufgabenpalette der Regionalverbände ist breit. Die vorliegende Informationsbroschüre soll den Beitrag der Regionen für eine nachhaltige und erfolgreiche Entwicklung Baden-Württembergs deutlicher machen. Deshalb haben die zwölf Regionalverbände gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) dieses Informationsheft herausgebracht. Unter dem Titel „Stadt, Land im Fluss“ stellen sie auf rund 70 Seiten „ihre“ Regionen mit typischen Handlungsfeldern vor. Die Regionalverbände haben zentrale Zukunftsthemen, wie Klimawandel oder demografische Entwicklung, früh aufgegriffen. Mit der Broschüre wird die Arbeit der Regionalverbände für die Öffentlichkeit noch greifbarer und verständlicher. In dem reich bebilderten Heft werden die Aufgaben und Organisation der Regionalverbände allgemeinverständlich erläutert. In einem Gastbeitrag beleuchtet der Tübinger Politikwissenschaftler Professor Dr. Hans-Georg Wehling, was sich hinter einer „Region“ verbirgt. Konkrete Antworten darauf geben Kurz-Porträts der jeweiligen Regionen, bevor das Tätigkeitsfeld der Regionalverbände an konkreten Beispielen dargestellt wird.

■ **Datensatz für das Meldewesen. Einheitlicher Bundes-/Länderteil (DSMeld).** Herausgegeben von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. 2. Auflage. 12. Lieferung. Stand: 1. November 2011. Ca. 30 Seiten. 11,40 Euro. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.

Impressum

Impressum

Die Gemeinde (BWGZ):

Zeitschrift für die Städte und Gemeinden, Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsräte; Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg (Herausgeber – Eigenverlag)

Verantwortlich für den Herausgeber:

Roger Kehle, Präsident

Verlags- und Schriftleitung/Redaktion:

Silke Gerboth-Sahm
E-Mail: silke.gerboth-sahm@gemeindetag-bw.de



Anschrift:

Gemeindetag Baden-Württemberg
Panoramastraße 33, 70174 Stuttgart
Tel. 0711 22572-0, Fax 0711 22572-47
E-Mail: zentrale@gemeindetag-bw.de
Internet: <http://www.gemeindetag-bw.de>

Die Gemeinde (BWGZ)

erscheint zweimal monatlich.

Bezugspreise (ohne MWSt.):

– für Mitgliedsstädte und Mitgliedsgemeinden:	
Jahresabonnement	125 Euro
– für sonstige Bezieher:	
Jahresabonnement	145 Euro
– für Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte, Studenten und öffentliche Bibliotheken:	
Jahresabonnement	80 Euro
Bei Mehrfachabnahme Sonderrabatte möglich.	
Alle Preise einschl. Versand- und Zustellgebühren.	

Einzelhefte kosten 8 Euro einschl. MWSt. und können nur gegen Vorkasse bezogen werden (Kto.-Nr. 13 66 901, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01).

Bestellungen: Schriftlich an den Gemeindetag.

Abbestellungen: Schriftlich an die Geschäftsstelle des Gemeindetags vier Wochen vor Halbjahresende, Abbestellungen werden nur zum 30. Juni und zum 31. Dezember wirksam.

Nachdrucke und Kopien:

Nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Gemeindetags (dies gilt nicht für Mitgliedsstädte und Mitgliedsgemeinden); Quellenangabe erforderlich.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für die inhaltliche Richtigkeit von Fremdbeiträgen ist der jeweilige Verfasser verantwortlich.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bildmaterial übernimmt der Herausgeber keine Verantwortung. Die Redaktion behält sich Kürzungen und Überarbeitung vor.

Anzeigenverwaltung:

Das Medienquartier
Gretelweg 1a, 76199 Karlsruhe
Tel. 0721/1450 80 42, Fax 0711/257 35 56

E-Mail: bwgz@das-medienquartier.de
Die Anzeigenverwaltung ist für Anzeigen und Hinweise im Anzeigenteil verantwortlich.

Druck: Gaiser Print Media GmbH,
73527 Schwäbisch Gmünd



NaturaMed[®]
Vitalclinic

- **Erschöpft?**
- **Migräne**
- **Rücken**
- **Gelenke**
- **Infekte**

Attraktive Pauschalangebote!

**Ursachendiagnose
Schnupper- und
Seniorenwoche**

0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee

beihilfefähig **naturamed.de**

NaturaMed  ...wir bringen sie wieder in Schwung!

www.containerloesungen.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

Außenmöblierung

siehe Fahrradständer und Papierkörbe
LANGER · Telefon 0 53 26/502-0



BECK
 Bestens ausgeStadtet.
 BECK GmbH & Co. KG
 71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
 www.gartenbank.de

Bänke



NUSSER
 Bestens ausgeStadtet.
 JWS Nusser GmbH & Co. KG
 71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
 www.gartenbank.de



Zinder
PARKBÄNKE
 Zum Moos 1a
 87772 Pfaffenhausen
 Tel.: 08265 / 730512
 parkbank@max-zinder.de
 www.max-zinder.de

Baumschulen



Karl Schlegel
 BAUMSCHULEN
 88499 Riedlingen
 Tel. (07371) 9318-0
 Fax (07371) 9318-10
 www.karl-schlegel.de

Wartehallen



LANGER
 ☎ 0 53 26 / 502-0
Wartehallen
 38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Brückenprüfung

B K S D, Brücken-Kontroll- und Sanierungs-Dienst GmbH
 Neckarsulmerstr. 15, 72072 Tübingen
 Tel. 07071/910472, Fax 07071/910480

**WERBUNG
 bringt
 ERFOLG!**

Lautsprecher für innen und außen tragbar, drahtlos, mit Akku, wetterfest

für Friedhof, Schul-Sportveranstaltungen, Kirchen, Veranstaltungen im Freien
Weiland Funktechnik, Telefon 07563-920200

Papierkörbe



LANGER
 ☎ 0 53 26 / 502-0
Papierkörbe
 38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANCIA-AG

Schautafeln & Schilder



www.engstner.de
 Lehrpfade... Themenwege... Ausstellungen...
 ...Beratung ...Gestaltung ...Produktion
 Werkstätte für Gestaltung Hans Engstner
 Hauptstr.39 69221 Dossenheim Tel. 06221/862515 Fax 863530
 info@engstner.de www.engstner.de

Die BWGZ-Anzeigenverwaltung

Das Medienquartier

Ansprechpartnerin: Dina Fettig
 Gretelweg 1a
 76199 Karlsruhe
 Tel.: 0721/14 50 80 42
 Fax: 0711/257 35 56
 bwgz@das-medienquartier.de

Wenn Sie Informationen benötigen oder Fragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mediadaten und Ansichtsexemplare senden wir Ihnen umgehend zu.

Wir freuen uns auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit!

DIE JUNGE GENERATION DER DONAUREGION ALS SCHLÜSSEL DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Internationale Konferenz an der Deutschsprachigen Andrassy Universität hat begonnen.

Budapest, 17. Juni 2011 – Die vom Donaunetzwerk Junger Bürger (Young Citizens´ Danube Network) in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung veranstaltete internationale Konferenz hat am frühen Abend des 17. Juni 2011 offiziell an der Andrassy Universität begonnen. Die Veranstaltung hat ca. 100 junge Teilnehmer aus den 14 Ländern der Donauregion, die in Workshops und thematischen Vorträgen die Zukunft der jungen Generation im Donaunetzwerk erörtern, Konferenzsprachen sind Deutsch, Englisch und Ungarisch. Die hochkarätigen Gäste der Konferenz treffen dabei mit Multiplikatoren der jungen Generation zusammen, die die Geschicke in der Zukunft bestimmt.

Am Freitagabend eröffnete Hans Kaiser, der Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad Adenauer Stiftung die Konferenz und begrüßte ausdrücklich die Initiative. Er führte aus, dass er besonders froh sei, dass junge Menschen grenzüberschreitende Aktivitäten in einem sich zusammenwachsenden Europa wahrnehmen und sich für die Gesellschaft engagierten. Europa sei noch nicht vollendet, es müsse wichtig sein, stets für unseren alten Kontinent zu streiten. Kaiser ermahnte, sich zu engagieren und sich in den öffentlichen Angelegenheiten nachhaltig und grenzüberschreitend einzusetzen. Die Partnerschaften in Europa bräuchten immer wieder Anstoß und Beförderung von der Jugend, sei es über die Jugendwerke oder auch über die Netzwerke der jungen Zivilgesellschaft. Er lobte auch die ungarischen europäischen Erfolge, wie den baldigen EU-Beitritt Kroatiens sowie die ungarische Ratspräsidentschaft in diesem Unterfangen. Zudem würdigte er die Donauregion, die Roma-Strategie sowie die weiteren Bemühungen der ungarischen EU-Politiker, was die Integration Europas angeht, die anvisierte Schengen-Erweiterung und insbesondere die Frage des Beitritts Kroatiens.

Andere Vortragende wie Etelka Barsiné Pataky, die Regierungsbeauftragte für die EU Donauregion, Dorothee Janetzke-Wenzel, Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland, Michael Zimmermann, Botschafter der Republik Österreich, Péter Balázs, ehemaliger Außenminister Ungarns, Stefan August Lütgenau vom Donauregionszivilforum sowie Ellen Bos, Direktorin des Donau-Instituts an der Deutschsprachigen Andrassy Universität betonten die Wichtigkeit und Pionierstellung dieser Initiative junger Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere gratulierten sie den Veranstaltern Johann-Jakob Wulf und Juliane Gierach.

Für die Konrad Adenauer Stiftung sind Ideen und Beiträge zu den aktuellen Debatten von besonderer Bedeutung. Sie unterstützt die Integration Ostmitteleuropas und das Entstehen von zivilgesellschaftlichen Strukturen. Die Veranstaltung verknüpft die besondere Priorität Ungarns an der Donau mit den Zielstellungen der Stiftung. Die 100 jungen Teilnehmer tagen noch bis Sonntagmittag an der Andrassy-Universität.

SERIE

Veranstaltungsbeiträge

ERSCHIENEN

Ungarn, 17. Juni 2011

Veranstaltung

The Young Generation of the Danube Area as a Key to European Integration

17. - 19. Juni 2011



Konrad
Adenauer
Stiftung

Auslandsbüro Ungarn 19. Juni 2011

BULLSEYE

THE NEWSMAGAZINE OF EUROPEAN DEMOCRAT STUDENTS

APR 2011 50TH YEAR / ISSN (2033-7809)

No. 44



EUROPEAN IDENTITY



THE EUROPEAN ROLE IN THE ARAB REVOLUTION
TOWARDS A EUROPEAN IDENTITY

YUGOSLAV WAR – VIEW OF THE NEW GENERATION

Be Hungarian, be Danubian, be EUROPEAN!

the "Young citizens Danube Network" (YCDN)-challenges youth within the "European Union Strategy for Danube Region" (EUSDR).

European countries are different in many aspects –this is the main characteristic of the European Union. But to create unity, we should overcome some of the negative differences: By establishing macro regions like the "Baltic Sea Strategy", the European Union focuses on implementing a better and deeper cooperation within regions. So does the "European Union Strategy for Danube Region" (EUSDR), which was presented in December 2010. The 14 countries concerned, in fact differ in many ways, but there is an important link between them: The Danube river. It embodies and represents both common challenges and possibilities. To make the millions of citizens living there grow together, a policy that meets its ecological, transport and socio-economic needs is required. And this is what EUSDR aims at.

Cooperation in economy, infrastructure and environmental issues is essential and should be the main topic in this region. But what about culture? Currently, strong national identities reemerge in Europe, which basically isn't a problem. But, regarding the history of Europe, extreme nationalist movements led into the traumatizing experiences of the two World Wars. And, in order to make a progress within European integration, there is a need for a common, collective identity. Where else could such identity come into practise if not among young enthusiastic people? The students' mobility programme ERASMUS has so far proven, that young Europeans are willing to put life into the European Union without losing the affiliation to their home countries. And that's what Europe is all about: United in Diversity. Consequently, the Danube region needs cultural exchange and cooperation among young people. An intercultural dialogue among different people is essential in order to get to know each other, to break down stereotypes and finally to set free energy which is imperative for a future European integration.

This perception is also shared by European institutions: Due to the resolution of the European Parliament of the 17th of February, cultural cooperation must also be one of the strategy's pillars: „(The European Parliament) highlights the vital need for cooperation in cultural projects in order to support intercultural dialogue and understanding among the countries of the Danube Region; the active involvement of young people via cultural and educational facilities in order to create multinational networks must be emphasised (...).” Nevertheless, mobility doesn't play yet a big role in the new member states. And this is the point where YCDN comes into play: it is the only project, which addresses the young citizens of the Danube Region to foster cultural dialogue and student exchanges.

Therefore, it is the main aim of YCDN to contribute to an integrated Danube region which should be reached by personal and lively exchanges. among the young people living in this particular region. The network was founded in July 2010 in the course of the European Union Strategy for Danube Region (EUSDR). The seven founding members are from Germany, Romania, Serbia, and Slovenia.

The next big step forward will be the conference that will take place in Budapest Hungary from June 17-19 2011 under the title "The Young Generation of the Danube Area as a Key to the European Integration" at the Andrassy University Budapest. The conference aims to gather the participants of the "Danube Future Leaders' Conference", held in July 2010 in Novi Sad, Serbia. This new meeting should be regarded as a starting point for further meetings of young people from the 14 EUSDR countries.

Johann Jakob Wulf
YCDN

Internationale Konferenz des Young Citizens Danube Network

Vereintes Europa ist keine Tatsache, sondern Aufgabe

Wenn alles nach Plan läuft, wird die Europäische Union ihre Donauraumstrategie am heutigen Freitag unter Dach und Fach bringen. Das Young Citizens Danube Network (Netzwerk der jungen Bürger des Donauraums, kurz YCDN) hatte bereits in der vergangenen Woche von Freitag bis Sonntag an der Andrassy Universität Budapest eine internationale Konferenz zu diesem Thema abgehalten. Im Mittelpunkt standen vier Workshops, in denen die Teilnehmer über verschiedene Problemfelder gemeinsam diskutieren und Lösungsansätze erarbeiten konnten. Diese wurden in einer „Budapester Erklärung“ zusammengefasst.

Um zukünftiges erfolgreich gestalten und überregionale Probleme lösen zu können, ist es grundsätzlich notwendig, die junge Generation mit einzubeziehen. Schließlich ist die Zukunft auch immer ihre Zukunft. Das 1963 gegründete Deutsch-Französische Jugendwerk gilt heute in Bezug auf erfolgreiche Verbesserung von Beziehungen, interkulturellen Austausch zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie der Stärkung des aktiven, individuellen bürgerlichen Engagements als ein Vorzeigeprojekt schlechthin.

YCDN wurde von Teilnehmern einer Konferenz im serbischen Novi Sad im Juli 2010 gegründet und erhofft sich nun ähnliche Erfolge bei der europäischen Integration des Donauraums. „Einen Dialog zwischen jungen Menschen verschiedener Völker zu initiieren, eine Plattform des Miteinanders, eine Kultur des gemeinsamen Lernens und des kulturellen Austausches zu schaffen“ ist das erklärte Ziel. Unterstützung gibt es hierfür durch einen Beschluss im April sogar vom Deutschen Bundestag.

Komplexe Themen

Die nun abgehaltene Konferenz „Die junge Generation des Donauraums als ein Schlüssel zur europäischen Integration“ ist die erste von YCDN und soll nur den Anfang darstellen. Die über 80 jungen Teilnehmer waren aus 14 Ländern der Donauregion zu dem Treffen angereist. In vier interdisziplinären Workshops, welche an die thematischen Säulen der EU-Donauraumstrategie angelehnt waren, beschäftigten sie sich einen gan-

zen Tag lang mit zahlreichen Problemen und versuchten Antworten oder Lösungsansätze zu finden. Die Themenspanne umfasste dabei nationale Identitäten und Stereotypen, Umweltschutz, Finanzkrise und Wohlstand sowie Möglichkeiten zur Stärkung der Region.

Am dritten Tag wurden die Ergebnisse dann präsentiert und in einem ersten Entwurf einer „Budapester Erklärung“ zusammengefasst. Sobald diese in finaler Form vorliegt, soll sie an zahlreiche Botschaften, EU-Ein-



YCDN-Hauptvertreter Johann-Jakob Wulf warb leidenschaftlich für weitere Unterstützung.

richtungen und sonstige Institutionen offiziell übermittelt werden. Zentrale Forderungen sind beispielsweise die Verbesserung des akademischen und schulischen Austausches bis hin zu obligatorischen Auslandssemestern oder Praktika, ein Bewusstsein für die Bedeutung und Maßnahmen des Umweltschutzes zu schaffen, Ausbau erneuerbarer Energien oder Aufklä-

rungskampagnen gegen organisierte Kriminalität wie Menschenhandel.

Chancen und Herausforderungen

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs vor gut 20 Jahren hat sich für Europa die Chance ergeben, sich nunmehr als eine Gemeinschaft zu begreifen. Mit den jüngsten Ost-Erweiterungen ist man sicherlich auf einem guten Weg hierzu, doch das alleine genügt nicht. Eine Zusammenarbeit muss auf vielen verschiedenen Ebenen erfolgen. Dabei sei es besonders wichtig, dass Initiativen nicht nur von oben kämen, das heißt von der Politik, sondern dass sich auch Bottom-Up Prozesse (von unten) aus der Bevölkerung heraus – so wie YCDN – entwickelten, betonte die Deutsche Botschafterin Dorothee Janetzke-Wenzel bei der Eröffnungsveranstaltung am vergangenen Freitag.

„Ein vereintes Europa ist keine Tatsache, sondern eine Aufgabe“, gab Etelka Barsiné Pataky von der EU-Kommission für die Donauraumstrategie zu bedenken. Dieses Aktionsprogramm biete allerdings auch die Möglichkeit, vieles zum Positiven zu verändern, wenn man die richtige Balance zwischen Tradition und Neuem sowie zwischen den individuellen Staaten und einem gemeinschaftlichen Europa finde. Wenn man es schaffe, die makroregionalen Interessen gemeinsam zu vertreten, so wie es beispielsweise bei der Ostsee-Strategie der Fall sei, würden davon alle Beteiligten profitieren.

„In Vielfalt geeint“

Der österreichische Botschafter Michael Zimmermann ergänzte überdies: „Nicht geografische, sondern psychologische und kulturelle Distanzen müssen überwunden werden.“ Nicht nur historisch gewachsene Differenzen, sondern auch der neu aufkommende Europaskeptizismus und überholter Nationalismus seien Herausforderungen.

Weitere Zuwendungen notwendig

Obwohl alle prominenten Politikvertreter die YCDN-Initiative in höchsten Tönen lobten und beispielsweise Hans Kaiser, Leiter der hiesigen Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung, von „etwas, das man mit aller Kraft fördern sollte, ja fördern muss“ sprach, sehen sich die Organisatoren trotz der Unterstützung verschiedener Sponsoren momentan durch einen



Vier interdisziplinäre Workshops standen im Mittelpunkt der Konferenz.

sehr geringen finanziellen Spielraum eingengt. Den YCDN-Verantwortlichen, zumeist selbst noch Studenten, gebührt jedenfalls höchste Anerkennung dafür, dass sie angesichts dieser Budgetsituation und neben der Doppelbelastung ihres eigenen Studiums die Konferenz zustande gebracht haben.

Mit leidenschaftlich vorgetragenen Worten warb Wulf sodann um weitere Unterstützung: „Der Ball des Handelns ist nun wieder bei Ihnen, meine Damen und Herren aus der Politik und Wirtschaft. Sie sind nun an der Reihe zu sagen: [...] Wir stärken diese jungen Menschen. Aber ich mache hier sehr deutlich: Dies geht nicht mit Worten allein, sondern mit finanziellen Mitteln, um Strukturen zu schaffen und um am Inhalt zu arbeiten.“

Wie es mit dem Jugendnetzwerk genau weiter geht, bleibt abzuwarten und hängt auch von den externen Reaktionen ab. Juliane Gierach, neben Wulf die zweite Hauptvertreterin von YCDN, zeigte sich gegenüber der BUDAPESTER ZEITUNG zumindest für den Moment sehr zufrieden: „Ich denke, was wir bei dieser Konferenz erreichen konnten, das haben wir erreicht.“

PETER SCHULD

Ehrensatorwürde für Dorothee Janetzke-Wenzel

Botschafterin von ihrer ehemaligen Universität geehrt

Fortsetzung von Seite 1

2008 wurde sie dann zur deutschen Botschafterin in Ungarn ernannt, was sie aber nicht nur auf den Bildungssektor, sondern auch auf die Politik ausdehnen wollte. Seit ihrer Amtseinführung hat sie sich intensiv für die deutschsprachige Bildungseinrichtung eingesetzt und unter anderem bei der Vorbereitung der Dokumente zur politischen und finanziellen Absicherung der Universität mitgearbeitet. Doch natürlich beschränkte sich ihre Arbeit nicht nur auf den Bildungssektor. So hat Janetzke-Wenzel entscheidend zur Weiterentwicklung der deutsch-ungarischen Beziehungen beigetragen, sei es im Bereich der Wirtschaft oder der Behörden.

Kollegin, Helferin und Fürsprecherin der Universität

Nach der Verleihung der Ehrensatorwürde bekam die Ausgezeichnete selbst das Wort. Neben ihrem Dank an die Teilnehmer der Feierlichkeit, die ihr mit ihrer Anwesenheit ebenso viel Freude bereitet hätten wie die Auszeichnung selbst, betonte sie ihre

Verbundenheit mit der Andrassy Universität, die sich durch die Ehrensatorwürde in Zukunft noch verstärken werde. Die Bedeutung der Universität als einzige deutschsprachige im nicht-deutschsprachigen Raum hob Janetzke-Wenzel ebenfalls hervor. Hier würden nicht nur die Führungskräfte von morgen ausgebildet, auch der Wahlspruch „Fit für Europa!“ unterstreiche die Wichtigkeit einer transnationalen Hochschule. Hier könne ein Netz von Beziehungen mit Österreich, der Schweiz und neuerdings sogar Südtirol entstehen. Das Interesse an der deutschen Universität ginge aber noch darüber hinaus. Gäste etwa aus Polen oder Lettland zeigten, dass dieses Projekt einem europäischen Anspruch gerecht werde. Janetzke-Wenzel drückte auch ihre Hoffnung aus, dass nach den überwundenen Schwierigkeiten nun eine Phase der Stabilisierung für die Institution eintreten könne. Sie betonte hierbei, dass sie sich auf gute Ergebnisse in der Zukunft freue – „ich möchte aber nur gute Nachrichten hören!“, fügte sie schmunzelnd hinzu. Ein weiteres Musikstück beendete schließlich den offiziellen Teil der Veranstaltung, wobei Violinist Vörösváry mehr Applaus erntete als alle



Entscheidender Beitrag für die Weiterentwicklung der deutsch-ungarischen Beziehungen: Botschafterin Dorothee Janetzke-Wenzel zusammen mit AUB-Rektor András Masát.

Redner zusammen. Den Abend konnten die Anwesenden dann auf Einladung des Botschafters der Republik Österreich, Michael

Zimmermann, bei einem ungezwungenen Empfang ausklingen lassen.

ANN KRISTIN LENS

AUS DEM INHALT

Politik

1

- Interview mit dem slowakischen Umweltminister Jozsef Nagy
- Ost-Partner werden künftig nur für Fortschritt belohnt

Wirtschaft

7

- Osteuropa wächst 2011 wieder
- Nord-Süd-Gaskorridor der Visegrád-Staaten ist fix
- Ukraine becomes full member of Energy Community

Wissenschaft & Bildung

12

- Das Hochschulwesen im Kosovo
- Österreich: Ceopus-Vorsitz bis 2013

Kultur

15

- Parlament aus Wien für Tirana

Regionales

17

- NÖ Landesausstellung
- Netzwerks Donauhanse 2011

Diverses

20

Aus dem Institut

21

IDM-Veranstaltungen

24

IMPRESSUM

P. b. b. Verlagspostamt 1090 Wien GZ 02Z030920 M

Medieninhaber und Verleger

Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa (IDM)

A – 1090 Wien, Hahngasse 6/1/24

Tel.: +43 1 319 72 58

Fax: +43 1 319 72 58-4

E-Mail: idm@idm.at

Internet: www.idm.at

Grundlegende Richtung

Informationen zum Donaauraum und Mitteleuropa

Redaktion Dr. Othmar Huber, Mag. Daniel Rosenauer

Lektorat Mag. Daniel Rosenauer

Grafik Irene Persché **Druck** Digidruck GesmbH

EU-Staaten müssen Roma-Strategie entwickeln



Demonstration für Roma-Rechte in Wien

Die Europäische Kommission verlangt von den Mitgliedstaaten der EU größere Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Roma in Europa zu verbessern. Sie beschloss in Straßburg eine Reihe von Zielvorgaben für die bessere Integration dieser Minderheit, die in ganz Europa gelten. Dazu gehört unter anderem, dass alle Roma-Kinder die Grundschule abschließen sollen. Die EU-Staaten werden verpflichtet, bis Ende des Jahres jeweils eine nationale Roma-Strategie vorzulegen, in der sie darlegen müssen, wie sie die Ziele zu erreichen gedenken. Die Kommission will jährlich überprüfen, ob es zu Fortschritten kommt.

In der EU leben nach Schätzungen etwa 6,2 Millionen Roma. Rechnet man andere europäische Länder, die Türkei und Russland hinzu, dann kommt man auf 11,3 Millionen. Eine breitere Öffentlichkeit wurde auf das Schicksal der Roma im vergangenen Sommer aufmerksam, als die französische Regierung begann, sie massenhaft abzuschieben. Die Kommission hielt Frankreich damals Verstöße gegen das EU-Recht vor und kündigte Schritte zur besseren Integration von Europas größter ethnischer Minderheit an. Auch die derzeitige ungarische Ratspräsidentschaft hat die Eingliederung der Roma zu einem Schwerpunkt ihrer Politik erklärt.

In vielen EU-Ländern zeigt die Statistik die schwierige Lage der Roma. In Bulgarien, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakei etwa beenden nur 42 Prozent der Roma-Kinder die Grundschule. Im Durchschnitt aller EU-Bürger sind es 97,5 Prozent. Die Lebenserwartung der Roma ist um zehn Jahre kürzer als der Durchschnitt der EU. Ihre Kindersterblichkeit ist fünfmal höher als beim Rest der Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit ist in einigen Ländern um bis zu 26 Prozentpunkte höher. Roma haben oft keinen Zugang zu Strom und fließendem Wasser, was wiederum zu Krankheiten führt.

Die Verantwortung für die Integration der Roma liegt in erster Linie bei den Mitgliedstaaten, weil die EU nicht für die relevanten Politikfelder zuständig ist. Die Kommission will die nationalen Regierungen aber trotzdem auf den vier Feldern Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnen dazu verpflichten, die Unterschiede zwischen der EU-Gesamtbewölkerung und den Roma zu verringern oder ganz zu beseitigen. Bei der Kontrolle, ob das auch wirklich geschieht, soll die EU-Grundrechteagentur in Wien eine herausgehobene Rolle spielen, die seit längerem umfangreiche Daten über Fälle von Diskriminierung in Europa sammelt.

6. 4. 2011, FAZ

Das größte europäische Kasinoprojekt



Nahe Bezenye entsteht das „Eurovegas“

Es klingt nach Superlativen: Kasinos, Hotel, Shopping Center, Freizeitpark, Veranstaltungszentrum; 335 Hektar Grundfläche; Investitionsvolumen: fünf Milliarden Euro; die oberösterreichische Baustoffgruppe Asamer, Hard Rock International und andere Inve-

storen haben sich einen Steinwurf von der österreichisch-ungarischen Grenze einiges vorgenommen. Nach einigen Verzögerungen liegen nun alle Genehmigungen vor, mit den Ausschreibungen für das „Eurovegas“ nahe Bezenye wurde begonnen.

Mit an Bord sind der Immobilienentwickler Alfred Supersberger, das Planungs- und Architektenbüro Kaufmann & Kubinszky und der auf weltweite Kasinoprojekte spezialisierte Berater Larry Lewin. Die nach Angaben von Eurovegas größte Spielbank Europas mit fünf Lizenzen und geplanten 3000 Automaten soll bereits im kommenden Jahr, spätestens 2013 in Betrieb gehen, wobei die fünf Milliarden in fünf Phasen über mehrere Jahre hinweg investiert werden sollen.

15. 3. 2011, *Der Standard*

ÖBB Ticket-Rekord Wien–Bratislava

Die Großraumregion „Centropo“ in Mitteleuropa boomt. Dies lässt sich auch an weiterhin stark zunehmenden Bahnreisen zwischen den „Twin Cities“ Wien und Bratislava ablesen. Im Vorjahr fuhrn dabei die ÖBB mit 109.569 verkauften Tickets einen neuen Rekord ein. Dieser übertraf noch das Spitzenresultat von 2009 um 14 %.

Hunderttausend Tickets Wien-Bratislava wollten die Österreichischen Bundesbahnen ÖBB 2010 verkaufen. Dieses Ziel sei „stark übertroffen“ worden, erläutert Michael Fröhlich, Regio-Ost-Manager den neuen Rekord im Personenverkehr. Die Gründe dafür sieht Fröhlich zum einen „im attraktiven Angebot mit Zügen im Stundentakt“ zwischen den beiden Donaumetropolen und zum anderen „in kundenfreundlichen EUREGIO-Tarifen, die gerne in Anspruch genommen“ würden.

So kostet ein EUREGIO-Ticket von Wien nach Bratislava und retour für Erwachsene 14 Euro. Für Wochenkarten sind 31 Euro und für Monatskarten 103 Euro zu berappen. Im Preis ist aber nicht nur die Rückfahrt inbegriffen, sondern auch die Benützung der Straßenbahn- und Buslinien innerhalb des Stadtverkehrs von Bratislava. Auch ein Fahrrad darf mitgenommen werden. Ab Bruck an der Leitha, Gänserndorf, Neusiedl am See und

Siebenbrunn-Leopoldsdorf sind Bratislava-Tickets noch billiger und kosten nur 6 Euro, für den „kleinen Grenzverkehr“ ab Marchegg oder Kittsee überhaupt nur noch 4 Euro.

Seit Oktober wurde die Geltungsdauer der Bratislava-Tickets auf vier Tage verlängert. Die Hinfahrt muss allerdings am ersten Geltungstag angetreten werden, und nur an diesem Tag gilt auch das Ticket als Tageskarte für die Öffis in Bratislava. Beispielsweise für die Fahrt ins Stadtzentrum vom Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie 13 oder vom Bahnhof Petržalka mit dem 80er Bus. Erhältlich sind Bratislava-Tickets bei allen Personenkassen und Fahrkartensystemen der ÖBB.

Für Bahnreisende nach Bratislava gibt es schließlich noch ein attraktives Zuckerl: Stadtführungen in Bratislava werden mit ÖBB-Tickets um 10 % günstiger angeboten. Das gilt sowohl für Kultur-Angebote wie Besuche in Museen als auch für zahlreiche kulinarische Tipps. Empfohlen wird, sich für ermäßigte Stadtführungen bei den ÖBB rechtzeitig anzumelden, dann können diese schon nach Ankunft des Zuges am Hauptbahnhof in Bratislava beginnen.

Die meisten der 5.000 PendlerInnen aus Bratislava kommen am Wiener Süd-Ostbahnhof an.

www.wieninternational.at

KURZ GEMELDET

Städtekooperation

Es trafen sich drei Rathausmänner zum Dinner: Ein roter (MICHAEL HÄUPL), ein goldener (in Form einer Statuette) und ein farb-, weil parteiloser (Oberbürgermeister Bratislavas, MILAN FTÁČNIK). Häupl überreichte Ftáčnik die goldene Auszeichnung: „Bratislava und Wien sind die nächst gelegenen Hauptstädte der Welt. Grund genug für diese Kooperation.“

4. 3. 2011, *Kurier*

United in Diversity. Along the Danube. In Europe.

Ein Jugendnetzwerk zur Stärkung der europäischen Integration im Donauroaum: Im Zuge der Donauroaum-Strategie der Europäischen Union (EUSDR) formierte sich im Juli 2010 das „Young Citizens Danube Network“ (YCDN). YCDN hat es sich zum vordergründigen Ziel gemacht, mittels eines persönlichen Austauschs zwischen jungen Donauinteressierten, die Grundphilosophie des jungen Netzwerkes – eines integrierten Donauroaums – fort zu tragen und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung von europäischen Werten zu leisten. Geplant ist, das Netzwerk mit Workshops, Seminaren, gemeinsamen Veranstaltungen und wissenschaftlichen Symposien entlang der Donau bekannt zu machen und als Plattform zu nutzen. Mitte Juni 2011 soll beispielsweise die Jugendkonferenz „The young generation of the Danube area as a key to European integration“ in Budapest stattfinden.

www.ycdn.eu

<http://tinavienna.at>

Buchpräsentation

Dr. PETER KRESÁNEK, der Kunsthistoriker und ehemalige Bürgermeister von Bratislava, präsentierte das Buch „Slowakei – Illustrierte Enzyklopädie der Sehenswürdigkeiten“ (Verlag Simplicissimus 2009) im Slowakischen Institut in Wien.

Slowakisches Institut



Young Citizens Danube Network

Young Citizens Danube Network
Pollack Mihály tér 3
1088 Budapest
Ungarn

E-Mail: bassu@ycdn.eu

Web: <http://www.youngdanubians.eu/>

PRESSEBERICHT

Das „Young Citizens Danube Network“ (YCDN) schließt die Konferenz „The Young Generation of the Danube Area as a Key to the European Integration“ in Budapest, 17. bis 19. Juni 2011, mit großem Erfolg ab.

Das hohe Potenzial der jungen Generation für eine erfolgreiche Umsetzung der Europäischen Donaunraum-Strategie (EUSDR) stand im Mittelpunkt der Konferenz. Bei der EUSDR setzt die Europäische Union mit einem „bottom-up-Prozess“ explizit auf eine aktive Einbindung der Zivilgesellschaft. Und genau das ist YCDN mit der Konferenz gelungen, denn insgesamt 69 junge „Danubier“ aus 13 verschiedenen Ländern der Makroregion (Bosnien –Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Moldau, Kroatien, Österreich, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Ukraine) versammelten sich an der Andrassy Universität Budapest, um in vier verschiedenen Workshops gemeinsame Chancen und Herausforderungen zu diskutieren und die Ergebnisse in einer gemeinsamen Deklaration zusammenzufassen. YCDN selbst versteht sich als Forum des Austauschs und Dialogs junger Menschen in der Region und wurde im Juli 2010 gegründet.

Eine Eröffnungszeremonie, die von Juliane Gierach, Head-Representative von YCDN moderiert wurde und im feierlichen Rahmen des Spiegelsaals der Andrassy Universität Budapest stattfand, bildete den Konferenzauftakt. Prof. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest eröffnete die Konferenz, H.E. Frau Dorothee Janetzke Wenzel, Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland und H.E. Michael Zimmermann, Botschafter der Republik Österreich in Budapest, betonten in ihren Worten die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Initiativen. Als Gastredner traten Frau Etelka Barsiné-Pataky, Ungarische Regierungsbeauftragte für die Donaunraumstrategie, Herr Hans Kaiser, Direktor der Konrad Adenauer Stiftung Budapest, Prof. Péter Balázs, ehemaliger Außenminister der Republik Ungarn, Stefan August Lütgenau vom Danube Civil Society Forum und Frau Prof. Ellen Bos, Direktorin des Donau-Instituts für interdisziplinäre Forschung Budapest, auf. Insgesamt stellten die Gastredner das zivilgesellschaftliche Engagement, den Elan und die besondere Leistungsfähigkeit der Jugend als besondere Stärke des Netzwerkes heraus. Genau dieses Potenzial kehrte Johann-Jakob Wulf, Head-Representative von YCDN bei seiner Präsentation des Netzwerkes heraus und betonte außerdem die dringende Notwendigkeit finanzieller Unterstützung für eine Institutionalisierung des Netzwerkes.

Am Samstag stand die Diskussion der Teilnehmer im Mittelpunkt. In vier Workshops, die sich an den vier inhaltlichen Säulen der EUSDR orientierten, erarbeiteten die Teilnehmergruppen begleitet von Experten aus der Donauregion und dem Europäischen Parlament Wege, wie junge Menschen sich aktiv an den Herausforderungen der Donaunraum-Strategie beteiligen können.

Workshops

- A Nationale Identität, Mythen und Gefühl
- B Umweltschutz in der Donauregion
- C Wohlstand im Donaunraum aufbauen
- D Den Donaunraum stärken

Am Sonntag kamen nochmals alle Teilnehmer im Spiegelsaal der Andrásy Universität zusammen, um ihre Ergebnisse zu präsentieren und diese zum Anschluss zu einer gemeinsamen Deklaration zusammenzuführen. Frau Dr. Elisabeth Kornfeind vom Österreichischen Kulturforum Budapest, Herr Sándor Fülöp, Ombudsmann des ungarischen Parlaments für die zukünftige Generation, Herr Dr. Paul Luif vom Österreichischen Institut für internationale Beziehungen und Herr Peter Langer vom Rat der Donaustädte und Regionen begleiteten als Gastredner den feierlichen Konferenzabschluss und zeigten dem jungen Netzwerk mögliche Entwicklungsperspektiven auf, die viele neue Ansätze boten. Einig waren sich jedoch zum Konferenzabschluss alle: Das Engagement der Organisatoren und Teilnehmer, die Begeisterungsfähigkeit der Jugend und der Wille, aktiv zur Europäischen Idee beizutragen, machen YCDN einzigartig und zukunftssträftig.

Nachfolgend finden Sie den vorläufigen Entwurf der gemeinsamen Deklaration. Die endgültige Version werden wir Ihnen sobald wie möglich zukommen lassen. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter <http://www.youngdanubians.eu>. Frau Bassu, bassu@ycdn.eu, steht Ihnen gerne für Fragen und nähere Informationen zur Verfügung.



Young Citizens Danube Network

Budapest Declaration of the Young Citizens Danube Network

DRAFT

19.06.2011

Having gathered in Budapest from June 17th to June 19th 2011 the young generation of the Danube area exchanged ideas about the European Union Strategy for the Danube Region.

The YCDN is grateful to all partners who made the first YCDN conference in Budapest happen and turn into a success. We wish to deepen this cooperation in the future for the benefit of the youth in the Danube region.

The YCDN calls for more support on all political levels and strongly emphasizes the need for institutionalizing the Young Citizens Danube Network. This will help to create a platform for successful youth involvement, to strengthen civil society, and to implement the Danube Strategy in an efficient and effective manner.

The YCDN encourages the Priority Area Leaders to include the YCDN in their steering committees in all of the Priority Areas.

In four workshops the YCDN has elaborated the following proposals:

Workshop A: National identity, myths and feeling

1. To increase academic exchange of students in the Danube region. We welcome the idea of an academic Danube Studies Program as already proposed in the Action Plan of the European Commission. Such a program should be conducted by Andrassy University Budapest in cooperation with partners such as the European Danube Academy.
2. To develop an internship program throughout the Danube countries.
3. To promote minority inclusion policies by forming school exchange networks in the countries of the Danube region.
4. To focus on the common heritage of the Danube region by organizing intercultural heritage camps and in order to enable active participation in reconsidering the common history of the Danube region.

Workshop B: Protecting the environment in the Danube region

1. Implement actions that stimulate producer companies to create better designs, trying to minimize end-of-life waste generation.
Additionally, implement actions that stimulate or selectively enforce extended producer responsibility.
2. To raise general awareness and exchange of good practice in solving environmental issues in the Danube Basin among decision makers at all levels and among NGOs and the young population of the region.

3. Considering the growth of the population and energy needs in the Danube region, sustainable and reasonable solutions for energy supply must be found as soon as possible. As the use of nuclear energy is against human well-being and the use of carbon energy contributes to climate change, most of electricity generation projects should be turned into the use hydro-energy.
4. Although we certainly agree on the motto: better hydropower plants than nuclear ones, we recommend to limit the size of hydropower plants taking into account the extremely adverse consequences of large dams. Also, we underline the need to avoid high-sensitive areas for the construction of hydropower plants. Furthermore, we demand more investments in technology improving the efficient use of water energy and the development of underwater turbines.
5. At the pyramid of renewable, we encourage projects that plan the use of those renewables with the smallest impact on the river ecosystem and environment.

Workshop C: Building prosperity in the Danube region

1. Finance Education in secondary school about the whole region with special emphasis on sustainability.
2. Introduction of results-oriented budgeting in all of the countries of the region.
3. Obligatory semester for university students in a country of the region (including language courses, etc.)
4. Obligatory internship for students of economics, political economy, etc. in the Ministry of Finance in one of the countries of the Danube region.

Workshop D: Strengthening the Danube region

1. We suggest initiating youth oriented campaigns in order to raise the awareness on trafficking prevention. These campaigns should be implemented by the youth itself.
2. We recommend to mobilize the youth to provide assistance to young victims of trafficking.
3. The YCDN will assist the facilitation of future youth conferences/seminars/forums targeting young experts in issues pertaining to trafficking in human beings.
4. We call for the establishment of a comprehensive database on groups particularly vulnerable to trafficking in human beings in the Danube region.

On the basis of the preceding policy recommendations and project proposals, the YCDN will formulate a strategy for a better involvement of the young generation in the Danube region

